

Unsere Rente:
»Lug und Betrug« S. 2

Preussische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro

Nr. 1 - 4. Januar 2019

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

»Eine Geschichte von Lug und Betrug«
Großes Interview mit dem Rentenexperten Otto Teufel **2**

Deutschland

Anti-Werbung für Multikulti
Freiburger Politik macht international Schlagzeilen **3**

Hintergrund

Kampf ums Wasser
Ankara trocknet mit seinem großen Staudammprojekt die Nachbarn aus **4**

Preußen / Berlin

»Umverteilen« statt Bauen
Linkspartei unterstützt Enteignungspläne gegen einen Wohnungskonzern **5**

Ausland

Kiew trotz Russland mit eigener Kirche
Ukraines orthodoxe Kirche **6**

Kultur

Alles unter einem Hut
Vor 50 Jahren ging »Der Kommissar« auf Sendung **9**

Geschichte

Tod zweier Revolutionäre
Der Spartakusaufstand vor 100 Jahren in Berlin **10**



Signal an Konservative blieb aus: Annegret Kramp-Karrenbauer und Friedrich Merz beim CDU-Parteitag 2018

Bild: pa

Nichts dazugelernt

Die Entfremdung zwischen »Elite« und Volk dürfte auch 2019 weiter wachsen

Der Graben zwischen Volk und »Elite« wächst. Vier willkürlich ausgewählte Beispiele zeigen, warum das so ist.

Allenthalben wird die wachsende Entfremdung zwischen dem Volk und der Machtelite in Politik und Medien beklagt. Jedesmal, wenn diese Entfremdung in der Debatte hochkocht, beteuern die Vertreter jener »Elite«, »dazugelernt«, »verstanden« zu haben und künftig alles daran setzen zu wollen, den Graben zu verkleinern.

Eitliche Beispiele der jüngsten Zeit deuten jedoch darauf hin, dass diese Beteuerung auch 2019 uneingelöst bleiben wird. Beispiel CDU: Die Partei hat Millionen Wähler verloren, ihre Linkswendung ließ mit der AfD eine machtvolle konservative Konkurrenz erwachsen. Dazulernen hieße, auf die enttäuschten Konservativen

zuzugehen. Eine Aufwertung des knapp unterlegenen Vorsitzkandidaten Friedrich Merz wäre ein Signal in diese Richtung gewesen. Doch zwischen den Jahren ließ CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer durchblicken, dass sie nicht daran denkt, Merz in die Spitze zu holen. Dazugelernt? Fehlanzeige.

Für die SPD hatte Martin Schulz 2017 das schlechteste Wahlergebnis seit 1949 eingefahren. Sein Rückzug aus allen Führungspositionen wäre die passende Antwort auf dieses kaum zu überbietende Misstrauensvotum durch das Wahlvolk. Doch was macht Schulz? Er tut, als sei nichts passiert, und dient sich als »Lokomotive« für die SPD-Kampagne zu den EU-Wahlen im

kommenden Mai an. In welcher Welt lebt der krachend gescheiterte Kanzlerkandidat bloß?

Der Unmut über die höchsten Rundfunk-Zwangsabgaben der Welt hält den Adrenalinpiegel der Deutschen seit Jahren im oberen Bereich. Mehr Bescheidenheit der Staatssender wäre die angemessene Reaktion. Doch das Gegenteil geschieht: Nachdem ZDF-Intendant Thomas Bellut eine Erhöhung der Zwangsabgabe gefordert hat, schoss der ARD-Vorsitzende Ulrich Wilhelm sogar die Drohung mit einer Klage in Karlsruhe nach, falls der Forderung nicht nachgegeben werde. So gießt man Öl ins Feuer der Unzufriedenheit.

Zum Jahresende war der Skandal um den »Spiegel«-Reporter

Claas Relotius Anlass für zahlreiche »Qualitätsmedien«, heilige Eide abzulegen, sich nicht aus ideologischer Verblendung von der Wahrheit abbringen zu lassen. Wirklich? Die Relotius-Affäre schwamm noch auf ihrem Höhepunkt, da behauptete die »Zeit«, am ersten und zweiten Weihnachtstag seien 43 »Flüchtlinge« aus dem Ärmelkanal gerettet worden. Die Bezeichnung »Flüchtlinge« für Menschen, die augenscheinlich illegal von Frankreich nach England gelangen wollten, ist eine glatte Falschmeldung.

Die Reihe der Beispiele ließe sich beliebig verlängern, der Befund ist immer der gleiche: Eine selbstverliebte »Elite« findet nicht aus ihren ausgetretenen Pfaden und ignoriert alle Signale aus dem Volk. Worin eine solche Entfremdung letztlich münden kann, lehrt uns Frankreich. *Hans Heckel*

Die Signale des Unmuts werden einfach ignoriert

Keine »Wahrung des Rechts«

AfD-Fraktion scheitert mit Organklage gegen Asylpolitik

Das Bundesverfassungsgericht hat drei Anträge der AfD-Fraktion im Organstreitverfahren als unzulässig verworfen. Die Anträge waren gegen die Nichtzurückweisung von Asylsuchern an der deutschen Grenze insbesondere im Jahr 2015 gerichtet. Die Antragstellerin habe nicht hinreichend dargelegt, »dass entsprechende Entscheidungen der Bundesregierung sie in ihren Rechten verletzt oder unmittelbar gefährdet hätten«. Ihre Anträge hätten vielmehr auf die Wahrung objektiven Rechts »in einer von der Antragstellerin vorgenommenen Auslegung« und die Verpflichtung zu einer Handlung, nämlich der Zurückweisung von Asylbewerbern gezielt.

Beides sei im Organstreitverfahren nicht zulässig, so das Gericht. Dieses diene maßgeblich der gegenseitigen Abgrenzung der Kompetenzen von Verfassungsorganen, nicht hingegen der Kontrolle der objektiven Verfassungsmäßigkeit eines bestimmten Organhandelns. Kern des Organstreitverfahrens sei auf Seiten des Antragstellers die Durchsetzung von Rechten. Es eröffne daher nicht die Möglichkeit einer objektiven Beanstandungsklage. Das Grundgesetz kenne keinen allgemeinen Gesetzes- oder Verfassungsvollziehungsanspruch, auf den die Organklage gestützt werden könnte.

Die AfD-Fraktion hatte in ihrer Antragsschrift im Wesentlichen die Feststellung begehrt, dass die Bun-

desregierung durch die Duldung der Einreise von Asylbewerbern sowie die Durchführung von Asylverfahren in bestimmten Fällen die Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte des Bundestages und dadurch zugleich den Gewaltenteilungsgrundsatz sowie Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes verletzt habe. Ein weiterer Antrag hatte die Feststellung, dass die Duldung der Zuwanderung von Ausländern aus bestimmten Staaten nur auf der Grundlage eines zu erlassenden »Migrationsverantwortungsgesetzes« zulässig wäre, zum Ziel. Mit einem dritten Antrag sollte festgestellt werden, dass Asylbewerber bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen an den Grenzen zurückzuweisen sind. *J.H.*

Vertreibung Unterrichts-thema

Koalition in Hessen bekennt sich zu Vertriebenen und Aussiedlern

In Hessen wird dem Themengebiet Flucht, Vertreibung und Aussiedlung im Schulunterricht künftig ein besonderer Platz eingeräumt. Außerdem gibt es eine Bestandsgarantie für den Landesvertriebenenbeirat, den Landespreis Flucht, Vertreibung, Eingliederung, den Landesgedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation sowie für das Amt der Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler. So steht es in dem zwischen der CDU und den Grünen geschlossenen Koalitionsvertrag. Dieser sieht außerdem vor, die bislang ausschließlich projektgebundene Förderung der Spätaussiedlereingliederung durch eine

»kontinuierliche Strukturförderung«, zu ergänzen, um die langfristige Arbeit in diesem Bereich zu gewährleisten. »Damit ist eines unserer wichtigsten Ziele erreicht, wofür ich dankbar bin«, begrüßt die seit 2009 amtierende Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf (CDU) die Vereinbarung. Die Pflege der Kultur der Vertreibungsgebiete und die Eingliederung der Spätaussiedler seien bei der hessischen Landesregierung »in den besten Händen«, ist sie sich sicher.

Um den Spätaussiedlern die Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu erleichtern, sollen Arbeits- und Ausbildungsprogramme des Landes gezielt auch auf diese Ziel-

gruppe ausgerichtet sowie die Anerkennung von Berufswegen verbessert werden. Außerdem versichert die seit 2014 regierende Regierungskoalition, sich auf Bundesebene weiterhin für eine Verbesserung der Rentenregelungen für spätaussiedelte Deutsche einzusetzen.

Zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der Kultur und Geschichte der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler ist vorgesehen, einen Lehrstuhl an einer hessischen Universität einzurichten. Flankiert werden soll dies von einer vom Land getragenen Dauerausstellung, um die Thematik verstärkt im Bewusstsein der Öffentlichkeit zu verankern. *J.H.*

JAN HEITMANN:

Armes Land

Seit Jahrzehnten besteht im Bundestag Konsens, dass im Parlamentspräsidium alle Fraktionen vertreten sein sollen. Deshalb ist es Usus, dass die Fraktionen bei der Wahl der Vizepräsidenten auch den Kandidaten der politischen Gegner ihre Stimme geben. Es war Usus, denn seit dem Einzug der AfD gilt das nicht mehr. Deren Kandidatin Mariana Harder-Kühnel wurde von den anderen Fraktionen nicht gewählt.

Dafür sitzt im Präsidium die Grüne Claudia Roth. Dass man sie ekelhaft findet, darf man nicht sagen. Andernfalls wird man wegen Beleidigung verurteilt. Aber den Blick von ihr abwenden, um den Sehnerv zu schonen, das darf man. Bei Harder-Kühnel ist das nicht nötig. Bei diesem rein subjektiven Kriterium liegt die AfD-Frau also schon mal vorn. Und bei einem ganz objektiven Kriterium wie der Qualifikation? Deren Beschreibung fällt bei Roth weg. Sie hat nämlich keine. Hat nichts, ist nichts, kann nichts. Harder-Kühnel hat ein Prädikatsexamen in Rechtswissenschaften, ist Volljuristin, kann Anwältin, könnte aber auch Richterin, Staatsanwältin und mehr. Sie hat mit drei vielversprechenden Kindern etwas gegen den demografischen Wandel und zur Arterhaltung getan. Roth ist eine bevölkerungspolitische Nullnummer – was vielleicht auch besser ist. Dafür hat sie nach eigener Aussage praktische Erfahrungen mit Drogen. Außerdem sympathisiert sie unverhohlen mit dem Islam. Harder-Kühnel dagegen ist römisch-katholisch und kann nicht mit Drogenkonsum aufwarten. Sie ist auch eine aufrechte Patriotin, während Roth »nie wieder Deutschland« fordert.

Wer ist nun wohl besser zur Repräsentantin der Legislative unseres Landes geeignet? Es könnte eine Harder-Kühnel haben und hat eine Roth. Armes Land!

MELDUNGEN

China bleibt beim Bargeld

Peking – Die chinesische Zentralbank hat verfügt, dass chinesische Unternehmen auch weiterhin verpflichtet bleiben, Zahlungen für Produkte und Dienstleistungen in Form von Bargeld anzunehmen. Zuwiderhandlungen würden als Gesetzesverstöße geahndet. Im Reich der Mitte erfreut sich der bargeldlose Zahlungsverkehr selbst bei Kleinbeträgen hoher Beliebtheit. Einzelne Unternehmen sind inzwischen dazu übergegangen, Zahlungen nur noch bargeldlos zu akzeptieren. Die Nationalbank stellte jedoch klar, dass mit solchen Verhaltensweisen das Vertrauen in den Wert des Bargeldes untergraben werden könnte und Menschen überdies das Recht haben müssten, mit einem Mittel ihrer Wahl zu bezahlen. T.W.W.

BdV für Stärkung der Kulturarbeit

Bonn – Der Bund der Vertriebenen (BdV) hat die Bundesregierung aufgefordert, die Kulturarbeit nach Paragraph 96 des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes und insbesondere den partizipativen Ansatz in der Förderung im Hinblick auf die deutschen Heimatvertriebenen, Spätaussiedler und ihre Verbände beziehungsweise die deutschen Volksgruppen in ihren Heimatgebieten zu stärken. Der BdV lobt, dass die Koalitionspartner das kulturelle Erbe der Deutschen in der Mittel- und Osteuropa und das Kulturgut der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler als „wichtige Bestandteile der kulturellen Identität Deutschlands“ bezeichnen, sieht aber Defizite bei der Umsetzung. So müsse der partizipative Ansatz weiter ausgebaut werden. Es gelte, für die Kulturträger und ihre Organisationen – Landsmannschaften, BdV-Landesverbände und die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen – eine sichere finanzielle Basis zu schaffen. Dazu könne auch eine direkte Zuordnung der Kulturreferenten zu den Landsmannschaften beitragen. J.H.

PAZ: Neue Preise

Drei Jahre lang hat die *Preußische Allgemeine Zeitung* den Preis ihres Abonnements stabil gehalten. Nun zwingen uns steigende Kosten trotz strikter Ausgabendisziplin leider zur Anpassung der Bezugspreise. Zudem wird die PAZ im Abonnement im sogenannten Schnellläufernetz der Post befördert und befindet sich bereits ab Donnerstag in der Zustellung. Das ist zwar mit zusätzlichen Kosten verbunden, gewährleistet aber, dass die Abonnenten ihre Zeitung stets pünktlich erhalten. Unser Inlands-Abpreis ist ab 1. Januar 2019 von elf auf zwölf Euro im Monat, also 144 Euro im Jahr gestiegen. Der Bezugspreis im Ausland beträgt jetzt 14,50 Euro monatlich (18,50 Euro bei Versand per Luftpost). Am Kiosk kostet die *Preußische Allgemeine Zeitung* jetzt 2,90 Euro. Der Preis für das Online-Abo beträgt 8,25 Euro, als E-Paper kostet die PAZ 1,20 Euro im Monat. Soweit keine Einzugs ermächtigt besteht, bitten wir unsere Abonnenten um rechtzeitige Anpassung von Daueraufträgen.

Auch nach dieser moderaten Preis-anpassung bleibt die *Preußische Allgemeine Zeitung* die mit Abstand günstigste Wochenzeitung mit vergleichbarem journalistischen Angebot.

»Eine Geschichte von Lug und Betrug«

Interview mit dem Rentenexperten Otto Teufel über die gesetzliche Rentenversicherung in Deutschland



Listet in der nach ihm benannten Teufeltabelle alle Leistungen der Rentenversicherung und die sogenannten Bundeszuschüsse auf: Otto Teufel

Bilder: ddp images/Imago

Otto Teufel, geboren 1935 in Ingelheim am Rhein, ist gelernter Diplom-Ingenieur. Er arbeitete bis 1996 bei Siemens und wurde dann in den Ruhestand gedrängt. Danach verschlechterte eine rückwirkende Änderung des Rentenrechts seine Ruhestandsbezüge. Seitdem hat er sich zu einem profunden Kenner und Kritiker des deutschen Rentensystems entwickelt. Das Interview führte Volker Wittmann.

PAZ: Anfang des Jahres trat ein neues Rentenpaket in Kraft. Sie sind offenbar einer der wenigen, welche die gesetzliche Rentenversicherung durchschauen. Was halten Sie davon?

Otto Teufel: Nach Presseberichten sollen die Beitragszahler die vorgesehenen zusätzlichen Belastungen bezahlen. Genauer erfährt man leider erst im Nachhinein. Jedenfalls wirken sich die Neuerungen negativ auf die Höhe aller Renten aus.

PAZ: Sie gelten als scharfer Kritiker des Rentensystems in Deutschland. Was gibt es daran zu bemängeln?

Teufel: Das zentrale Problem ist der Griff des Gesetzgebers in die Rentenkasse. Er entnimmt Geld der Beitragszahler, um damit versicherungsfremde Leistungen zu bestreiten. Im Jahr 2005 veröffentlichte die Regierung leider zum letzten Mal, dass sie 65 Milliarden Euro aus der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung abgezweigt hat.

PAZ: Was sind das für Leistungen?

Teufel: Das sind Zuwendungen, die nicht oder nicht in vollem Umfang durch Beiträge der Versicherten gedeckt sind. Dazu gehören zum Beispiel Kriegsfolgelasten oder Entschädigungen für NS-beziehungsweise SED-Unrecht und vieles mehr. Die Wiedervereinigung wurde ja im Wesentlichen aus der Rentenkasse mit bezahlt.

PAZ: Waren das keine sinnvolle Ausgaben?

Teufel: Ich stelle deren Wichtigkeit gar nicht in Frage. Sie erfüllen gesamtgesellschaftliche Aufgaben. Aber sie müssten deshalb auch mit gesamtgesellschaftlichen Geldern bestritten werden. Stattdessen bürdet der Staat sie allein den

gesetzlichen Sozialkassen auf und damit den Angestellten, Arbeitern und Rentnern. Politiker, Selbstständige und Beamte beteiligen sich nicht.

PAZ: Woher rührt diese Ungleichheit?

Teufel: Der Grund dafür ist, dass neben der gesetzlichen Rentenversicherung weitere Systeme der Altersversorgung bestehen. Es gibt berufsständische Versorgungswerke wie zum Beispiel für Ärzte und Rechtsanwälte. Dazu kommt noch eine Gruppe vermögender Leute, die selbst für sich vorsorgen können. Beamte erhalten ihre Pensionen aus öffentlichen Mitteln, genauso Bundestagsabgeordnete. Keiner von denen aber zahlt Beiträge in ein Solidarsystem ein wie Arbeiter und Angestellte. Aber allein aus deren Kassen werden die versicherungsfremden Leistungen erbracht. In einem wirklichen Solidarsystem müssten alle Bürger ohne Ausnahme eingebunden sein. Aber bei der Altersversorgung herrscht in Deutschland eine Zweiklassengesellschaft.

PAZ: Wie sollte es nach Ihrer Meinung geregelt werden?

Teufel: In allen demokratischen Rechtsstaaten Europas gibt es einheitliche Rentenversicherungen. Dänemark, Finnland, die Niederlande, Schweden und die Schweiz haben eine Volksversicherung für alle Bürger. Belgien, Frankreich, Luxemburg, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Österreich, Portugal und Spanien versichern alle Erwerbstätigen. Nur Deutschland hat eine gesonderte Versicherung für abhängig Beschäftigte.

PAZ: Warum macht Deutschland eine Ausnahme?

Teufel: Über Rentenfragen entscheiden bei uns fast ausschließlich solche Personen, die von dem Missetand in keiner Weise betroffen sind. Sie haben nicht das geringste Interesse, daran etwas zu ändern, weil sie von den bestehenden Verhältnissen profitieren. Nicht umsonst haben Bundestag und Länderparlamente es immer wieder abgelehnt, ihre eigene Altersversorgung der gesetzlichen Rentenversicherung anzuvertrauen.

PAZ: Wie kam es zu der Schiefelage?

Teufel: Der Sündenfall begann im Jahr 1957, als der damalige Kanzler Konrad Adenauer das Rentensystem ummodelte, um anstehende Wahlen zu gewinnen. Er schaffte das bis dahin gültige Kapitaldeckungsverfahren ab, wie es in etwa für Versicherungen in der freien Wirtschaft bindend ist. An dessen Stelle setzte er das Umlageverfahren, bei dem aus den eingehenden Beiträgen unmittelbar die Renten der Leistungsberechtigten bestritten werden. Gleichzeitig übertrug die Bundesregierung der gesetzlichen Rentenversicherung gesamtgesellschaftliche Aufgaben.

PAZ: Aber der Staat gibt doch seinerseits alle Jahre auch Milliarden an Zuschüssen an die Rentenkasse.

Teufel: Diese sogenannten Zuschüsse waren von Anfang an stets geringer als die Ausgaben für versicherungsfremde Leistungen. In Wirklichkeit wurden Jahr für Jahr Beitragsüberschüsse in Milliardenhöhe abgeschöpft und dem Bundeshaushalt zugeschlagen. Bis zum Jahr 2015 bezifferte sich die Gesamtsumme der abgezweigten Mittel auf rund 900 Milliarden Euro. Das ist fast dreimal so viel wie ein ganzer Jahreshaushalt der Bundesrepublik.

PAZ: Es gab doch immer wieder Rentenreformen wie in diesem Jahr. Haben die Neuregelungen die Lage der Rentner verbessert?

Teufel: Im Gegenteil. Jede Rentenreform hat einschneidende Verschlechterungen gebracht. Langsam aber sicher wurde die Höhe der Renten abgesenkt. Das hat dazu geführt, dass die durchschnittliche Altersrente für Männer nur noch rund 40 Prozent einer durchschnittlichen Beamtenpension beträgt.

PAZ: Könnten die gesetzlich Versicherten ihre Bezüge nicht über die Riesterrente aufbessern?

Teufel: Die Riesterrente wird als staatlich subventionierte Altersvorsorge dargestellt. Doch es handelt sich in Wirklichkeit eher um eine Subventionierung der Versicherungswirtschaft. Das meiste Geld kommt nämlich bei den Versicherungen an, nicht bei den Versicherten. Die müssen 87 Jahre alt werden, damit es sich für sie lohnt. Von dieser Rente gehen 20 Prozent für Provisionen, Gebüh-

ren und so weiter ab. Damit wird dieses Finanzprodukt viel zu teuer. Leider haben sich seit Einführung der Riesterrente 2002 etwa 14 Millionen Bürger zu einem Abschluss verleiten lassen. Diese Sparer sind wahre Goldesel für die Versicherungswirtschaft.

PAZ: Wie ist so etwas möglich?

Teufel: Walter Riester von der SPD war mal zweiter Vorsitzender der IG Metall und von 1998 bis 2002 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung. Aber er war auch Referent eines Finanzdienstleisters und wurde Aufsichtsrat in einem Versicherungskonzern, der Union Investment, dem größten Anbieter von Riesterrenten. Für Werbeauftritte und Vorträge hat er sechsstelligen Beträge bekommen. Auch dieses Geld müssen die Riesterparer natürlich erwirtschaften.

PAZ: Es ist oft von einem demografischen Wandel die Rede, wonach immer weniger Junge für immer mehr Alte aufkommen müssten. Was bedeutet das für die Rentenkasse?

Teufel: Solche Schlagworte dienen der gezielten Irreführung. Dafür sorgen hochbezahlte Mietmäuler wie Meinhard Miegel mit seinem Institut für Wirtschaft und Gesellschaft, finanziert durch Spenden von Unternehmern und der Versicherungswirtschaft in Sachen privater Altersvorsorge. Man muss sich doch fragen, warum eigentlich wirkt sich der demografische Wandel nur auf die gesetzliche Rentenversicherung aus und nicht auf die Pensionen der Beamten oder die Ruhestandsbezüge der Politiker? Wir leiden nicht unter einem demografischen Problem, wir leiden unter einer wirtschaftspolitischen Elite, die sich bereichert. Wir haben kein Rentenproblem, wir haben ein Verteilungsproblem.

PAZ: Woher kommen dann die oft gehörten Aussagen, die Alten lägen den Jungen auf der Tasche?

Teufel: In ständigen Kampagnen der Medien erzählt man den Leuten, Solidarität sei nicht mehr finanzierbar. Damit sollen die Jungen davon abgelenkt werden, dass jede Rentenreform vor allem sie betrifft. Jede Entwertung der Renten entwertet auch ihre Entgeltpunkte. Wichtiger wäre, die Jungen darüber aufzuklären, dass

das, was man ihnen heute zusagt, das Papier nicht wert ist, auf dem es steht. Leider merken die Leute nicht, wie sie betrogen werden.

PAZ: Wieso merken sie es nicht?

Teufel: Die Geschichte der gesetzlichen Rentenversicherung ist eine Geschichte von Lug und Betrug durch die Politik, die inzwischen mehr als 60 Jahre andauert. Regierung und Gesetzgeber sorgen nicht für die nötige Transparenz. Es wurde bewusst von Anfang an keine Buchführung über Art und Umfang der einzelnen Leistungen gemacht. Es gibt sie übrigens bis heute nicht. Wenn man Buchführung macht, kann man ja nicht so leicht betrügen. Jeder kleine Handwerker muss genauestens Buch führen und seine Ein- und Ausgaben belegen. Da kann sich der Bürger nur wundern.

PAZ: Sie sind Gründungsmitglied der Aktion Demokratische Gemeinschaft, die versucht hat, die Rechte der Rentner einzuklagen. Wie ist es Ihnen ergangen?

Teufel: Dazu brauchten wir einen Rechtsanwalt. Sie finden aber keinen, der sich mit Rentenrecht auskennt. Es lohnt sich für die nicht, sich in die schwierige Materie einzuarbeiten. Und es wird ja auch bewusst verhindert, dass man eine Sammelklage machen kann. Ich habe dann praktisch für den Rechtsanwalt die ganzen Klagen selbst entworfen. Trotzdem war es richtig teuer. Mitte 1999 haben wir die erste Klage beim Sozialgericht erhoben.

PAZ: Wie ist sie ausgegangen?

Teufel: Die Klage wurde abgewiesen, auch in der nächsten Instanz. Es hat dann länger als zehn Jahre gedauert, bis wir beim Bundesverfassungsgericht die Verfassungsbeschwerden einreichen konnten. Wir hatten zwei Beschwerden eingereicht, aber das Bundesverfassungsgericht hat beide Beschwerden nicht zur Entscheidung angenommen. Danach haben wir zwei Beschwerden beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingereicht. Aber auch diese Herrschaften haben sich nicht mit diesen Beschwerden befasst. Ohne nachvollziehbare Erklärung haben sie diese für unzulässig erklärt. Weitergehende rechtliche Möglichkeiten gibt es nicht.

Anti-Werbung für Multikulti

»Vom sonnigsten Ort zum Ort der Schatten« – Willkommenskultur in Freiburg macht weltweit Schlagzeilen

Die Stadt Freiburg zieht international Aufmerksamkeit auf sich. Aber nicht im gewünschten touristischen Sinne. Die dortigen Verbrechen durch Asylsucher lösen im Ausland Verblüffung über die linksliberale Kuschelpolitik aus.

Die wiederholten Übergriffe von Asylsuchern aus muslimischen Ländern auf junge Mädchen in Freiburg beschäftigen mittlerweile auch Medien und Internetblogger weltweit. Die bislang multikulturelle Universitätsstadt Freiburg sei zu einem Ort geworden an dem übergriffige Asylsucher Studentinnen nachstellen, die sie einst mehr als andere willkommen heißen hätten, meint der aus Israel stammende US-Journalist Daniel Greenfield.

Freiburg macht inzwischen international Schlagzeilen. Allerdings wohl eher solche, auf die mancher Bürger der Stadt lieber verzichten würde. „Muslimische Einwanderer terrorisieren verschlafene deutsche Universitätsstadt“ titelte zum Beispiel Greenfield auf seinem viel beachteten Internet-Blog „Sultan Knish“. Er meint damit den Mord an der 19-jährigen Medizinstudentin Maria Ladenburger im Oktober 2016 durch einen afghanischen Asylsucher, der zuvor bereits in Griechenland eine junge Frau getötet haben soll, sowie die Gruppenvergewaltigung einer 18-Jährigen vor drei Monaten durch mindestens zehn junge Männer, neun davon Asylsucher.

Der Haupttäter der Gruppenvergewaltigung, Majd H., der die junge Frau mit Rauschgift betäubt hatte, soll ein syrischer Asylsucher mit einem massiven Vorstrafenregister gewesen sein.

Der Streit darüber, ob die Polizei den mutmaßlichen Haupttäter wegen anderer Vergehen nicht zwingend schon vor der Nacht des Verbrechens hätte verhaften müssen, findet auch in den Vereinigten Staaten Nachhall. Dass ein einziger syrischer Asylsucher innerhalb von nur vier Jahren seit



An Wochenenden sind Männer in Freiburg auf Brautschau: Angesichts der von Ausländern häufig verübten sexuellen Übergriffe in der Stadt scheinen sich die Frauen von dieser Freiburger Disko offenbar fernzuhalten

Bild: pa

seiner Einreise nach Deutschland 29 Straftaten begehen konnte, wegen Drogen und Vergewaltigung gesucht wurde und dann noch einmal zuschlagen konnte, sei sinnbildlich für den Zustand des Gemeinwesens in Deutschland im Allgemeinen und in Freiburg im Besonderen, so Blogger Greenfield.

Männliche Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit stellen zwar nur 8,5 Prozent der 226 000 Einwohner der baden-württembergischen Universitätsstadt, aber sie sind verantwortlich, so Greenfield und auch die Freiburger Polizei, für 42 Prozent aller strafbaren Handlungen. Im Bereich der Sexualdelikte sollen es sogar 50 Prozent sein.

Greenfield ist kein publizistischer Niemand. Er ist Kolumnist vieler großer US-Magazine, Mitarbeiter des David Horowitz Freedom Centers in New York, dessen Stimme ernst genommen wird.

Der progressive Konsens anlässlich der Massenzuwanderung 2015 in der „sonnigsten und wärmsten Stadt Deutschlands“, wo die Grünen bei Wahlen auch schon mal Ergebnisse jenseits der 40-Prozent-Marke einfahren, sei Teil des Problems. Dieser Konsens sei das Werk der 30 000 Studenten in der Stadt, die diese zu ei-

Ein Eldorado für sexuelle Übergriffe

nem Magneten für Nachtleben, Partys, Clubs und gute Laune machten. Allerdings interessierten sich zunehmend auch Personen für diese Partys, die nicht zum Feiern und Partymachen kommen seien, sondern für Gewaltexzesse und Islamisierung stünden. Vor allem aus Syrien, Afghanistan oder dem Irak sei eine beträchtliche Anzahl an vorge-

blichen Schutzbedürftigen in die Stadt gekommen.

Bis November 2016 sollen es allein 570 sogenannte unbegleitete Minderjährige gewesen sein, die in Freiburg Aufnahme gefunden haben. Viele dieser angeblichen Minderjährigen verbinden mit Partys vor allem Drogen, Diebstähle oder sexuelle Übergriffe, weshalb diese Delikte gerade in Freiburg deutlich angestiegen seien.

Das hätten sogar einige der Vorzeigediskos der linken Szene gespürt, wie beispielsweise der linksalternative Club „White Rabbit“, der nach einer Reihe von Anzeigen wegen Übergriffen 2016 Asylsuchern den Zutritt verweigerte. Unter Zuhilfenahme der Rassismuskule zwangen linksradikale Aktivisten allerdings die Betreiber, dieses Verbot wieder zurückzunehmen. Als Ergebnis steht der Klub wie andere auch vor dem Aus.

Wie Greenfield schreibt, sollen im Jahr 2017 insgesamt 1288 Straftaten in Freiburg auf das Konto von Einwanderern aus mehrheitlich muslimischen Ländern gehen. Vor allem steigt die Zahl der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung in Freiburg. Einige der Beteiligten, die in Asylbewerberheimen rund um Freiburg lebten, die von der Kommune errichtet worden waren, sollen Verbindungen zu terroristischen Gruppen gehabt haben und bereits mehrfach im Zusammenhang mit Drogen-, Körperverletzungs- und Raubdelikten in Erscheinung getreten sein.

Abschiebungen fanden dennoch nicht statt. Den Zusicherungen des 2018 gewählten, parteilosen Oberbürgermeisters Martin Horn, in Freiburg sei „kein Platz für Kriminelle und so schreckliche Verbrechen“, will Greenfield nicht vertrauen. Fakten sprächen eine andere Sprache. *Bodo Bost*

MELDUNGEN

Bundesregierung zieht Notbremse

Berlin – Die Bundesregierung tut etwas für den Wirtschaftsstandort Deutschland und will mögliche Fahrverbote aufgrund der Überschreitung des EU-Grenzwertes für Stickstoffdioxid per Gesetz einschränken. Sie sollen künftig in der Regel nur dann in Erwägung gezogen werden können, wenn in den betroffenen Gebieten ein Jahresmittelwert von 50 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft überschritten wird. Der EU-Grenzwert liegt bei 40 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft. Zudem sollen Kraftfahrzeuge der Schadstoffklassen Euro 6 sowie Euro VI, bestimmte Euro 4 und 5 sowie unter bestimmten Bedingungen nachgerüstete Busse, schwere Kommunalfahrzeuge und Handwerker- und Lieferfahrzeuge von den Verkehrsverböten ausgenommen werden. Die Bundesregierung hat den Gesetzentwurf als „besonders eilbedürftig“ erklärt. *J.H.*

Dimter neuer SPK-Vize

Berlin – Der Stiftungsrat der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) hat den Juristen und Verwaltungsfachmann Gero Dimter zum neuen Vizepräsidenten der Stiftung gewählt. Der 1976 in Dresden geborene Dimter studierte dort und absolvierte sein Referendariat in Berlin, wo er 2003 das zweite Staatsexamen ablegte. Im Anschluss arbeitete er zunächst als Rechtsanwalt, bevor er 2004 Richter wurde. Von 2010 bis 2012 war er Referent für Justiz und Verbraucherschutz im Büro des Landes Berlin in Brüssel. Seit 2013 ist Dimter, zunächst in Abordnung, als Mitglied eines Zivilsenats beim Kammergericht Berlin tätig. Seit April 2014 leitete er zudem das Verwaltungsdezernat V in der Präsidialverwaltung des Kammergerichts, das unter anderem für den Sachhaushalt, die Bibliothek sowie die Zentrale Besoldungs- und Vergütungsstelle der Berliner Justiz zuständig ist. *J.H.*

Schulen bleiben kalt

Wegen maroder Heizungen fällt an Lehranstalten der Unterricht aus

Dass Eltern in Eigeninitiative zum Pinsel greifen, um die Klassenzimmer ihrer Kinder einer Schönheitsreparatur zu unterziehen, ist keine Seltenheit. Dass Schüler wegen unzumutbarer Sanitäranlagen den Gang zur Toilette vermeiden, wird vereinzelt berichtet. In diesem Winterhalbjahr häufen sich jedoch Unterrichtsausfälle an deutschen Schulen aufgrund defekter Heizungen.

Hiervon scheint das Land Niedersachsen besonders betroffen zu sein. Täglich gibt es im Rundfunk Meldungen, dass die Schüler „Kältefrei“ bekommen. Unterrichtsausfälle gab es in den vergangenen zwei Monaten in Meckelfeld, Melle, Breselenz, Schneverdingen, Esens und Salzhemmendorf. In Wolfsburg richtete ein defektes Heizungsrohr am Schulzentrum in der Kreuzheide massive Schäden an: Ein Wasserschaden machte Inventar und Geräte sowie einen Computerraum unbrauchbar.

Ähnliche Fälle werden auch aus anderen Bundesländern wie Berlin, Hessen und Nordrhein-Westfalen gemeldet. In Köln-Neuhrenfeld musste der Unterricht zum wiederholten Male abgesagt werden, weil eine erst vier Jahre alte Heizung in einem Neubau immer wieder Störungen aufwies. Neben einer Grund- und einer Ge-

samtschule waren in Havixbeck gleich mehrere in der Nähe des Schulzentrums liegende öffentliche Gebäude – darunter das Rathaus, die Musikschule und das Hallenbad – von einem Heizungsausfall betroffen, weil das Nahwärmezentrum der Gemeinde, das mit einem Blockheizkraftwerk und zwei Heizkesseln Wärme erzeugt, streikte. Zwar war einer der Kessel schon im Oktober kaputtgegangen, doch die bereits in Auftrag gegebenen Reparaturen noch nicht ausge-

Symptomatisch für die gesamte deutsche Infrastruktur

führt worden. Der marode Heizkessel war 25 Jahre alt.

Der Zustand deutscher Schulen ist symptomatisch für die gesamte deutsche Infrastruktur. Ob bei Straßen, Brücken oder öffentlichen Gebäuden: Nach der Fertigstellung wurde viel zu wenig für Folgekosten investiert. Die Schulen, in denen heute regelmäßig die Heizungen ausfallen, stammen aus der Zeit der Bildungsexpansion in den 70er Jahren. Die Gebäude müssten dringend technisch und baulich saniert werden. In der Regel entspre-

chen sie nicht mehr den modernen Anforderungen wie beispielsweise der Wärmedämmverordnung. Die Sanierung kostet aber oft mehr als ein Neubau. Schulträger und damit verantwortlich für Bau, Unterhaltung, Sanierung und Ausstattung der Schulen sind in der Regel Kreise und Städte. Das kommunale Selbstverwaltungsrecht führt in diesem Fall zu Problemen, da die Kommunen über klamme Kassen klagen. Förderungen des Bundes laufen über die jeweiligen Länder. So begründen die Verantwortlichen Investitionsstaus mit fehlendem Geld, aber auch mit Handwerkerangel.

In Niedersachsen forderte der Landeselternrat das Land auf, etwas zu tun, damit Kinder nicht in „Bildungsbaracken“ lernen müssen. Die lapidare Antwort von Kultusminister Grant Hendrik Tonne (SPD): Es sei normal, dass Heizungsprobleme zu Beginn des Winters vermehrt auftreten.

Die Zahlen sprechen indes für sich: bundesweit sind 40 000 Schulen in schlechtem Zustand. Um sie zu sanieren, wären schätzungsweise 160 Milliarden Euro nötig. Die KfW-Bank diagnostizierte 2016 allerdings nur einen Sanierungsstau an deutschen Schulen von 34 Milliarden Euro bundesweit. *Manuela Rosenthal-Kappi*



Woche für Woche
Orientierung in der Medienflut
Klartext für Deutschland

Probeabo anfordern:
vertrieb@preussische-allgemeine.de
Telefon 040-41 40 08 42
Fax 040-41 40 08 51

Zeitzeugen



Boutros Boutros-Ghali – Für den früheren UN-Generalsekretär stand bereits 1985 fest, dass die Kriege der Zukunft in erster Linie um Wasservorkommen geführt werden. Zehn Jahre später verkündete der ägyptische Präsident Mubarak, sein Land werde keine militärischen Konflikte gegen Nachbarstaaten mehr anzetteln – es sei denn, es gehe um das Wasser des Nils.

Eanatum – Um 2470 v. Chr. führte der Herrscher des sumerischen Königreiches Lagasch auf dem Gebiet des heutigen Irak den ersten quellenmäßig belegten Krieg um Wasservorkommen. Seine Truppen attackierten damals das benachbarte Umma, welches weiter stromaufwärts am Tigris lag und so große Mengen Wasser aus dem Fluss entnahm, dass die Landwirtschaft in Lagasch darunter zu leiden begonnen hatte.



Halil Turgut Özal – Im Juli 1992 konstatierte der damalige Staatspräsident der Türkei, welcher wenig später unter bis heute nicht geklärten Umständen starb, anlässlich der Inbetriebnahme des Atatürk-Staudamms: „Wir schreiben den Arabern nicht vor, was sie mit ihrem Öl anstellen sollen. Deshalb lassen wir uns von ihnen auch nicht vorschreiben, was wir mit unserem Wasser machen.“

Martin Keulertz – Aus der Sicht des Experten für Wassermanagement im Nahen und Mittleren Osten an der American University in Beirut wird es auf absehbare Zeit keine großen Kriege um Wasservorkommen geben: Zwar sei die Lage in einigen Regionen wie am Unterlauf des Euphrats und des Tigris dramatisch, aber vermutlich komme es infolgedessen eher zur Abwanderung der dortigen Landbevölkerung und einer Zunahme von zwischenstaatlichen Migrationsbewegungen.



Ulrich Eichelmann – Mit Blick auf die Flutung einmaliger archäologischer Stätten im Rahmen des Südostanatolien-Projektes kritisierte der Geschäftsführer der Naturschutzorganisation River-Watch: „Wenn man all das zerstört, ist man nicht besser als die Taliban, die vor ein paar Jahren die Buddhastatuen von Bamiyan zerstört haben. Das ist der gleiche Akt von Dummheit. Das ist verurteilt.“

Ankara trocknet Nachbarn aus

Erdogans ehrgeiziges Südostanatolien-Projekt verletzt die UN-Gewässer-Konvention

Wasser war schon immer eine höchst umkämpfte Ressource. Heute nimmt deren Bedeutung noch mehr zu, weil die Bevölkerung oft gerade dort besonders stark wächst, wo die Wasservorkommen begrenzt sind. Hieraus resultiert reichlich Konfliktpotenzial, so beispielsweise zwischen den Anrainerstaaten von Nil, Jordan, Colorado River, Mekong, Indus und Ganges. Besonders kritisch ist die Lage derzeit vor allem an Euphrat und Tigris, wofür die Türkei verantwortlich zeichnet.

Ankara hat mittels des gigantischen Atatürk-Damms den Euphrat angestaut, was bereits zu erheblichen ökologischen Schäden führte. Ungeachtet dessen plant die Türkei im Rahmen des Südostanatolien-Projektes, welches den Bau von insgesamt 22 Stauanlagen vorsieht, das Gleiche mit dem Tigris. Besonders wichtig ist hierbei der Ilisu-Staudamm in den Kurdengebieten nahe der türkisch-syrischen Grenze, dessen Inbetriebnahme unmittelbar bevorsteht.

Ziel des Ganzen ist zum einen die Deckung des wachsenden Energiebedarfs der Türkei sowie die Industrialisierung weiter Teile der ökonomisch und sozial rückständigen Region Anatoliens. Darüber hinaus soll aber auch die Landwirtschaft profitieren. Insgesamt verspricht Ankara die Schaffung von 3,8 Millionen neuen Arbeitsplätzen.

Allerdings müssen infolge der Überflutungen oberhalb der Staustufen Hunderttausende Einwohner ihre Siedlungen verlassen. Gleichzeitig mehren sich inzwischen die Anzeichen für eine Versalzung der Ackerböden durch die Nutzung von Stauseewasser. Darüber hinaus gräbt die Türkei mit dem Projekt Syrien und dem Irak dringend benötigtes Wasser ab.

Gegenwärtig fließen noch pro Sekunde 700 Kubikmeter von dem kostbaren Nass über die Grenze zu den beiden Nachbar-

staaten. 500 Kubikmeter – aufzuteilen im Verhältnis von 52 zu 48 – hat Ankara den Syrern und Irakern als Minimum in bilateralen Vereinbarungen zugesichert, um deren Widerstand zu ersticken. Nach der kompletten Realisierung des Südostanatolien-Projektes könnten im Irak dann aber nur noch 60 Kubikmeter pro Sekunde ankommen, was eine eklatante Verletzung der UN-Gewässer-Konvention von 1997 wäre, die das rücksichtsvolle Miteinander der Anrainerstaaten von Flü-

ssen vorschreibt. Die Landwirtschaft in Syrien und dem Irak leidet jedoch schon jetzt: So musste bereits der traditionelle Reisanbau eingestellt werden; zudem verdursteten zahlreiche Viehherden. Hierdurch vermag Ankara nun gleich zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Der durch die Staudambauten verursachte Wasser-

mangel führt zu einem spürbaren wirtschaftlichen und politischen Niedergang der Nachbarländer. Das nimmt diesen die Möglichkeit, sich wirksam gegen die türkischen Zumutungen zu wehren – bis hin zum Einsatz militärischer Mittel.

Zum anderen kann die Regierung des islamischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan erneut die Immigrationswaffe gegen den Westen richten. Wenn noch mehr Menschen die Bürgerkriegsländer Syrien und Irak verlassen, weil ihnen nun auch die natürlichen Lebensgrundlagen entzogen werden, dürfte das zu einer weiteren Destabilisierung von Ländern wie der Bundesrepublik führen, in denen die Emigranten zuallererst ihr Glück versuchen.

Insofern ist es unverantwortlich, dass sich in der Vergangenheit mehrere große deutsche Firmen wie die Ed. Züblin AG am Südostanatolien-Projekt beteiligten und die zur Sparkassen-Finanzgruppe gehörende DekaBank Kredite bereitstellte. *Wolfgang Kaufmann*

Wassermangel im Irak und Syrien heizt Immigrationswelle an



Wird bald überflutet sein: Hasanke und der Aufstieg zum Schloss des Vergessens

Bild: W.K.

Kulturgüter werden geflutet

300 archäologische Fundstätten fallen Staudambau zum Opfer

Das türkische Südostanatolien-Projekt verursacht nicht nur eine ökologische Katastrophe ersten Ranges, sondern führt auch zur Vernichtung von Kulturgütern aus über 12 000 Jahren Menschheitsgeschichte. So versanken bereits ganze antike Städte in den Stauseen. Ein Beispiel hierfür ist die im frühen 3. Jahrhundert v. Chr. von dem mazedonischen Feldherrn Seleukos I. Nikator gegründete Doppelmetropole Zeugma-Seleukia Apameia am Euphrat, die dem Birecik-Damm zum Opfer fiel.

Der am Ende 313 Quadratkilometer einnehmende Ilisu-Stausee wird weitere historische Stätten der Assyrer, Perser, Griechen, Römer und Byzantiner verschlingen, was aber kein großes Problem für Ankara zu sein scheint. Auf jeden Fall trug der türkische Staat dafür Sorge, dass

nur wichtige Überbleibsel der islamischen Vergangenheit des Landes wie das 1475 errichtete Zeynel-Bey-Mausoleum überdauern und neue sichere Standorte an anderer Stelle erhalten.

Ein besonders herber Verlust wird die Überflutung von Hasan-

Ort des Genozids an Armeniern soll verschwinden

keyf, dem römischen Ciphaz, sein. Die Ortschaft am Tigris ist die einzige komplett erhaltene anatolische Stadt aus dem Mittelalter und war wohl schon vor Jahrtausenden besiedelt, wovon die rund 6000 Wohnhöhlen zeugen, die teilweise noch aus der Stein- oder Bronzezeit stammen. Außerdem

gehört Hasankeyf zu den nationalen Kultstätten der kurdischen Minderheit in der Türkei.

Und auch für die Armenier ist die Stadt von großer Bedeutung, weil hier während des Genozids an ihrem Volk zwischen 1915 und 1917 unzählige Menschen ermordet worden waren. 2004 sollte Hasankeyf daher auf Anregung der EU zum UNESCO-Weltkulturerbe erklärt werden, was die Regierung in Ankara aber zurückwies, da sie zu diesem Zeitpunkt bereits plante, die Siedlung untergehen zu lassen.

Insgesamt werden allein durch die Inbetriebnahme des Ilisu-Dammes um die 300 bedeutsame archäologische Fundstätten verschwinden, was zu derart massiven Protesten im In- und Ausland führte, dass sich die meisten westlichen Investoren aus dem Südostanatolien-Projekt zurückzogen. *W.K.*

Austrocknen und Fluten als Kriegsmittel

Wie man nicht nur Kriege um den lebenswichtigen Rohstoff Wasser führt, sondern die knappe natürliche Ressource auch als wirksame Waffe gegen seine Feinde einsetzt, demonstrierte Ankara in den letzten Jahren bei mehreren Gelegenheiten.

Nachdem Erdogan sich 2011 mit dem syrischen Präsidenten Bashar Hafiz al-Assad überworfen hatte, weil dieser kurdische Rebellen unterstützte, hielt die Türkei größere Mengen des Euphrat-Wassers zurück, bis die Getreideanbaugelände im Norden Syriens austrockneten. Daraufhin wanderten die dortigen Bauern in Städte wie Aleppo ab. Da diese dem Bevölkerungszustrom nicht gewachsen waren, kam es zu sozialen Spannungen, welche die Lage in Syrien weiter eskalieren ließen.

Ähnlich hinterhältig agierte die Türkei 2016, als der Islamische Staat sich im nordostsyrischen Gouvernement al-Hasaka auf dem Vormarsch befand und dabei zahlreiche kurdische sowie auch christliche Siedlungen bedrohte. Genau in diesem Moment ließ Ankara die Schleusen am Euphrat-

Türkei bekämpft Kurden mit Wasser

rat-Nebenfluss Chapur im Raum Ceylanpinar drosseln, wodurch es dem Islamischen Staat möglich war, mit zahlreichen Kämpfern und schweren Waffen auf das andere Ufer des Chapur zu gelangen, was den nachfolgenden Vernichtungsfeldzug gegen die „Ungläubigen“ dort sehr erleichterte.

Darüber hinaus errichtete das Erdogan-Regime in den Flussläufern der gebirgigen Grenzprovinzen Sirmak und Hakkâri elf sogenannte „Sicherheitsstaudämme“, die offenbar das Einsickern von kurdischen Guerilla-Kämpfern aus dem Irak verhindern sollen. Zum einen sind damit nun die Wege auf dem Grund der Täler unpassierbar geworden, und zum anderen ist die türkische Armee dann auch in der Lage, die Rebellen der kurdischen „Volksverteidigungskräfte“ (Hêzên Parastina Gel; HPG) effektiver zu bekämpfen, weil sie sich bei der Überquerung der neu geschaffenen Wasserflächen quasi auf dem „Präsenteller“ befinden. Insofern kommt dem Südostanatolien-Projekt jetzt auch eine klare militärische Bedeutung zu. *W.K.*

Preussische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – ISSN 0947-9597.

Die Preussische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellun-

gen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0

Telefon Redaktion (040) 4140 08-32

Fax Redaktion (040) 4140 08-50

Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32

Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42

Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:

www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:

redaktion@preussische-allgemeine.de

anzeigen@preussische-allgemeine.de

vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:

www.ostpreussen.de

Bundesgeschäftsstelle:

lo@ostpreussen.de

»Umverteilen« statt Bauen

Linkspartei unterstützt Enteignungspläne gegen Wohnungskonzern – Opposition läuft Sturm



Furcht vor Mieterhöhungen: Mieterprotest gegen den Konzern Deutsche Wohnen in Berlins Osten

Bild: Imago

Als in Berlin die Koalition aus SPD, Linkspartei und Grünen im Dezember 2016 an den Start ging, erklärte sie das Thema „bezahlbares Wohnen“ zu einer Kernaufgabe. Bislang kann der rot-rot-grüne Senat bei der Stabilisierung der Mieten allerdings keinen Erfolg vorweisen.

Weder die Mietpreisbremse noch die Ausübung von Vorkaufsrechten in Mietschutzgebieten haben bislang die Lage auf dem Berliner Wohnungsmarkt entspannen können. Im Jahr 2017 wurden Wohnungen in Berlin im Schnitt für 10,15 Euro pro Quadratmeter Kaltmiete angeboten. In vielen Stadtbezirken sind damit die Mietpreise in den vergangenen zehn Jahren explodiert.

Gleichzeitig ist der Bedarf an zusätzlichen Mietwohnungen groß. Eine aktuelle Prognose sieht durch Zuzug und bereits vorhandener Unterversorgung bis zum Jahr 2030 einen weiteren Bedarf von 194 000 Wohnungen. Ob dieser Bedarf tatsächlich gedeckt werden kann, ist zumindest derzeit fraglich. Zwar wurde in den vergangenen Jahren der Bau von jeweils mehr als 20 000 Wohnungen pro Jahr genehmigt, die Zahl fertiggestellter Einheiten lag allerdings regelmäßig deutlich niedriger.

Bei dieser Entwicklung spielen mehrere Faktoren eine Rolle: Wohnungsunternehmen beklagen immer häufiger Schwierigkeiten, überhaupt noch Baufirmen für ihre Projekte zu finden. Die Preisentwicklung auf dem Berliner

Immobilienmarkt führt allerdings auch immer stärker dazu, dass Grundstücke erst einmal nicht bebaut werden, sondern dass auf einen weiteren Anstieg des Baulandpreises spekuliert wird.

Der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen sieht zudem generell ein schlechtes Bauklima in der Hauptstadt. Verbandschefin Maren Kern beklagt insbesondere, dass Genehmigungen durch Ämter zu lange dauerten und private Investoren oft nicht willkommen seien.

Zumindest bei Großinvestoren könnte dieses Gefühl womöglich noch stärker werden. Eine Initiative, mit dem Namen „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ will ab April Unterschriften für ein Volksbegehren sammeln (die PAZ berichtete). Ziel des Vorhabens ist es, in Berlin Immobilienunternehmen mit 3000 oder mehr Wohnungen vergesellschaften zu können.

Angesichts der Knappheit von Wohnungen und der rasant steigenden Mieten könnte die notwendige Zahl von Unterschriften für das Volksbegehren schnell zusammenkommen. Zu rechnen ist allerdings auch damit, dass sich am Ende auch Verfassungsrichter mit dem Projekt beschäftigen werden.

Neben der juristischen Bedenklichkeit weist das Vorhaben noch einen anderen kritischen Punkt auf. Die „Umverteilung“ von Wohnungsbestän-

den kann möglicherweise den Preisauftrieb verlangsamen, allerdings entstehen keine neuen Wohnungen. Mehr noch: Der Senat wird für die Entschädigungszahlungen entweder direkt Geld in die Hand nehmen oder aber indirekt als Bürge auftreten müssen. Dabei könnte es sich schnell um Milliardensummen handeln, die beim Bau neuer Wohnungen möglicherweise sehr viel effektiver eingesetzt wären.

Wie schon der Name anzeigt, haben die Initiatoren des Volksbegehrens insbesondere den Immobilienkonzern Deutsche Wohnen im Visier. Das Unternehmen ist mit einem Bestand von rund 115 000 Wohnungen mittlerweile der größte Eigentümer in Berlin. Offenbar will die Deutsche Wohnen den Bestand in der Spree-Metropole noch vergrößern.

Das Unternehmen hat nach eigenen Angaben unlängst ein weiteres Wohngebäude in der Berliner Karl-Marx-Allee gekauft. Das Objekt soll 150 Mietwohnungen umfassen, die von demselben Verkäufer übernommen wurden, der schon vier andere Blöcke an die Deutsche Wohnen abgegeben hat. Mieter in der Karl-Marx-Allee befürchten, dass der Eigentümerwechsel zu starken Mieterhöhungen führt. Betroffene machen bereits seit Wochen öffentlich mobil.

Mittlerweile hat die Initiative „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ auch

Unterstützung von der Berliner Linkspartei erhalten. Auf ihrem Landesparteitag machten die Linkssozialisten zudem deutlich, dass die Aktion gegen Deutsche Wohnen nur ein Anfang sein soll: „Uns ist bewusst, dass eine möglicherweise erfolgreiche Volksabstimmung nur ein Zwischenschritt auf dem Weg zu einer rechtssicheren Vergesellschaftung der großen Wohnungsbestände ist.“

Von der Opposition kamen deutliche Reaktionen: Stefan Evers, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU, spricht von „Linkspopulismus statt Wohnungsbau“ und postete über das Internet: „Lenins Erbe verwalten – oder Berlin gestalten? Die Linkspartei muss sich entscheiden!“ Aus Sicht von FDP-Fraktionschef Sebastian Czaja zieht die Linkspartei „in einen neuen Klassenkampf, will diesen aber mit der alten Mär der kalten Enteignung gewinnen“.

Der Linkspartei droht mit der Unterstützung für die Vergesellschaftungspläne großer Wohnungsbestände allerdings ein Glaubwürdigkeitsproblem. Es war nämlich der rot-rote Senat, der im Jahr 2004 die GSW, das seinerzeit größte landeseigene Wohnungsbauunternehmen, an Finanzinvestoren verkaufte und aus Sicht von Kritikern sogar unter Wert „verscherbte“. Die Käufer Whitehall Investmentfonds (Goldman Sachs) und Cerberus haben damals 405 Millionen Euro bezahlt und erhielten dafür auf einen Schlag 65 000 Berliner Mietwohnungen.

Norman Hanert

Verkehrshinderung

Von THEO MAASS

Berlins Senatorin für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, Regine Günther (parteilos), ist von Haus aus eigentlich Umweltlobbyistin. Ihre frühere Beschäftigung fand sie beim WWF-Deutschland. Was hat das mit Verkehr zu tun? Die Menschen müssen zur Arbeit kommen, bevor sie sich fürs Klima interessieren. Günther erklärte mit ihrem ersten großen Gesetzgebungsvorhaben, dem sogenannten Mobilitätsgesetz, den Berliner Autofahrern den Krieg, indem sie dem Fahrradverkehr in massiver Einseitigkeit den Vorzug einräumte. Auch den öffentlichen Nahverkehr will Günther fördern – aber nur sehr selektiv. Wenn es um neue Straßenbahnlinien geht, ist sie engagiert bei der Sache. U- und S-Bahnen hingegen sind nicht „ihr Ding“.

Günther arbeitet also, als wäre sie keine Verkehrssenatorin, sondern eher eine Verkehrsverhinderungssenatorin. Besonders der Ostteil Berlins habe großen Nachholbedarf, meint sie. Im Reich des Erich Honecker unterblieb der U-Bahn-Bau weitgehend – es war kein Geld da. Stattdessen wurden Straßenbahnen gebaut. Auf diesem Pfad wandelt Günther weiter. Und schafft Probleme, welche die Berliner noch lange nach ihrer Amtszeit belasten werden. Zwar würden sich die auf den Autostraßen eingerichteten Fahrradwege, die meist leer sind, von einer anderen Regierung rasch korrigieren lassen. Einige Eimer schwarze Farbe würden genügen, um den alten Zustand wiederherzustellen. Aber so einfach wird man einmal gebaute Straßenbahnen nicht wieder los.

Den größten Schaden richtete Günther mit der Entscheidung an, gegen das Urteil des Berliner Verwaltungsgerichts vom 9. Oktober 2018 in Sachen Dieselfahrverbote nicht in Berufung zu gehen. Angeblich aus Sorge, in der nächsten Instanz könnte das Urteil noch „härter“ ausfallen. Inzwischen wurde bekannt, dass die Art der Messung von Stickoxiden fehlerhaft, um nicht zu sagen: falsch ist. Die Messungen müssen laut EU-Richtlinie 25 Meter von der Straße weg erfolgen. In Neukölln stehen die Messanlagen in der Silbersteinstraße und in der Karl-Marx-Straße jedoch nur 16,92 Metern und 13,69 Meter vom Straßenrand. Die Richtlinie verlangt, dass Messstationen so aufgestellt werden, dass sie ihre Probe aus der sogenannten „Umgebungsluft“ entnehmen und nicht direkt im Bereich der Auspuffrohre. Wenn Günther ihre Akten liest, müsste sie das alles wissen.

Ein weiteres Drama sind fehlende U-Bahnzüge. Die alten noch in Gebrauch befindlichen Züge der Baureihe 79 sind „Schrott“, melden die Hauptstadtmedien. Seit dem 8. Dezember 2016 amtiert Günther als Verkehrssenatorin. Zeit genug war da, um neue Züge zu bestellen.

Ärger über Straßenstrich

Prostitution an der Kurfürstenstraße bringt Anwohner auf

Stephan von Dassel, grüner Bezirksbürgermeister von Berlin-Mitte, bekommt das Ärgernis Straßenstrich Kurfürstenstraße nicht in den Griff. Gewiss, der Mann ist bemüht. Um die Prostituierten daran zu hindern, ihre Notdurft auf der Straße zu verrichten, ließ er zwei mobile Komposttoiletten aufstellen. Allerdings nutzen die Frauen die Häuschen nun dafür, um ihren Job dort zu verrichten.

Dassels Toiletten werden von den Zuhältern sogar als zusätzliche Einnahmequelle genutzt. Will ein Passant die öffentlichen Häuschen besuchen, tritt ihm ein „Südländer“ entgegen und verlangt fünf Euro. Beide Toiletten würden laut Betreiberfirma 250 Mal pro Woche benutzt. Wofür, ist allerdings unklar.

Prostituierte bieten sich zu jeder Tageszeit auf der Straße an, haben mit ihren Kunden für alle sichtbar Sex in Autos oder auf Spielplätzen. Die Nachbarschaft

rebelliert. Anfang Dezember lud Dassel zu einem Anwohnertreffen ins Jugendkulturzentrum Pumpe in Tiergarten ein. Seine Ausführungen begannen mit: „Ich werde ihnen nicht so viel Neues erzählen.“ Die Geduld der Anwohner scheint zu Ende zu gehen. Daniel

Der grüne Bezirksbürgermeister wirkt hilflos

C. glaubt nicht mehr an eine Besserung: „Wir werden in einem Jahr hier sitzen und nichts hat sich geändert.“ Vor der Eingangstür seines Wohnhauses stehe seit mehreren Monaten der gleiche Zuhälter. Seine Frau und der Sohn hätten Angst.

Ein anderer Teilnehmer des Treffens klagt: „Hier wurde schon so viel versucht ... Und jetzt kommen Sie und wollen den nächsten Feld-

versuch starten ... Ich kann nicht feststellen, dass sich die Lage verbessert hat.“ Dassel wirkt hilflos. Er bittet um Zeit. Die Maßnahmen müssten wirken. Wenn sich dann nichts getan habe, „muss die Politik sich die Frage stellen, was wir stattdessen machen“.

Die Sprecherin der SPD für Ordnungsamtsangelegenheiten im Bezirk, Susanne Fischer, glaubt unverdrossen an den Erfolg der aufgestellten Toiletten und eine stärkeren Präsenz des Ordnungsamtes. Einen Sperrbezirk für die Prostitution in der Kurfürstenstraße fordert hingegen die AfD. Schon vor Jahren forderte auch der CDU-Abgeordnete Robin Juhnke eine zeitliche Einschränkung der Prostitution dort. Der AfD-Abgeordnete Marc Valendar: „Wir sind gar nicht dagegen, dass Prostituierte dort Anbahnungsgespräche führen ... Nur am besten nicht auf der Straße.“ Stattdessen schwebt ihm ein „Laufhaus“ vor. Frank Bückler

Schilderstürmer

Hindenburgdamm soll umbenannt werden

In Sachen Straßenumbenennung sind Berlins regierenden Parteien SPD, Grüne und Linkspartei sehr aktiv. Wie die PAZ berichtete, will in Kreuzberg das grün dominierte Bezirksamt den linken Musiker Rio Reiser mit einer Platzbenennung auf dem Stadtplan sichtbar machen.

Eine Anwohnerbefragung brachte kein eindeutiges Ergebnis. Nur 25 Prozent wollen den Mariannenplatz in Rio-Reiser-Platz umbenennen, ein rundes Drittel ist dafür, den Heinrichplatz umzubenennen. Ein Drittel will lieber ein Denkmal, und zwölf Prozent wollen Reiser gar nicht im Straßenbild haben.

100 Jahre nachdem „linke Aktivist“ in Berlin mit dem sogenannten Spartakus-Aufstand einen bewaffneten Bürgerkrieg anzettelten, will die Linkspartei in Steglitz-Zehlendorf den Hindenburgdamm umbenennen. Unterstützung findet sie dabei ausge- rechnet bei der SPD, CDU und AfD sind jedoch dagegen.

Hippe (CDU): »Das ist Geschichtsklitterung«

„Die Schuld der Katastrophe des Nationalsozialismus bei Hindenburg abzuladen, ist Geschichtsklitterung“, erklärte CDU-Fraktionschef Torsten Hippe. Als „beschämendes Aushängeschild für den Bezirk“ geißelt dagegen Hans-Walter Krause (Linkspartei) den Namen Hindenburgdamm.

Laut dem Historiker Sebastian Haffner war Hindenburg die einzige Chance gewesen, welche die fragile Weimarer Republik überhaupt gehabt habe. Tatsächlich bekämpften NSDAP und KPD gemeinsam die Republik. Durch die Zwangsfusion von KPD und SPD entstand 1946 in der Sowjetzone die SED, die sich heute als Partei „Die Linke“ bezeichnet. F.B.

Mafia-Jäger mit neuer Abteilung

Die Berliner Staatsanwaltschaft hat zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität eine neue Abteilung für Vermögensabschöpfung erhalten. Laut Generalstaatsanwältin Margarete Koppers sollen in der neuen Abteilung Experten zu Steuerrecht, Korruptionsdelikten und Geldwäsche ihr Wissen einbringen, um Finanzströme und Vermögenswerte unbekannter Herkunft aufzuklären. Die Staatsanwälte können dabei auf Möglichkeiten zurückgreifen, die ein neues Gesetz im Jahr 2017 geschaffen hat. Mit dem Gesetz können Vermögen vorläufig sichergestellt werden, wenn die Besitzer nicht nachweisen können, dass sie sie legal erworben haben. Angewendet haben die Berliner Sicherheitsbehörden diese Möglichkeit bereits im vergangenen Jahr. Staatsanwaltschaft und Landeskriminalamt (LKA) beschlagnahmten im Juli 2018 vorläufig bei einer arabischen Großfamilie 77 Wohnungen, Häuser und Grundstücke in Berlin und dem Umland. N.H.

MELDUNGEN

Keine Ausbürgerung

Wien – Nach der Entscheidung des österreichischen Verfassungsgerichtshofs (VfGH) über mutmaßlich illegale Doppelstaatsbürger türkischer Abstammung hat die Stadt Wien das Ausbürgerungsverfahren gegen rund 18 000 Personen beendet. Der zuständige Wiener Stadtrat Jürgen Czernohorsky (SPÖ) geht davon aus, dass fast alle Fälle so gelagert seien wie der vor dem VfGH verhandelte Fall. Der VfGH hatte einem türkischstämmigen Mann recht gegeben, dem der Entzug des österreichischen Passes drohte. Er stellte klar, dass eine von der FPÖ übergebene Liste kein taugliches Beweismittel für den Wiederwerb der türkischen Staatsangehörigkeit sei. J.H.

Kosovo will eigene Armee

Pristina – Das Parlament des Kosovo hat einstimmig ein Gesetzespaket zur Schaffung einer regulären Armee beschlossen. Die Serbische Liste, welche die serbische Minderheit im Kosovo vertritt, nahm mit ihren neun Abgeordneten nicht an der Parlamentsitzung teil. Aus den Kosovo-Sicherheitskräften (KSF), derzeit eine Katastrophenschutz-Einheit mit 2500 Mann, soll nach den Plänen der Regierung innerhalb von zehn Jahren eine Armee mit 5000 Mann und leichter Bewaffnung entstehen. Das sorgt beim Nachbarn Serbien, der die Abspaltung des Kosovo bis heute nicht anerkannt hat, für Empörung. Belgrad sieht dadurch die rund 100 000 Serben um Mitrovitza im sonst fast ausschließlich albanisch bevölkerten Kosovo existenziell bedroht. Auch NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat den Zeitpunkt der neuen Gesetzgebung kritisiert und erklärt, das Bündnis könnte angesichts des Aufbaus einer eigenen kosovarischen Armee seine teure Präsenz im Armenhaus Europas überdenken. B.B.

Kiew trotz Russland mit eigener Kirche

Zusammenschluss zur Autokephalen Orthodoxen Kirche – Unterstützung von Kiew und Konstantinopel

Mitte Dezember wurde in der Kiewer Sophienkathedrale mit staatlicher Unterstützung die dritte Ukrainisch-Orthodoxe Kirche gegründet. Ob sie allerdings die Mehrheit der in der Ukraine lebenden orthodoxen Gläubigen und Kirchengemeinden hinter sich vereinen wird, ist ungewiss, da Moskau diese Kirche ablehnt.

Anders als im Westen, wo Religion und Kirche vom Staat getrennt sind, herrscht im Bereich der byzantinischen Kirche das Prinzip des Staatskirchentums. Deshalb hat jedes Land Osteuropas eine eigenständige, vom Ehrenoberhaupt in Konstantinopel anerkannte orthodoxe Kirche, mit einer Ausnahme: die Ukraine. Moskau hatte beim Patriarchen von Konstantinopel beim Zusammenbruch der Sowjetunion darauf hingewirkt, ein eigenständiges Kiewer Patriarchat, das sich 1992 gebildet hatte, nicht anzuerkennen. Moskau betrachtet die Ukraine als immer noch kirchenrechtlich russisches Territorium, denn das Russische Reich war einst 986 in Kiew mit der Taufe der Rus entstanden. Jetzt hat sich der Patriarch von Konstantinopel über Moskaus Einspruch hinweggesetzt und eine in Kiew in einer Synode gegründete Ukrainisch-Orthodoxe Kirche anerkannt. Die beiden bereits bestehenden ukrainisch-orthodoxen Kirchen fusionierten.

Die gemeinsame orthodoxe Kirche ist das letzte Band, das die Ukraine mit Russland verbindet. Beim Zerfall der UdSSR 1991 hatte sich die orthodoxe Kirche der Ukraine im Zuge der Unabhängigkeitserklärung des Landes bereits gespalten. Seither ringen die dem Moskauer Patriarchat unterstehende Ukrainisch-Orthodoxe Kirche und das 1992 gegründete Kiewer Patriarchat um die Vormachtstellung in dem Land. Mit Staatspräsident Petro Poroschenko war auch der Staatspräsident dabei, um die neue Kirche aus der Taufe zu heben.

Beim Festakt in der Kiewer Sophienkathedrale: Der neue Metropolit Epiphanius und Präsident Petro Poroschenko sprechen zu den anwesenden Gläubigen

Foto: Imago



Die Synode beschloss die Vereinigung der 1992 von der Russisch-Orthodoxen Kirche getrennten Kirche des Kiewer Patriarchats (KP) mit der schon 1919 gegründeten selbstständigen ukrainischen Kirche (UAOK) zur Ukrainischen Autokephalen Orthodoxen Kirche. Neues Kirchenoberhaupt wurde der erst 40 Jahre alte Bischof Epiphanius, Metropolit von Perejaslaw und Bila Zerkwa. Allerdings führt er nicht den Titel Patriarch, sondern weiterhin Metropolit. Der ehemalige Rektor und Professor der Kiewer Orthodoxen Theologischen Akademie (bürgerlicher Name: Sergej Dumenko) war bislang Sekretär und enger Vertrauter des bisherigen Oberhauptes des Kiewer Patriarchats, Patriarch Filaret. Der Patriarch von Konstantinopel bestand jedoch darauf, dass nicht Filaret selbst die neue vereinigte Kirche führen sollte, möglicherweise, um eine spätere Wiederan-

näherung an die russische Kirche nicht auszuschließen. Der bisherige Kiewer Patriarch dürfte allerdings auch in der neuen Konstellation faktisch die erste Autorität der Kirche bleiben, er gilt als der starke Mann hinter der jetzigen dritten Kirchengründung in Kiew. Seinen Titel Patriarch abzugeben hat der auch wegen seines Lebenswandels umstrittene Kirchenmann

Ukraine als Herzland der Orthodoxie

jedenfalls nicht, auch wenn es die Kirche, der er vorstand, jetzt offiziell nicht mehr gibt. Der neue Kirchenführer Epiphanius hat – anders als viele ältere ukrainische orthodoxe Kirchenführer – nicht in Russland studiert, sondern in der Ukraine und in Griechenland. Die neue ukrainische Kirche bleibt

bis Januar unter nomineller Aufsicht des Patriarchen von Konstantinopel. Dann soll am orthodoxen Weihnachtsfest am 6. Januar in Konstantinopel die endgültige Schaffung der neuen Kirche durch einen Tomos (kirchlicher Unabhängigkeitserlass) vollzogen werden.

Die Ukraine will sich mit der Gründung einer eigenen orthodoxen Landeskirche nun auch im religiösen Bereich stärker von Russland abgrenzen. Der Konflikt in der Ukraine ist ein politischer und religiöser gleichzeitig. Die Ukraine galt schon in der Sowjetunion als die gläubigste aller Sowjetrepubliken. Obwohl dort nur 15 Prozent aller Sowjetbürger lebten, gab es in der Ukraine mehr orthodoxe Pfarreien und Gläubige als im ganzen Rest der Sowjetunion. Fast alle altrussischen Wallfahrtsorte und die Mehrheit der Klöster liegen in der Ukraine.

Spätestens seit Beginn des militärischen Konfliktes mit Russland und dem Anschluss der Krim 2014 drängt die ukrainische Regierung auf eine eigenständige orthodoxe Kirche, unabhängig von Russland. Die Gründung der Kirche gilt als bedeutender Schritt für die Unabhängigkeit des Landes. Ob die 12 000 ukrainischen Pfarreien und rund 200 Klöster des orthodoxen Moskauer Patriarchats in die neue Kirche wechseln, ist jedoch mehr als fraglich. Nur zwei Bischöfe der 90, die die russische Kirche in der Ukraine hat, haben die Synode besucht. Das Moskauer Patriarchat hat aus Protest gegen die Gründung der eigenständigen ukrainischen Landeskirche seine Kontakte zum Ökumenischen Patriarchat vom Konstantinopel abgebrochen. Zudem verbot die russisch-orthodoxe Kirche ihren Gläubigen die Teilnahme an Gottesdiensten in dessen Kirchen. Bodo Bost

Unbequeme Zahlen

Antisemitismus nimmt zu – von Muslimen

Auch in Deutschland ist Judenfeindlichkeit ein großes Thema. Dies belegt eine Studie, die von einer EU-Institution veröffentlicht wurde. Bei der Analyse der Täter reagiert die Öffentlichkeit allerdings schmallippig.

Einer Umfrage der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) in zwölf Ländern zufolge geben nirgendwo so viele Menschen an, antisemitisch belästigt worden zu sein, wie in Deutschland. 41 Prozent der 1233 Befragten teilten mit, im vergangenen Jahr eine antisemitische Erfahrung gemacht zu haben – der europäische Durchschnitt liegt bei 28 Prozent.

In den vergangenen fünf Jahren seien in Deutschland 52 Prozent beleidigt, angestarrt oder beschimpft worden – europaweit waren es 28 Prozent. Die Ergebnisse beruhen auf einer Online-Umfrage im Mai und Juni 2018, an der rund 16 400 Menschen teilgenommen hatten, die sich selbst als jüdisch identifizierten, 1233 davon aus Deutschland.

Wie aus der Studie weiter hervorgeht, verzichteten 75 Prozent in der Bundesrepublik auf das Tragen jüdischer Symbole in der Öffentlichkeit, wie etwa der Kippa. 46 Prozent vermeiden es, „gewisse Gegenden aufzusuchen“. Die meisten Anfeindungen hätten

aus Beleidigungen und persönlichen Bedrohungen bestanden.

Auf die Frage nach den Tätern gaben 41 Prozent der von einem antisemitischen Vorfall Betroffenen an, es handele sich aus ihrer Sicht um extremistische Muslime, 20 Prozent sahen Rechtsextreme als Täter, weitere 16 Prozent Linksextreme. Der Zentralrat der Juden in Deutschland nahm die Ergebnisse alarmiert zur Kenntnis, verwies aber auf die Kriminalitätsstatistik, aus der hervorgehe, dass 90 Prozent der Straftaten gegen Juden „rechts“ motiviert seien. Der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, will nun klären, wie es zu den unterschiedlichen Ergebnissen kommt: „Wir müssen vor allem dem Widerspruch nachgehen, warum die Zahlen in dieser Studie, die die subjektive Wahrnehmung von Juden darstellt, so stark von der polizeilichen Kriminalstatistik abweicht“, sagte Klein dem „Tagesspiegel“.

Führende Politiker der Bundestagsparteien beeilten sich zudem zu sagen, man dürfe „Muslime nicht unter Generalverdacht stellen“, wie es die frühere Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) erklärte. Rechtsextreme Einstellungen seien deshalb nicht zu bagatellisieren. Peter Entinger

Schweizer Nachrichtendienst gibt sich verschlossen – Offenheit nur bei Hackerangriffen

Das die Schweizer Eidge nossenschaft sowohl im Zweiten Weltkrieg als auch während des Kalten Krieges oft Drehscheibe und Schauplatz von Spionage der verschiedensten Staaten war, ist bekannt. Wenn aber Journalisten gegenwärtig reißerisch behaupten, Zugang zu geheimsten Unterlagen der Schweizer Abwehr und Ge spionage gehabt zu haben, so ist das unwahr. Noch heute schweigt man sich in der Berner Papiermühlestraße 20 über die wichtigsten Vorkommnisse aus.

Alljährlich gibt der NDB („Nachrichtendienst des Bundes“) indes einen „Lagebericht. Sicherheit Schweiz“ für Themen-interessierte Kreise heraus, deren Analysen überaus große Kenntnisse zeigen. Er ist der einzige Dienst, bei dem es niemals einen Verräter gab und es keinem feindlichen Geheimdienst gelang, ein Mitglied „umzudrehen“ oder gar einen Agenten einzuschleusen. Von jeher bestehen sehr enge Kontakte zum britischen MI 6, seit 1952 gibt es eine recht vertraute Zusammenarbeit mit unserem Bundesnachrichtendienst (BND).

Völlig unbekannt ist, dass der schweizerische Dienst bereits im Mai 1989 der Regierungsspitze in Bern das Ende der DDR noch im selben Jahr prognostizierte – zu

einer Zeit also, als sich der freie Teil Deutschlands außer dem BND noch im tiefem Schlaf befand. Der neue Leiter des NDB, Jean-Philipp Gaudin, lehnt Interviews ab, die ohnehin in der Alpenrepublik selten sind. Man arbeitet im Stillen.

Auf eine direkte PAZ-Anfrage nach der heutigen Sicherheitssituation in unserem Nachbarland erhielt man indes jetzt vom NDB persönlich größtenteils recht offene Antworten. An der Spitze der

Sabotageangriff im Zusammenhang mit Salisbury abgewehrt

Probleme stehe der Cyberspace, der „ein großes Ausmaß angenommen hat“.

Nicht ohne Grund wurden dem NDB unlängst 26 neue Stellen bewilligt. Es häufen sich die Cyber-Angriffe aus Russland, doch konnte der Schweizer Dienst mehrere Attacken unterbinden. Zumeist dienen sie der Informationsbeschaffung. Zu beobachten waren aber auch Aktionen zur Desinformation und erstmals zur Sabotage. Chinesische Hacker-Gruppierungen „gehen immer gezielter vor“, im Fokus stehen ex-

portorientierte Schweizer Unternehmen sowie internationale Behörden in Genf.

Keine Antwort erhält man zu den sechs, oft tagelangen Besuchen zweier russischer Agenten dort kurz vor dem Giftanschlag auf den Ex-Spion Skripal im englischen Salisbury. „Zu viel Transparenz könnte laufende Operationen gefährden“, erklärte der NDB-Chef.

Tatsache ist: Das dort eingesetzte und in Russland entwickelte Nervengift wurde von Schweizer Spezialisten in einem ABC-Labor in Spiez am Thuner See (erreichbar nur per Postfach, tatsächliche Adresse: Anstraße 7–9) analysiert. Es war nicht zufällig Ziel von Hackern im September 2017 und August 2018. Nach Mitteilung des NDB hat dieser dazu beigetragen, „illegale Aktionen“ (also Sabotage?) gegen das Labor zu verhindern. Einzelheiten erfährt man dazu leider, aber verständlicherweise nicht.

Zuvor waren die später in Den Haag verhafteten Spione Moskaus recht aktiv in Lausanne gewesen, wo sich der Hauptsitz der Welt-Anti-Doping-Agentur (WADA) befindet. Dieses hatte dafür gesorgt, dass zahlreiche russische Sportler von den Olympischen Spielen gesperrt wurden. Ziel der Mitarbeiter des GRU-Militärgeheimdien-

stes waren deren interne Informationen, die zur Desinformation umgeformt werden sollten mit der Absicht, die Glaubwürdigkeit der WADA zu untergraben.

Die dabei vom Schweizer Dienst durchgeführte Gegenoperation „war entscheidend“ in Zusammenarbeit mit den niederländischen und britischen Diensten, diese zu identifizieren, ihre Hackerangriffe auf die Organisation für das Verbot Chemischer Waffen (OPCW) in Den Haag zu verhin-

Anti-Doping-Agentur in Lausanne von Russen ausspioniert

dern und Ende Oktober die insgesamt vier Agenten mit Diplomatentpass festzusetzen.

Auf die Frage der PAZ, „Ist der Satz, ‚die Aufdeckung war nur dank der NDB-Information möglich‘, falsch?“, wurde aus Bern mit der ausweichenden Formulierung beantwortet: „Der NDB gibt keine weitere Informationen zu dieser Thematik bekannt.“ Eingeweihte hingegen vermuten weitere Hintergründe und werten in der Aktion der Schweizer einen vernichtenden Schlag gegen die russische Spionage. F.-W. Schlomann

Italien vor der nächsten Krise

Stimmung in der Wirtschaft so schlecht wie die Aussichten

Kurz vor den Weihnachts-Feiertagen hatten sich Italien und die Europäische Kommission im Haushaltsstreit doch noch aufeinander zubewegt. Das Land steuert dennoch auf eine große Krise zu.

Nach zähen Verhandlungen mit Brüssel soll die Neuverschuldung Italiens im kommenden Jahr bei 2,04 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegen. Ursprünglich waren 2,4 Prozent vorgesehen, was die EU-Kommission wegen der extrem hohen Staatsverschuldung Italiens als Verletzung der Euro-Stabilitätskriterien abgelehnt hatte. Der Kompromiss auf den letzten Metern war möglich geworden, weil auch Frankreich eine höhere Neuverschuldung plant. Die Aussichten Italiens für das kommende Jahr sind allerdings düster. Experten befürchten sogar, dass die Finanzmärkte durch Turbulenzen in Rom stärker reagieren könnten als durch den Brexit.

Wie das „Handelsblatt“ unlängst berichtete, würden sich in den Bilanzen von Italiens Banken Kredite in Höhe von rund 360 Milliarden Euro türmen, bei denen Kunden Probleme mit der Rückzahlung haben. Das entspräche einem Drittel der gesamten faulen Darlehen in der Euro-Zone. Betroffen seien viele Regionalbanken. Neben der jahrelangen Talfahrt der italienischen Wirtschaft liege dies nach Einschätzung von Fachleuten auch am Missmanagement bei der Vergabe von Krediten. „Italien kann eine größere Gefahr für die Eurozone werden als der Brexit“, erklärte Neil Wilson von der Handelsfirma ETX Capital gegenüber dem Handelsblatt.

Die Aufseher der Europäischen Zentralbank sind alarmiert. In einem Schreiben drängen sie die von faulen Krediten besonders belastete Großbank Monte dei Paschi di Siena zu einem drastischen Abbau der faulen Kredite. In den vergangenen Wochen hatten die angeschlagenen Banken des Landes für massive Schlagzeilen gesorgt. So musste die Traditionsbank Monte dei Paschi di Siena mit Staatshilfen gerettet werden. Das schlug sich auch gravie-



Ein Loch ohne Boden? Blick vom Unicredit-Tower in Mailand in den Abgrund

Bild: pa

rend auf die Neuverschuldung des Staates durch.

Die Turbulenzen des italienischen Bankensektors sind damit offenbar noch nicht beendet: Der italienische Bankenverband ABI rechnet nach einem Bericht von „Spiegel Online“ damit, dass sich die Zahl der Geldhäuser schon im kommenden Jahr deutlich verringern wird. Der Generaldirektor der Bankenvereinigung, Giovanni Sabatini, sagte der „Börsenzeitung“, in Italien würden „bis Ende 2019 von den mehr als 500 Instituten nur noch 110 Bankengruppen oder unabhängige Banken übrig bleiben“.

Die Sieneser Bank war dabei wohl nur die Spitze des Eisbergs. Wie die „Wirtschaftswoche“ schreibt, hat vor allem das schwache Wirtschaftswachstum viele italienische Geldhäuser geschwächt. Anders als viele Krisenbanken anderer Länder hätten sich Italiens Geldhäuser nicht so sehr mit frag-

würdigen Produkten verzoockt. Stattdessen hänge ihr Schicksal überdurchschnittlich häufig am Zustand der mittelständischen Wirtschaft. „Geht es der schlecht, drohen unverhältnismäßig viele Kredite in den Bankbilanzen auszufallen“, lautet das Urteil. Und so wachsen auch bei der größten Bank des Landes, der Unicredit (auch die Mutter der deutschen Hypovereinsbank), die Sorgen vor neuen Problemen. Sie gilt als global systemrelevant. Eine Schiefelage des Instituts könnte an den internationalen Finanzmärkten erheblichen Wirbel auslösen.

Offenbar gibt es vonseiten der Europäischen Zentralbank Überlegungen, Italien mit finanziellen Hilfen die ganz große Krise zu ersparen. Wie aus EU-Kreisen verlautete, seien diese Gedanken allerdings noch in einem sehr frühen Stadium. Die angeschlagenen Banken Italiens bräuchten allerdings

schnell Staatshilfe, erklärte der Vizepräsident des weltgrößten Vermögensverwalters Blackrock, Philipp Hildebrand, in der „Financial Times“. Eine solche Hilfe sollte allerdings mit der klaren Vorgabe an die Institute einhergehen, endlich strukturelle Reformen anzugehen. Dann bestehe die Chance, den Bankensektor wirklich zu stärken und die Hilfgelder zurückzubekommen.

Dennoch hat sich die Stimmung in Italiens Wirtschaft zum Jahresende massiv verschlechtert. Die Links-Rechts-Regierung aus Fünf Sternen und Lega vermeldet zwar innenpolitische Erfolge und hohe Zustimmungswerte wegen ihrer Flüchtlingspolitik. Aber vor allem die Industrie drängt zu mehr Reformen. So fordern Wirtschaftsverbände, die insgesamt drei Millionen Firmen mit 13 Millionen Beschäftigten repräsentieren und die zusammen 65 Prozent des italieni-

schen Bruttoinlandsprodukts und 80 Prozent der Exporterlöse erwirtschaften, eine andere Politik.

„Wir können so nicht weitermachen“, klagte Gabriele Buia, Sprecher der Bauwirtschaft, derzeit lägen längst beschlossene „Projekte für 25 Milliarden Euro still“. Die Regierung habe sich einen unnötigen Kleinkrieg mit Brüssel geliefert und zu Hause für einen massiven Stillstand gesorgt.

Die Zahlen sind beunruhigend. Im dritten Quartal 2018 war die Wirtschaftsleistung erstmals seit mehr als drei Jahren rückläufig, die Zahl der Arbeitslosen sinkt nicht mehr, dagegen die der Beschäftigten. Die Angst vor einer Rezession wächst, zumal sie von Analysten, wie jüngst erst von Goldman Sachs, schon für Anfang 2019 vorausgesagt wird. Kenner der italienischen Szene befürchten Demonstrationen und Streiks.

Peter Entinger

MELDUNGEN

Autoabsatz in China rückläufig

Peking – In China wurden 2018 erstmals seit 1990 weniger Autos verkauft als im Vorjahr. Wie der Verband der chinesischen Automobilhersteller bekanntgab, verringerte sich der Absatz von Neuwagen um drei Prozent. Neben dem verringerten Wirtschaftswachstum und einer Gesundheitskrise im Einkommen im Mittelbereich macht sich in China dabei vor allem die Ausdehnung von internetbasierten Mitfahrtsystemen sowie von Teilnutzungsangeboten für Fahrzeuge deutlich bemerkbar. T.W.W.

Staatsgarantie rechtswidrig

Luxemburg – Das Gericht der Europäischen Union hat die staatliche Förderung des geplanten Absenktunnels unter der Ostsee zwischen der dänischen Insel Lolland und der deutschen Insel Fehmarn als nicht rechtmäßig verworfen. Damit gab es den Klagen der Reedereien Scandlines und Stena Line teilweise statt. Diese sehen wegen der staatlichen Zuschüsse eine Wettbewerbsverzerrung. Die dänische Bau- und Betreiberfirma Femern A/S erklärte, trotz des Urteils sei die Finanzierung des Fehmarnbelt-Tunnels gesichert. Es bestehe kein Grund zur Annahme, dass das Projekt gestoppt werden müsse. D.J.

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.928.833.908.140 €

Vorwoche: 1.932.887.243.197 €

Verschuldung pro Kopf:
23.270 €

Vorwoche: 23.347 €

(Freitag, 27. Dezember 2018,
Zahlen: www.steuerzahler.de)



Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z.Zt. 144 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreussische Schlemmerpaket.

Name/Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.preussische-allgemeine.de.

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

BIC: _____

Datum, Unterschrift: _____

Kritisch, konstruktiv, Klartext für Deutschland.

Die PAZ ist eine einzigartige Stimme in der deutschen Medienlandschaft. Lesen auch Sie die PAZ im Abonnement.



Prämie: 40 Euro Erfüllen Sie sich einen Wunsch...

Die Geldprämie wird nach Zahlung des Jahresbeitrages auf Ihr Konto überwiesen.

Preussische Allgemeine Zeitung.
Die Wochenzeitung für Deutschland.

Erdachtes und Gefundenes zum Jahresanfang

Von Florian Stumfall

Die Bauwerke, um deretwillen Hunderttausende etwa nach Rothenburg ob der Tauber, zur Wies oder nach Brügge fahren, sind samt und sonders ohne Kreisbaumeister und Baurecht entstanden. Diese beiden bringen es nicht einmal fertig, uns vor der Hässlichkeit zu schützen, geschweige denn, dass sie einen kulturellen Beitrag leisteten. Geschmack nämlich und Ehrfurcht vor der Tradition kann man nicht durch Vorschriften ersetzen.

Befürworter des Sozialismus verweisen gerne darauf, dass die Wirtschaftsform ohne privates Eigentum bereits in Urgesellschaften grundgelegt sei, so, als ob sich derart ein anthropologischer Anspruch auf eine entsprechende Ordnung ableiten ließe. Dabei beweist dieser Sachverhalt lediglich, als dass der Sozialismus für höher entwickelte als Steinzeit-Verhältnisse nicht taugt.

Das ist das Angenehme am Geld und das Unangenehme an den Menschen, dass diese für jenes alles machen.

Erstaunlich, dass die Feministen noch nicht dagegen revoltiert haben, dass im Kartenspiel der König über der Dame rangiert. Aber vielleicht haben sie wegen der vielen Protest-Termine keine Zeit für Tarock und Canasta.

Man muss, wenn man sich auf die Menschen möchte verlassen können, mit ihren Lasten und Schwächen rechnen, nicht mit ihren Tugenden.

Das Kennzeichen der Gutmenschen? Sie betrachten Angst als ein Zeichen von Anstand, Selbstmitleid als Edelmut und die Verweigerung der Wirklichkeit als ei-

ne Tugend. Dies ist ein moralisch anspruchsvolles Konzept der Lebensuntüchtigkeit.

Wir alle neigen dazu, diejenigen für gescheit zu halten, die uns zustimmen.

Neureiche sind nur allzu bekannt – Menschen, die Geld haben, aber nicht die Erziehung, damit umzugehen. Dasselbe gibt es im Zusammenhang mit der Macht: Mächtige, die nicht die Erziehung haben, mit der Macht umzugehen.

In sich widersprüchlich und daher unsinnig ist der Begriff von der „sozialen Gerechtigkeit“. Die Gerechtigkeit nämlich will, dass jeder das bekomme, was er sich erwirtschaftet hat, der soziale Gedanke will etwas ganz anderes, nämlich dass ein Schwacher Dinge bekomme, die er nicht erwirtschaftet hat. Das soziale Anliegen steht somit in einem gewissen ergänzenden Gegensatz zur Gerechtigkeit, weil diese den Schwachen viel weniger zuweist, als Politik und Sinn für Billigkeit gemeinhin haben wollen.

Die Linken meiden den Begriff „Nationalsozialismus“ und verwenden an dessen Stelle das sachlich falsche und noch

dazu verharmlosende Wort „Faschismus“. Warum? Über die Worthälfte „-sozialismus“ offenbart sich eine kompromittierende geistige Verwandtschaft unter den Sozialisten aller Art, von der man lieber ablenkt.

Warum ist so viel von Sozialmissbrauch die Rede? Schuld trägt, wer den Topf hinstellt, nicht der, der hineinlangt.

Seltsamerweise warnen meist dieselben Untergangspropheten vor dem Massentod, die ansonsten die Überbevölkerung der Erde beklagen.

Das politische Auswahlsystem in Deutschland ist elitefeindlich. Durch Art und Umfang der Vergütungen werden prinzipiell, von wenig Ausnahmen abgesehen, die

falschen Leute angelockt, nämlich solche, für die das Mandat eine Verbesserung von Reputation und Einkommen bedeutet. Diese sind aber keineswegs deckungsgleich mit den Leistungsstarken in der Gesellschaft. So kommt es, dass gerade diejenigen, die es von berufswegen gewohnt sind, dass von ihren Entscheidungen die Schicksale von vielen abhängen, in der Politik unterrepräsentiert sind. Es gibt dort zu viele Leute, die etwas werden wollen und zu wenige, die etwas sind.

Man hat noch nie Arme reich gemacht, indem man den Reichen das Ihre weggenommen hat. Das gilt für den Klassenkampf ebenso wie für die Sorge um die Dritte Welt. In beiden Fälle ist es an dem, dass die entscheidende, befreiende Leistung von den Betrof-

fenen selbst erbracht werden muss.

Eine gewisse Art von Armut wird von den Industriestaaten in die Dritte Welt exportiert, wenn auch nicht durch „Ausbeutung“, sondern durch die Steigerung der Ansprüche. Ein ägyptischer Fella che, der so gelebt hat wie seine Vorfahren vor Jahrtausenden, war, eine auskömmliche Ernte vorausgesetzt, nicht arm, wenn er auch, gleich seinem Büffel, in einer Lehmhütte auf dem Boden hauste. Schenkt ihm aber jemand einen Radioapparat, dann fehlt ihm bald das Geld für neue Batterien, und der Mangel ist da. Und der Boden, worauf er sitzt, wird erst zum Dreck, wenn man auf ihm leere Limonadebüchsen wegwirft.

Man kann den größten Schwachsinn mit dem Anspruch auf gläubiges Gehör in die allgemeine Diskussion einführen, wenn man ihn mit einem der sakrosankten Epitheta „sozial“ oder „ökologisch“ versieht. Ist von einem dieser beiden die Rede, so wird das Recht auf Kritik suspendiert.

Seit dem Zusammenbruch der großen Diktaturen in Europa hat es keinen derartigen Angriff auf die Geistesfreiheit gegeben wie den

durch die „political correctness“.

Der Feminismus ist eine Form der dekadenten Barbarei. Er reduziert den Unterschied zwischen Mann und Frau auf die primären Geschlechtsmerkmale und offenbart so eine schändliche Missachtung der Menschenwürde.

Es ist nicht an dem, dass die Menschen aus der Geschichte nichts lernten, nur – sie ziehen aus dem Gelernten keine Konsequenzen.

Al Momin, die 40. Sure des Koran, die des „Gläubigen“, belehrt mich darüber, wie sehr Allah mich hasst, weil ich Christ bin. Diese Sure ist zur Lektüre allen empfohlen, die meinen, Christen und Mohammedaner hätten denselben Gott.

Man soll Vorsicht üben gegenüber Leuten, welche die Verhältnisse ändern wollen, die aber die dazu notwendigen Opfer nicht selbst erbringen, sondern sie von anderen fordern.

Eine Hauptschwierigkeit der demokratischen Praxis ist die, dass gemeinhin ungehinderter Zugang zu den Ämtern und gleichzeitig von ihren Inhabern Qualität bei der Ausübung verlangt werden. Dabei schließt das eine das andere aus.

Es gibt das irreführende Wort von der Chancengleichheit, aber die Chancengleichheit gibt es nicht, weil die Menschen untereinander nicht gleich sind. Der Dumme wird immer gegenüber dem Gescheiterten benachteiligt sein, und das soll man auch nicht ändern wollen. Denn eine Ordnung, die diesen Zusammenhang leugnet, wäre nicht menschenwürdig.



Von Feministinnen noch nicht beanstandet: Der König steht über der Dame

Bild: Imago

Frei gedacht



Deutschland im »Spiegel« der Abschaffung

Von EVA HERMAN

Es ist ein Riesenskandal, ein wahres Erdbeben, welches sich kurz vor Jahresende für die deutsche Medienlandschaft aufatet: Der vielfach preisgekrönte „Spiegel“-Journalist Claas Relotius ist als Fake-News-Experte des hochangesehenen deutschen Medienkartells aufgefliegen. Er hatte Dutzende Beiträge für den „Spiegel“ (wahrscheinlich auch für einige weitere, namhafte Mainstream-Medien) gefälscht, erfunden, friert Fake-News eben. Und zwar vom Allerfeinsten, das heißt, politisch akkurat korrekt. Da waren Geschichten zu Papier gebracht worden über arme syrische Flüchtlingskinder, aber auch über eine der letzten Überlebenden der Weißen Rose, Traute Lafrenz (99 Jahre), die in den USA lebt und der der eifrige „Spiegel“-Faker einige rührselige wie auch politisch hochbrisante Äußerungen untergejubelt hatte: So zitierte Relotius die 99-Jährige

in Bezug auf die Proteste in Chemnitz im August mit den Worten: „Deutsche, die streckten auf offener Straße den rechten Arm zum Hitlergruß, wie früher.“ Das kommt doch immer gut in der Chefredaktion an, das hat Lafrenz aber nie gesagt.

Wie es heißt, sei die Geschichte nur deswegen aufgefliegen, weil der hartnäckige „Spiegel“-Kollege Juan Moreno Verdacht geschöpft habe und der Sache, trotz heftigen Gegenwinds aus der „Spiegel“-Redaktion, nachgegangen sei. Auf eigene Kosten, auf eigene Faust sei er in der Welt herumgereist, um Indizien zur Beweislage zu sammeln. Hut ab. Diese Geschichte hat also einen klassischen bad Guy, Stoff allemal für eine gute Story, die der „Spiegel“ jetzt im eigenen Heft auf 26 Seiten erzählt.

Beide Journalisten kommen vom „Spiegel“, beide arbeiteten auch schon für vie-

le andere deutsche Massenmedien wie „Zeit“, „Taz“, ZDF und so. Der „Spiegel“ hatte bislang weltweit einen exzellenten Ruf, er gilt für Nicht-Erwachte immer noch als das deutsche Nachrichtenmagazin. Dementsprechend groß ist jetzt das Entsetzen der ausländischen Presse über – Deutschland, über den „Spiegel“, über die Zuverlässigkeit der deutschen Medien. Diese Causa ist mithin keine Peti-

tesse, sondern es handelt sich um viel mehr: Es geht zum wiederholten Mal um den deutschen Charakter. Alles Zufälle? Da ist VW, das deutsche Autovorzeigeunternehmen, welches „tödliche Gase in die Luft pustet und tausende unschuldige Menschen umbringt“, wie es 2015 in der „New York Times“ berichtet wurde. Da war der (angeblich) durchgeknallte deutsche German-Wings-Pilot, der eine Maschine mit über 160 Passagieren an Bord (angeblich) vorsätzlich abstürzen ließ. Da ist die Deutsche Bank, die aus bitterbösen Skandalen (angeblich) nicht mehr herauskommt und seit einiger Zeit an der Pleite entlang schrammt, da ist der Flughafen der deutschen Regierungshauptstadt Berlin, den offenbar kein deutscher Ingenieur mehr in der Lage ist, fertigzustellen, und da ist vor allem die deutsche Bundeskanzlerin, die inzwischen weltweit heftig für ihre bedingungslose Ein-

wanderungspolitik kritisiert wird und der man inzwischen auch in der US-amerikanischen Presse unterstellt, sie habe das dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte bis heute nicht verarbeitet und zerstöre aus lauter Eigenhass das ganze Land, auch Europa, indem sie Millionen Immigranten einlade, zu kommen und unbedingt auch zu bleiben. Während sie jetzt langsam gehen muss. Nun hat Deutschland einen handfesten Medien-skandal, die Glaubwürdigkeit des Mainstreams bröckelt nicht mehr, es knallen ganze Felsen herunter!

Und jetzt kommt, was kommen musste: In der Betrugssache des „Spiegel“ hat sich am 21. Dezember 2018 der ziemlich empörte US-Botschafter in Deutschland, Richard Grenell, mit einer öffentlichen Erklärung eingeschaltet. Was hier verlautbart wird, ist alles andere als eine wertschätzende Aussage, sondern es ist genau das Gegenteil. Von „sieben Jahren ungeprüfter Berichterstattung“ ist die Rede, verbunden mit der Frage, „wie viel Schaden“ in dieser Zeit wohl „angerichtet“ worden sei. Grenell zeigt sich sehr besorgt über diesen „eklatanten Anti-Amerikanismus“, er fordert nun eine unabhängige Untersuchung. Unter anderem deswegen, weil es in einigen der gefälschten Berichte um amerikanische Politik und bestimmte Teile der amerikanischen Bevölkerung gegangen sei. Der Botschafter wird aber noch viel deutlicher, und es klingt ganz und gar nicht danach, dass es

sich bei Claas Relotius etwa um ein einmaliges Ärgernis handelt. Wer sich in den vergangenen Monaten öfter schon selbst darüber gewundert hatte, wie verächtlich und beleidigend die „Spiegel“-Journalisten (und nahezu alle anderen Mainstream-Medien auch) über den 2016 gewählten US-Präsidenten Trump berichtet hatte, der wird hier bestätigt. Denn diese Verwunderung beziehungsweise höchste Verärgerung brachte US-Botschafter Grenell klar zum Ausdruck.

Das berühmte Fass läuft jetzt offenbar über. So heißt es: „Wir haben unsere Bedenken gegenüber der Voreingenommenheit gegenüber der US-Politik und der aktuellen US-Regierung bereits zuvor ‚Spiegel‘-Redakteuren- und Journalisten geäußert. Tatsächlich haben ‚Spiegel‘-Reporter und Redakteure regelmäßig Informationen und Berichte veröffentlicht, deren Unwahrheit sich herausgestellt hätte, wenn die Fakten zuerst mithilfe der US-Botschaft überprüft worden wären. Leider ist es beim ‚Spiegel‘ Gang und Gäbe, dass die Journalisten uns nicht einmal anrufen, bevor sie mit dem Schreiben beginnen.“ Von journalistischen Standards, „die verletzt wurden“, ist die Rede, eine Ohrfeige für jeden Journalisten. Der US-Botschafter, der als enger Vertrauter von US-Präsident Trump gilt, watscht die

deutschen „Qualitätsmedien“ generalstabsmäßig ab: „Redakteure, Faktenchecker und Führungskräfte haben eindeutig zugelassen, dass diese Atmosphäre und Voreingenommenheit Nährboden fand.“ Fakt ist, dass mit diesem Schreiben, welches absolut im Sinne von Donald Trump verfasst worden sein dürfte, das deutsche Nachrichtenwesen einen herben Schlag versetzt bekommen hat. Zu Recht. Denn während noch zu Barack Obamas Zeiten unsere deutschen Massenmedien ergeben auf dem Bauch daher gekrochen kamen, während diesem kriegswütigen US-Präsidenten auch noch der Friedensnobelpreis verliehen wurde, stellt man Donald Trump (genauso wie Wladimir Putin) als Ungeheuer, Despoten und Idioten dar. Einen ordnungsgemäß gewählten US-Präsidenten! Willkür und Gesinnungsterror eben aus deutschen Redaktionsstuben. Die gut gepamperten Reporter, die den freien Medien immer wieder mit Vorwürfen das Leben schwer machen, sie seien „rechts-extrem“ oder „Verschwörer“, stehen nun selbst am Pranger. Doch dies scheint sie nicht all zu sehr zu beeindrucken: Das öffentliche Schreiben fand in den Mainstreammedien nur wenig Erwähnung. Eventuell störte die anderen Berufskollegen ja ein entscheidender Satz Grenells, den sich wohl fast alle hinter den Toiletenspiegel hängen könnten: „Wir sind besorgt, dass die Leitung des ‚Spiegel‘ diese Art der Berichterstattung forciert und dass die Reporter offenkundig das liefern, was die Unternehmensleitung verlangt.“

Fakt ist: Deutschlands Reputation wurde wieder einmal schwer geschädigt. Und das passt ins Bild. Es stellt sich die Frage, wann übergeordnete Institutionen wie EU oder UN Deutschland die Eigenverwaltung komplett absprechen.

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Alles unter einem Hut

Die legendäre Serie »Der Kommissar« war eine moralische Institution – Vor 50 Jahren ging sie auf Sendung

Die Krimiserie »Der Kommissar« war ein Gegenbild zu den 68ern. Autorität und Hierarchien wurden gepriesen. Eine Frauenquote oder einen Alibi-Ausländer als Assistenten kannte man nicht. Der Kommissar war noch die Normalität in Person und kein von Psychosen geplagter Exzentriker.

Am 3. Januar 1969 gelang dem ZDF ein ganz großer Erfolg. Mit der Kriminalserie »Der Kommissar« etablierte der Sender den Freitagabend als Krimi-Zeit. Bis zu 30 Millionen Zuschauer saßen nach 20.15 Uhr vor dem Flimmerkasten und fieberten bei Kommissar Kellers Suche nach dem Täter mit. Das bedeutete eine Einschaltquote von 60 Prozent und manchmal noch mehr. Erstmals war es gelungen, die Zuschauer weg von US-Krimi-Serien wie »Tennis-schläger und Kanonen« zu locken.

Die Serie war anders als das, was es zuvor gegeben hatte. Das begann schon damit, dass »Der Kommissar« in Schwarz-Weiß gesendet wurde, obwohl es bereits seit 1967 Farbfernsehen gab. Während US-Krimis mit viel »Action«, Schießerei, mehreren Toten und jungen, attraktiven Ermittlern daherkamen, war der 1910 geborene Hauptdarsteller Erik Ode als Kommissar Keller bereits ein rentennaher Jahrgang. Er wirkte schon fast wie Mitte 60, war ruhig, verständnisvoll, humorvoll, jedoch kurz angebunden. Natürlich trug er wie alle damals erwachsenen bürgerlichen Männer noch einen Hut.

Kommissar Keller hatte etwas Beamtenhaftes an sich – und das machte einen Teil der Stärke der Rolle aus. Das ganze Gegenteil eines lässigen Steve McQueen wurde präsentiert. Odes Trümpfe waren scharfer Verstand und eine präzise Beobachtungsgabe. Der Umgang mit der Waffe wurde zur Nebensache. Jede Folge kam mit einem Toten aus – ohne Tote leider keine Mordermittlung. Deutschland ist eben doch nicht



Fall gelöst: Kommissar Keller (Erik Ode) mit Kriminalassistentin Helga Lauer (Emely Reuer)

die USA. Hierzulande mochten die Menschen so etwas sehen.

Die Suche nach dem Mörder gelang, indem die Beziehungen zwischen Täter und Opfer beleuchtet und die psychologischen Hintergründe durchleuchtet wurden. Die von der 68er Generation ausgehenden Umbrüche wurden auch in der Serie thematisiert. Der Held stellte aber meist das konservative Gegenstück zu gesellschaftlichen Erscheinungen dar und betrachtete die Entwicklung kopschüttelnd.

Zu Odes Team gehört Walter Grabert (Günter Schramm), ebenfalls ein ruhiger Zeitgenosse, Robert Heines (Reinhard Glemnitz), ein eher unauffälliger, streng sachlicher Typ, und Harry Klein (Fritz Wepper) gewissermaßen als Vertreter der Jugend.

Während die Karrieren von Schramm und Glemnitz nach dem Ende der Serie stagnierten, konnte Fritz Wepper den »Kom-

missar« als Sprungbrett für weitere große Auftritte nutzen. 1974 stieg er aus der Serie aus und wechselte zu »Derrick«, wo er an der Seite Horst Tapperts gleichfalls den »Harry« spielte. Die Rolle des Jugendlichen wurde dann an Fritz Weppers Bruder Elmar weitergereicht, der ab Folge 71 den Assistenten Erwin Klein spielte. Auch er konnte später von dieser Rolle für seine weitere Karriere profitieren.

Rückblickend betrachtet, beklagen heute gesellschaftlich fortschrittliche Geister das Fehlen von tragenden Frauenrollen beziehungsweise deren reaktionäre Muster. In den ersten 26 Folgen spielte Emely Reuer die Kriminalassistentin Helga Lauer, gelegentlich tauchte Franziska Keller, die Gattin des Kommissars, dargestellt von Rosemarie Fendel, auf.

Eine Institution beim »Kommissar« war Kriminalassistentin Käthe Rehbein (84 Auftritte), auch

Rehbeinchen genannt, die von Helma Seitz gespielt wurde. Sie war meist mit Kaffeekochen und anderen klassischen Vorzimmeraufgaben beschäftigt, aber stand gelegentlich »ihren Mann«, wenn es die Situation erforderte. Exemplarisch dafür war folgender Dialog: »Sag mal, krieg ich eigentlich 'nen Kaffee, Rehbein, oder nicht?« – »Ja, bin ja schon dabei, ich kann doch nicht hexen!« Zigarettenrauch und Bierkonsum waren damals noch selbstverständlich.

»Der Kommissar« hätte »anti-antiflächerisches und antidemokratisches Wirkungspotenzial« gehabt, wird heute kritisiert. Das unterscheidet Kommissar Keller von manchen »Tatort«-Darstellern von heute, die sich in der Rolle des gesellschaftlich-politischen Erziehers gefallen. Keller war hingegen damals eine moralische Instanz – für seine Mitarbeiter und sogar für die überführten Verbrecher und somit gesell-

schaftsrelevant. Er begrüßte morgens seine Mitarbeiter mit: »Guten Morgen, die Herren, na, wie geht's zu Hause?«

Ode als »Chef« war nicht autoritär, aber er strahlte Autorität aus. Er kam ohne Geschrei aus, um sich durchzusetzen. Sein Ton blieb gesetzt, und gelegentlich wurde Keller vor väterlichen Ratgeber seiner Untergebenen. Jede Folge endete mit einem »Ich danke euch« an seine Mitarbeiter. Die Hierarchie in seinem Team wurde nicht infrage gestellt. Damit wird klar, warum die 68er heute an Erik Ode und seiner Rolle herumrörgeln.

Die Idee zum »Kommissar« hatte Herbert Reinecker, der schon im »Dritten Reich« mit »Junge Adler« einen ersten Drehbucherfolg hatte. Auch nach 1945 hatte Reinecker zahlreiche erfolgreiche Drehbücher geschrieben, so »Der Stern von Afrika« und zu einigen Edgar-Wallace-Krimis. Das ZDF hoffte – zu Recht –, hier einen Mann verpflichtet zu haben, der den Erfolg gepachtet hatte.

Auch bei der Regie überließ das ZDF nichts dem Zufall. Helmut Käutner oder Wolfgang Staudte waren erfahrene Köpfe ihres Fachs. Später führte Erik Ode in einigen Folgen selbst Regie. Einige schon erfolgreiche Film-Stars wie Curd Jürgens, Johannes Heesters, Lilli Palmer oder Sonja Ziemann hatten Gastrollen im »Kommissar« und werteten die Serie dadurch auf. Andere jüngere Mimen wie Martin Semmelrogge, Raimund Harmstorf und Sascha Hehn nutzten ihre Auftritte in der Serie als Sprungbrett für die spätere Filmkarriere.

Die ARD schaute zunächst in die Röhre. Erst 1970 konnte sie mit der »Tatort«-Serie dem »Kommissar« etwas entgegensetzen. Aber während »Tatort« an verschiedenen Orten in Deutschland gedreht wurde, blieb »Der Kommissar« seinem Standort München bis zur letzten, der 97., Folge 1975 treu. Frank Bückner

MELDUNGEN

Stühlerücken in Berliner Museen

Berlin – Zum Jahresanfang werden wichtige Kulturposten neu besetzt. Nachdem bekannt wurde, dass die Stiftung Preussische Schlösser und Gärten mit dem Hamburger Kunsthallen-Chef Christoph Martin Vogtherr voraussichtlich zum Februar oder März einen neuen Generaldirektor erhält (siehe PAZ vom 7. Dezember), so bekommt jetzt auch das Vorderasiatische Museum der Staatlichen Museen zu Berlin eine neue Direktorin. Die Archäologin Barbara Helwing folgt in der im Pergamonmuseum untergebrachten Sammlung auf Markus Hilgert, der seit dem 1. Juni 2018 Generalsekretär der Kulturstiftung der Länder ist. Auch in der Stiftung Preussischer Kulturbesitz gibt es einen Wechsel hinter Präsident Hermann Parzinger: Gero Dimter, bislang Mitglied eines Zivilsenats beim Berliner Kammergericht, löst Vizepräsident Günther Schauerte ab, der in den Ruhestand geht. Eine neue Personalie gibt es auch in der Staatsbibliothek: Die Germanistin Claudia Martin-Konle wird die Benutzungsabteilung übernehmen. tws

Luther als Besuchergarant

Berlin – Vom Lutherjahr 2017 haben die Museen gut profitiert. Dank zahlreicher Sonderausstellungen stieg in Thüringen die Besucherzahl im Vergleich zum Vorjahr um über elf Prozent. Das hat mit dazu beigetragen, dass die Gesamtbesucherzahl von bundesweit 5000 statistisch erfassten Museen mit über 114 Millionen Besuchen gegenüber 2016 um 2,2 Prozent gestiegen ist. In Städten wie Berlin und Hamburg sank dagegen die Zahl der Museumsbesucher. So verzeichnet etwa die Hamburger Kunsthalle seit Jahren ständigen Besucherrückgang. tws

Die bessere Schreibhälfte

Neu im Kino: Glenn Close als »Frau des Nobelpreisträgers«

Selma Lagerlöf war die erste. 1909 erhielt die schwedische Autorin als erste Frau den Literaturnobelpreis. Geht es nach dem Film »Die Frau des Literaturnobelpreisträgers«, der aktuell in den Kinos läuft, dann hätte einer gewissen Joan Castleman dieser Preis ebenso überreicht werden müssen. Im Film ist

wonach Frauen in allen Bereichen den Männern überlegen sind: die besseren Regierungschefinnen, die besseren Autorinnen und überhaupt die besseren Hälften. Wären da nicht ein ausgeklügeltes Drehbuch, das den Mann eben nicht als Ausbeuter seiner Frau bloßstellt, und mit Glenn Close sowie Jonathan Pryce zwei groß-

heimlich für ihren Mann, der zwar gute Ideen, aber nur mäßiges schriftstellerisches Talent hatte, die Manuskripte, die sie beide unter seinem Namen verkauften. Hier ist der Ehemann kein Macho, der Druck auf seine Frau ausübt. Sie hat ebenso ihren Anteil an dieser Lebenslüge.

Auf so eine Handlungsweise kommt natürlich kein Mann. Die Vorlage stammt von der US-Autorin Meg Wolitzer, wobei ihre Romanfigur Castleman nur einen zweitrangigen Preis erhält. Regisseur Runge geht im Film jetzt aufs Ganze: Der Nobelpreis muss es sein mit allen königlichen Zeremonien drumherum, die Runge als landeskundlich erfahrener Regisseur in all ihrer Würde perfekt zu inszenieren versteht.

Das lenkt keineswegs von der intensiven filmischen Paarbeobachtung ab. Close und Pryce sind als Autorenduo bemüht, die Contenance zu bewahren, wobei sie der ernsthaftere Partner ist und ihrem oft kindlich übermütigen Mann so lange schützend den Rücken freihält, bis er es in seiner Nobelpreisrede mit Lobeshymnen auf seine Frau übertreibt.

Vielleicht erhält diese Frau ja doch noch den Nobelpreis – den der Filmindustrie. Für den Golden Globe ist Close bereits nominiert. Verdient hätte sie ihn – Pryce aber ebenso. Harald Tews

Hang zur Phantastik

Werke des böhmischen Malers Alfred Kubin in München ausgestellt

Nach eigenen Worten ging es Alfred Kubin (1877–1959) in seinen unheimlichen Zeichnungen darum, »diese verdrehte Welt zu spiegeln«. Dafür schätzten ihn Wassily Kandinsky und Franz Marc, welche die Redaktion des Blauen Reiters bildeten. Sie luden Kubin ein, sich an ihren Projekten zu beteiligen. Das veranschaulicht jetzt die noch bis zum 17. Februar im Münchener Lenbachhaus laufende Ausstellung »Phantastisch!« mit Werken und Dokumenten Kubins und aus dem Künstlerkreis des Blauen Reiters.

Die meisten Exponate stammen von Kubin. Er bekannte: »Ich hatte von jeher einen eigentümlichen Hang zur Übertreibung und Phantastik.« Das bestätigt die frühe Federzeichnung »Die Menschen tanzen gerne« (1899). Sie zeigt ein Tanzpaar, dessen untere Körperzone aus bloßen Knochen besteht. Auf vielen Blättern dämonisiert Kubin die Frau. Sie bringt Tod und Verderben, wie etwa »Die Dame auf dem Pferd« (1900/01) veranschaulicht. Auf einem mit Wiegemeßern unter den Hufen ausgerüsteten Schaukelpferd sitzt eine schwarz gekleidete Dame. Mit ihrem Wiegeritt zerstückelt sie winzig kleine Männer.

Auf Kubins Gouache »Verpuppelte Welt« (1906) gleißt aus der Dunkelheit ein grotesk ausge-

formtes Wesen hervor. Es stößt durch zwei kurze Rüssel Gase aus. Wie romantisch erscheinen gegen solche Ausgeburten der Fantasie Kubins die etwa zeitgleichen Gouachen Kandinskys. Besonders anziehend ist sein Bild



Verschaukelt: »Die Dame auf dem Pferd« von 1900/01

»Die Nacht« (1903): Eine märchenhaft gekleidete junge Schönheit schreitet vorüber und wendet uns freundlich ihr Antlitz zu. Einige Jahre später schwang sich Kandinsky zum Wegbereiter der abstrakten Malerei auf. Damit aber kam er bei vielen Mitglie-

dem der Neuen Künstlervereinigung München schlecht an. Deshalb verließ er 1911 mit Marc, Münter und Kubin die Künstlervereinigung. Der Austritt beflügelte die Aktivitäten der Redaktion des Blauen Reiters. In der von internationalen Künstlern beschickten ersten Schau des Blauen Reiters fehlte Kubin. Aber in der zweiten Ausstellung war er mit elf Blättern vertreten, und im Almanach sind drei seiner Zeichnungen abgedruckt.

Auf Einladung Marcs beteiligte sich Kubin mit weiteren Künstlern am letzten Projekt des Blauen Reiters: der Illustration der Bibel. Es ist kaum bekannt, weil die meisten Beteiligten nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs die Arbeit an den Illustrationen aufgaben. Marc etwa, der die Genesis bebildern wollte, hat wenig mehr als den Farbholzschnitt »Geburt der Pferde« (1913) vollendet. Kubin hingegen schloss seine Illustration des Buches Daniel ab. Im Lenbachhaus ausgestellt ist das mit Drucken nach seinen Zeichnungen 1918 veröffentlichte Mappenwerk. Veit-Mario Thiede

Bis 17. Februar im Lenbachhaus, Luisenstraße 33, München, geöffnet: Mittwoch bis Sonntag 10 bis 18 Uhr, dienstags bis 20 Uhr, Eintritt: 10 Euro. Infos im Internet: www.lenbachhaus.de



Große Ehre: Joe Castleman (J. Pryce) hält seine Nobelpreisrede

sie die Ghostwriterin für ihren Mann Joe Castleman, den alle für einen herausragenden Schriftsteller halten und der mit seiner Frau nach Stockholm reist, wo just zu dessen Preisübergabe das ganze Kartenhaus zusammenfällt.

Es wäre einfach zu sagen, dass der schwedische Regisseur Björn L. Runge mit seinem Film nur das feministische Klischee bedient,

artig harmonisierende Schauspieler, als Mrs. und Mr. Castleman.

In Rückblenden erzählt Runge, wie das Autorenpaar gemeinsam dieses Lügengebäude errichtet hat: In den 50er Jahren konnte die junge Frau – ideal besetzt mit Annie Starke, der Tochter von Glenn Close – keinen Fuß in die von Männern verschlossenen Verlagstüren setzen. Also tippte sie

Tod zweier Revolutionäre

Der Spartakusaufstand vor 100 Jahren in Berlin

Vor 100 Jahren tobte in Berlin ein Aufstand, mit dem die ersten reichsweiten freien Wahlen nach der Novemberrevolution verhindert werden sollten. Dieser sogenannte Spartakusaufstand ging zwar zunächst nicht vom kommunistischen Spartakusbund aus, doch stellten sich führende Spartakisten alsbald an die Spitze der Aufständischen.

Im Zuge der Novemberrevolution von 1918 wurde eine provisorische Reichsregierung aus je drei Vertretern der SPD und deren linker Abspaltung Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) gebildet. Dieser sogenannte Rat der Volksbeauftragten stand unter der faktischen Leitung des SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert und strebte umgehende Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung an, die dem Land neben einer neuen Verfassung auch eine demokratisch legitimierte Regierung geben sollte. Dem stimmte am 16. Dezember 1918 auch der Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte mit rund 400 gegen 50 Stimmen zu. Das war allerdings nicht im Sinne jener linksradikalen Kräfte, die sich im marxistischen Spartakusbund und anderen Gruppierungen gesammelt hatten und am 1. Januar 1919 unter maßgeblicher Beteiligung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) gründeten. Diese befürworteten die Fortsetzung der Revolution zur Vorantreibung der Sozialisierung – was das Weiterbestehen des Räteystems erforderte. Damit war der Konflikt programmiert, doch fehlte noch ein konkreter Anlass für dessen Ausbruch.

In jener kritischen Übergangsphase von der Revolution zur parlamentarischen Republik kam es ab dem 23. Dezember 1918 zu den sogenannten Weihnachtsunruhen. Sie resultierten aus einer Meuterei

der Volksmarinedivision, die eigentlich die provisorische Regierung schützen sollte, und endeten mit der Niederschlagung der Erhebung durch preußische Truppen unter Generalleutnant Arnold Lequis auf Befehl der drei SPD-Volksbeauftragten Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann und Otto Landsberg. Während der Kämpfe hatte sich der Berliner Polizeipräsident Emil Eichhorn, ein radikaler

Rat ein, den die USPD nun nicht mehr als rechtmäßige Übergangsregierung anerkannte. Trotzdem erlangte Ebert die Zustimmung des Vollzugsrates des Arbeiter- und Soldatenrates Groß-Berlin und des Zentralrates der Deutschen Sozialistischen Republik, Eichhorn abzusetzen. Die Entlassung des Polizeipräsidenten am 4. Januar 1919 brachte auf Seiten der Linksradikalen das Fass zum Überlaufen.

weitere Pressegebäude, aber auch zentrale Behörden und Bahnhöfe der Hauptstadt. Anschließend solidarisierten sich die Spitzen von USPD und KPD mit den Aufständischen und bildeten einen 53-köpfigen sogenannten Revolutionsausschuss unter der Leitung des USPD-Politikers Georg Ledebour und des Spartakisten Karl Liebknecht. Der Ausschuss rief am 6. Januar zum Generalstreik auf

Wahlen zur Nationalversammlung zu verhindern und eine Räterepublik nach sowjetischem Vorbild zu schaffen. Hieraufhin proklamierten die revolutionären Obleute und der Zentralvorstand der Berliner USPD und der KPD in einem gemeinsamen Aufruf den Kampf gegen „die Judasse in der Regierung ... Sie gehören ins Zuchthaus, aufs Schafott ... Gebraucht die Waffen gegen eure Todfeinde.“

Die Kämpfe begannen am 8. Januar nach ergebnislosen Verhandlungen zwischen der Übergangsregierung und den Aufständischen mit der Erstürmung erster besetzter Gebäude durch reguläre Soldaten und auch Freikorps unter dem Befehl Noskes. Am 10. Januar 1919 attackierte das Freiwilligen-Regiment Reinhard das Hauptquartier von Liebknecht und dessen Genossen. Dem folgte am Tag darauf der Einsatz gegen die Besetzer der „Vorwärts“-Druckerei. Bis zum 12. Januar konnten die Noske-Truppen die Kontrolle über Berlin zurückerlangen. Bei den Auseinandersetzungen kamen späteren Untersuchungen zufolge 156 Aufständische und 13 Militärs ums Leben. Am 13. Januar feierte die Berliner Presse die Wiederherstellung von „Ruhe und Ordnung“. Wenig später, am 15. Januar, exekutierten Freikorps-Angehörige die nunmehr als Putschisten gesuchten KPD-Führer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ohne reguläres Gerichtsverfahren.

Vier Tage später fanden die Wahlen zur Nationalversammlung statt, welche die linksradikalen Kräfte versucht hatten zu verhindern. Die SPD ging daraus mit 37,9 Prozent als stärkste Kraft hervor, während die USPD nur auf 7,6 Prozent kam und die KPD gar nicht erst antrat. Für eine rot-rote Mehrheit reichte es also nicht. Statt mit der USPD ging die SPD mit den bürgerlichen Partnern des Interfraktionellen Ausschusses (IFA) der Kaiserzeit beziehungsweise deren Nachfolgern eine Koalition ein, die sogenannte Weimarer Koalition. In der durch die Tötung von Luxemburg und Liebknecht geköpften Kommunistischen Partei Deutschlands erlangte in der Folgezeit der moskauer Flügel um Ernst Thälmann, Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht das Übergewicht, wovon sich die KPD nicht mehr erholte.

Wolfgang Kaufmann



Während des Spartakusaufstands im Januar 1919: Zeitgenössische Aufnahme

Bild: Imago

Linker von der USPD, geweigert, die ihm unterstellte Sicherheitswehr gegen die Insurgenten einzusetzen. Hierdurch verlor er das Vertrauen Eberts. Gleichzeitig traten die drei USPD-Vertreter im Rat der Volksbeauftragten, Hugo Haase, Wilhelm Dittmann und Emil Barth, wegen des Schießbefehls gegen die rebellierenden Matrosen aus dem Gremium aus. Daraufhin traten die SPD-Mitglieder Gustav Noske und Rudolf Wisell in den

Noch am selben Tage beschloss der Vorstand der Berliner USPD zusammen mit den der Partei nahestehenden revolutionären Obleuten, eine Großdemonstration gegen die Politik des Rates der Volksbeauftragten abzuhalten. Diese fand am 5. Januar statt und lief schnell aus dem Ruder. Rund 3000 bewaffnete Linke stürmten und besetzten die Druckereien des sozialdemokratischen „Vorwärts“ und des „Berliner Tageblatts“ sowie

und erklärte die Regierung Ebert für abgesetzt. Seinem Aufruf zu einer Demonstration folgten 500 000 Teilnehmer. Die Demonstration blieb friedlich, zeigte jedoch den Einfluss des Ausschusses. Das führte zum Streit im Revolutionsausschuss, wie dieser Einfluss zu nutzen sei. Liebknecht plädierte vehement dafür, den Rat der Volksbeauftragten nun mit Waffengewalt zu stürzen, um die für den 19. Januar angesetzten

Auf der Gegenseite wurde ebenfalls damit gedroht, dass „die Stunde der Abrechnung naht“. Die Verantwortung hierfür lag in den Händen von Noske, den Ebert am 7. Januar mit dem Oberbefehl über die regierungstreuen Truppen in und um Berlin betraut hatte. Der SPD-Politiker war bereit, die Rolle des „Bluthundes“ zu übernehmen, um der parlamentarischen Demokratie zum Durchbruch zu verhelfen.

Wo der Nimbus des finnischen Soldaten entstand

In der Schlacht von Suomussalmi besiegte der skandinavische David den sowjetischen Goliath

Kein Rauschen in den Bäumen. Kein Vogelgesang. 17 000 Felsblöcke stehen stumm vor einem Monument, von dem ein leises, silbernes Läuten ertönt. Kleine Metallplättchen, die Erkennungsmarken der Soldaten assoziieren, sind zwischen zwei gebogenen Betonstelen vom Wind bewegt, stoßen bei dem leisesten Windhauch an kleine Glöckchen. Geben Laute wie ein Zeichen aus dem Jenseits.

Es ist die Gedenkstätte nahe Suomussalmi im hohen Norden Europas, die an den sogenannten Winterkrieg (November 1939 bis März 1940) erinnert. Auf und neben der 18 Kilometer langen Straße sind wahrscheinlich 20 000 russische Soldaten ums Leben gekommen, gefallen im Kampf, versunken im Sumpf, erfroren und verhungert, exekutiert vom NKWD, der sowjetischen Geheimpolizei.

Ort und Geschehnis sind in der Öffentlichkeit nicht in dem Maße beachtet worden, wie es der Masantragödie gebühren würde. Ein junger Finne sagte es so: „Die Amerikaner hatten an einem Landeabschnitt in der Normandie Juni 1944 2000 Mann Verluste, und eine Unmenge Filme mit den besten Schauspielern der Welt sind darüber produziert worden. Hier ist die zehnfache Menge junger Männer ums Leben gekommen, und es gibt keinen einzigen Film!“

Moskau hatte diesen Angriffskrieg ab August 1939 vorbereitet, heimlich in der arktischen Wildnis Straßen und Eisenbahnen in Ost-West-Richtung zur finnischen Grenze vorgetrieben. Am 30. November 1939 wurde mit dem fingierten Vorwand, finnische Artillerie hätte das Dorf Mainila beschossen und sowjetische Soldaten getötet, angegriffen.

schen war gegen das kleine Finnland mit drei Millionen Bewohnern angetreten. Keine Frage, die gesamte Weltöffentlichkeit stand auf Seiten der Finnen. Und hier im Raum Suomussalmi kämpften 11 500 Finnen gegen 36 000 Sowjets.

Es waren Verbände der 44. motorisierten Schützendivision unter dem Kommando von Brigade-

ihre Unabhängigkeit gekämpft hatten. Einige wollten nicht an diesem Unrecht eines nicht gerechtfertigten Angriffs teilnehmen und desertierten aus einem Transportzug: insgesamt 69 Mann. Die offizielle Begründung für die sowjetische Aggression war, dass man die „unterdrückten“ Finnen von ihrem vorgeblich blutrünstigen Führer Carl

Panzern, Fahrzeugen und Feldküchen auf diese Straße angewiesen, denn rechts und links waren versumpfte Wälder, in die man nicht ausweichen konnte. Dort konnte man keine Schützengraben graben, weil sie sofort mit Wasser volliefen. Felsboden und zahlreiche knorrige Wurzeln ließen oftmals gar kein Eingraben zu. Die russischen Soldaten hatten zudem Angst, in die Wälder zu gehen, weil aus ihnen die schnellen finnischen Vorstöße stattfanden, die den Tod brachten, den „weißen Tod“ wie die Rotarmisten ihn nannten.

Während des sowjetischen Vorstoßes nach Westen gingen nördlich und südlich der Straße, von Waldstreifen sichtmäßig geschützt, Einheiten der finnischen 9. Division auf Skiern und Schneeschuhen unter dem Befehl von Oberst Hjalmar Siilasvuo in entgegengesetzter Richtung nach Osten vor, zumeist auf zugefrorenen Seen. Sie waren lautlos und schnell. Kaum zu sehen mit ihrer schnee-weißen Tarnkleidung, während die Schützen der 44. teilweise normale Sommermäntel trugen.

Während es verhältnismäßig einfach war, mit schwachen Kräften die Straßen zu sperren, griffen aus den Waldstreifen die Finnen die sowjetische Kolonne an, von Süden und Norden überquerten sie die Straßen, erschossen die Russen, teilten den Lindwum der Roten Armee in zahlreiche kleine

Kessel (Motti), die dann einzeln vernichtet wurden. Die Methode nannte man „Motti-Taktik“. So wurde die sowjetische Schützendivision vom 1. bis zum 7. Januar 1940 Stück für Stück zerschlagen.

Die sowjetischen Verluste wurden von Moskau für die 44. Schützendivision mit 4700 Toten und die von Norden zu einem Klammernangriff angetretene 163. Schützendivision mit etwa 3700 Toten beziffert. Diese Angaben stimmen höchstwahrscheinlich nicht. Insgesamt fielen im Winterkrieg 138 000 sowjetische Soldaten.

Nur wenige Soldaten gerieten im Winterkrieg in finnische Gefangenschaft. Man ging davon aus, dass die 5000 bis 6000 sowjetischen Kriegsgefangenen, die nach dem Friedensschluss am 13. März 1940 den Sowjets übergeben worden sind, samt und sonders ermordet worden seien. Das traf jedoch „nur“ für die Offiziere zu. Nach der Gorbatschow-Ära meldeten sich letzte Veteranen, einfache ukrainische Soldaten, die den Fernsehensendern ihr Martyrium schilderten.

Brigade-Kommandeur Winogradow konnte aus einem Kessel entkommen und sich zu den sowjetischen Linien durchschlagen. Er wurde für die spektakuläre Niederlage, die den Nimbus des finnischen Soldaten schuf, vor ein sowjetisches Erschießungskommando gestellt und hingerichtet.

Michael Foedrowitz

Von 17 000 Felsbrocken umstellt: Gedenkstätte des Winterkrieges an der Straße Raate-Suomussalmi

Bild: Foedrowitz



Der Vorstoß verlief von der sowjetischen Grenze über Raate auf der Straße nach Westen (die heutige 9195 oder Raateentie). Die Sowjets sollten an der dünnsten Stelle Finnlands zur Ostsee durchstoßen und die Landverbindung Südfinnland zum Norden des Landes wie auch Schweden unterbrechen. Die übermächtige UdSSR mit 200 Millionen Men-

Kommandeur Alexej Winogradow aus dem Militärbezirk Schitomir in der Ukraine, die gerade an dem Angriff der UdSSR auf Polen teilgenommen hatte und nun mit 18 000 Mann per Bahn nach Norden transportiert wurde. Die Soldaten sprachen miteinander, sie wussten, wo es hinging, Sie fühlten sich mit den Finnen verbunden, die wie sie 1917 um

Gustaf Emil Mannerheim befreien wollte.

Am 13. Dezember 1939 hatte die 44. die russisch-finnische Grenze überschritten. Die Division sollte der schwer bedrängten 163. Schützendivision, die von Norden auf Suomussalmi vorstieß, helfen, sich mit ihr vereinigen, um dann auf Suomussalmi vorzustoßen. Die Division war mit ihren

Mehr als nur der Namensgeber des Teddybären

Der US-Präsident und Friedensnobelpreisträger Theodore Roosevelt ist einer der Väter des US-Imperialismus

Die wesentlichste Reminiszenz, die Theodore Roosevelt im Gedächtnis der Deutschen hinterlassen hat, ist der Teddybär. Die Bedeutung des vor 100 Jahren gestorbenen 26. Präsidenten der Vereinigten Staaten beschränkt sich jedoch nicht darauf, Namensgeber der auch heute noch in jeder Kinderstube zu findenden Plüschfigur zu sein.

Aus Gründen der Waidgerechtigkeit hatte sich Theodore Roosevelt auf einer Jagd einst geweigert, einen eigens für ihn an einen Baum gefesselten Jungbären mit seiner Flinte zu erlegen. Die Geschichte wurde von Karikaturisten verarbeitet, die das Tier in ihren Zeichnungen besonders possierlich und liebenswert darstellten. Schnell erhielten dann die in den USA vertriebenen Plüschbären die Koseform von Roosevelts Vornamen Theodore. Zwar lässt sich die Jagdanekdote um den verschonten Bären insgesamt eher dem Bereich Trivia zuordnen, aber dennoch verrät sie viel über den am 27. Oktober 1858 in New York in eine wohlhabende niederländischstämmige Familie hineingeborenen Knaben „T.R.“, wie er von seinen Freunden und politischen Weggefährten genannt wurde, hat sich zeitlebens durch seine Naturverbundenheit ausgezeichnet. Der passionierte Großwildjäger kann zu den ersten Vertretern der Naturschutzbewegung gezählt werden.

Den größten Teil seiner Kindheit besuchte er keine Schule, sondern erhielt Unterricht durch einen Hauslehrer. Mit seinem Vater unternahm er zahlreiche Reisen, die ihn auch nach Europa führten. Ab 1876 studierte er an der Universität Harvard Jura. Das Fach interessierte Roosevelt aber nur wenig, sodass er sich zusätzlich noch mit Naturwissenschaften und Geschichte befasste. 1882 veröffentlichte er ein Buch über den Seekrieg. Sein frühes Interesse für maritime Fragen sollte sich auch in seiner späteren Präsidentschaft niederschlagen. Noch im selben Jahr ließ er sich für die Republika-

ner in das Parlament des Staates New York wählen. Damit begann seine politische Karriere.

Nach dem frühen Tod seines Vaters ererbte Roosevelt ein stattliches Vermögen, das ihn finanziell unabhängig von seiner Partei machte. In der Folgezeit übernahm er verschiedene politische Ämter, zog sich dann aber immer wieder auch für längere Zeit in das Privatleben zurück. Im Jahr 1898 legte er sein Amt als stellvertretender Marineminister nieder, um als Oberst eines Kavallerieregimentes im Krieg gegen die Spanier zu kämpfen. Zuvor war er einer der maßgeblichen Kräfte im Kabinett des damaligen Präsidenten William McKinley gewesen, die auf diesen Spanisch-Amerikanischen Krieg hingedrängt hatten, um das alte europäische Kolonialreich in Südamerika und im Pazifik zu entmachten. In der Schlacht auf der Anhöhe von San Juan auf Kuba trieb er persönlich seine Soldaten gegen den Feind und erwarb sich so erste Meriten und öffentliche Aufmerksamkeit. Nach der Rückkehr in die Vereinigten Staaten ließ er sich im November 1898 zum Gouverneur des Staates New York wählen. Unermüdlich arbeitete er an seinem Aufstieg. Roosevelt, der täglich kannenweise Kaffee trank, gönnte sich nur wenig Ruhe. Im März 1901 wurde er Vizepräsident in der zweiten Amtszeit McKinleys. Allerdings bot dieses überwiegend repräsentative Amt nur wenig Herausforderungen für den energiegeladenen New Yorker.

Bereits aus dieser Zeit stammt ein gern zitiertes Bonmot von Roosevelt, das er anlässlich einer Messeröffnung in Minnesota zum Besten gab: „Sprich leise und höflich, aber trage immer einen großen Knüppel bei dir!“ Diese Metapher sollte zum Charakteristikum seiner 1901 beginnenden eigenen Präsidentschaft werden, die er ähnlich wie der 36. US-Präsident Lyndon B. Johnson antrat, ohne vorher selbst gewählt worden zu sein, weil sein Vorgänger einem Attentat zum Opfer fiel.

In der Innenpolitik zeichnete sich Roosevelt vor allem durch sein rigoroses Vorgehen gegen die immer mächtiger werdenden Monopolkonzerne aus. Zugleich suchte er die Rechte von Arbeitern und Gewerkschaften zu stärken.

Außenpolitisch gilt Roosevelt als Begründer des modernen US-amerikanischen Imperialismus. In ei-

keine Einmischung vonseiten der Vereinigten Staaten zu befürchten. Ständiges Unrecht tun oder ein Unvermögen, welches hinausläuft auf eine Lockerung der Bande der zivilisierten Gesellschaft, mag in Amerika wie anderswo schließlich die Intervention durch irgendeine zivilisierte Nation fordern, und in der westlichen Hemisphäre mag das

wa, um den sich im Bau befindlichen Panamakanal unter die Kontrolle der USA zu stellen. Aber auch dort, wo die USA keine unmittelbaren eigenen Ambitionen verfolgten, mischte der Präsident mit diplomatisch intervenierte er in der ersten Marokkokrise (1904–1906) und fungierte als Vermittler im Russisch-Japanischen Krieg

auch an ihm sogar in der eigenen Partei die Geister. Er verzichtete auf die Kandidatur in der Zuversicht, in dem von ihm protegierten Parteifreund William Howard Taft einen würdigen Nachfolger im Präsidentenamte zu bekommen.

Taft kandidierte tatsächlich für die Republikaner und gewann auch die Wahl, doch erfüllte er nicht Roosevelts Erwartungen. Rasch emanzipierte sich der 27. US-Präsident von seinem ehemaligen Mentor. Da Taft eigene Ziele verfolgte und Roosevelt schließlich auch nicht mehr konsultierte, versuchte der Ex-Präsident erfolglos seinen Nachfolger auf dem Nominierungsparteitag der Republikaner für die Präsidentschaftswahlen 1912 herauszufordern. Da seine Parteifreunde Taft den Vorzug gaben, gründete Roosevelt mit der Progressive Party eine eigene, linke Abspaltung von den Republikanern, als deren Kandidat er 1912 in die Präsidentschaftswahl zog. Aus der Selbstzerfleischung im rechten Lager ging das linke Lager als lachender Dritter hervor. Roosevelt erhielt zwar mit 27,4 Prozent mehr Stimmen als Taft mit 23,2, und mit zusammen 50,6 Prozent wählte eine absolute Mehrheit rechts, aber der Kandidat der Demokraten, Woodrow Wilson, konnte mit 41,8 Prozent eine relative Mehrheit auf sich vereinen, und so endete 1913 eine 70-jährige Ära republikanischer US-Präsidenten.

Da die Republikaner mit Charles Evans Hughes zur Präsidentschaftswahl 1916 einen als eher progressiv geltenden Kandidaten aufstellten, der Roosevelts Wohlwollen genoss, kehrte der Ex-Republikaner zu seiner alten Partei zurück, was das Ende der Progressive Party bedeutete. Nach seiner Rückkehr war Roosevelt noch einmal als republikanischer Kandidat für die Präsidentschaftswahlen 1920 im Gespräch. Der Tod war jedoch schneller. Schwere gesundheitliche Schäden, die er sich bei einer 1913/14 unternommenen Südamerikaexpedition zugezogen hatte, beendeten am 6. Januar 1919 sein Leben. Dirk Pelster



Beliebtes Karikaturistenmotiv: Theodore Roosevelt verschont einen Bären

Bild: pa

nem von ihm formulierten Zusatz zur Monroe-Doktrin erhob er für die USA den Anspruch, als Weltpolitist zumindest im amerikanischen Ausland militärisch zu intervenieren: „Wenn eine Nation zeigt, dass sie vernünftig und mit Kraft und Anstand in sozialen und politischen Fragen zu handeln versteht, dass sie Ordnung hält und ihre Schulden bezahlt, dann braucht sie

Festhalten der Vereinigten Staaten an der Monroe-Doktrin sie in flagranten Fällen solchen Unrechts oder Unvermögens, wenn auch wider ihren Willen, zur Ausübung einer internationalen Polizeigewalt zwingen.“

Gleich mehrfach setzte Roosevelt während seiner Amtszeit das US-Militär ein, um in Mittelamerika US-Interessen durchzusetzen, et-

(1904/05), wofür er 1906 als erster Amerikaner den Friedensnobelpreis erhielt.

Nachdem Roosevelt 1904 im Präsidentenamte durch Wahlen bestätigt worden war, verzichtete er 1908 auf die Kandidatur für eine dritte Amtszeit. Ähnlich dem gleichfalls in vielerlei Hinsicht unkonventionellen aktuellen Amtsinhaber Donald Trump schied sich

Streitbarer Kommentator und Geschichtsschreiber

Zu keiner Zeit passte der vor 20 Jahren gestorbene Journalist und Essayist Sebastian Haffner in ein Links-Rechts-Schema

Sebastian Haffner sei „so etwas wie ein Volksschullehrer für deutsche Geschichte in einem geschichtslosen Land geworden“ – so sein Biograf Uwe Soukup, der den Journalisten in den 1990er Jahren noch persönlich kennengelernt hat. Präsent war Haffner vor allem in der alten Bundesrepublik durch Beiträge in großen Zeitungen und Magazinen wie „Die Welt“ und „Stern“, aber auch in Rundfunk und Fernsehen. Hier war er oft in der Runde des von Werner Höfer moderierten „Internationalen Frühlingschoppens“ zu Gast. Eine Reihe von Essays und Büchern widmet sich gut lesbar und zugleich anspruchsvoll historischen Themen. Haffner blickte immer wieder auf Preußen, vor allem aber auf die deutsche Zeitgeschichte. Obwohl er sich nicht akademisch forschend betätigte, wurden seine Thesen auch von der Wissenschaft aufgegriffen und diskutiert.

Geboren wurde er Ende Dezember 1907 in Berlin als Raimund Pretzel. Nach Gymnasium und dem Abschluss eines juristischen Studiums arbeitete er im „Dritten Reich“ als Journalist. 1938 bat er in England, wo er im Auftrag von Ullstein eine längere Reportage erstellen sollte, um Asyl. Zur Begründung verwies er

auf seine schwangere Verlobte und spätere Ehefrau, die „Halbjüdin“ Erika Landry, die Deutschland bereits verlassen hatte.

In Großbritannien, dessen Staatsbürger er wurde, wählte er den Namen, unter dem er bekannt wurde: Sebastian Haffner, Sebastian nach dem Komponisten Johann Sebastian Bach, Haffner nach der Haffner-Sinfonie von Wolfgang Amadeus Mozart. Verwendung fand das Pseudonym erstmalig für das Anfang 1940 in London erschienene Buch „Germany, Jekyll and Hyde“, das die Zustände in Deutschland während der NS-Zeit darstellt. Man gab sich begeistert, Premierminister Winston Churchill soll sogar angeordnet haben, dass sein Kabinett das Buch liest. Der Autor war allerdings zu dem Zeitpunkt, als er in England als Hitler-Gegner gefeiert wurde, als Deutscher noch interniert und kam erst im August 1940 wieder frei.

Hart ging Haffner mit Zeitgenossen ins Gericht, die wie er den Nationalsozialismus ablehnten, aber im Gegensatz zu ihm in Deutschland geblieben waren. Über die sogenannte innere Emigration schrieb er: „Sie war aber auf eine merkwürdige Weise unmöglich.“ Autoren etwa, die durch ihre Themenwahl – „zeitlose Idyl-

len, Jugenderinnerungen, Naturschilderungen“ – deutlich zu erkennen geben wollten, dass sie „unpolitisch“ zu sein gedachten, haben nach Haffner das Regime gestützt. „Jeder, der unter Goebbels arbeitete, auch wenn er sich noch so sehr als Antinazi fühlte,



Sebastian Haffner

Bild: pa

spielte irgendein kleines Instrument in Goebbels' Orchester.“

1954 kam Haffner als Deutschlandkorrespondent des „Observer“, für den er seit Beginn der 1940er Jahre tätig war, zurück nach Berlin. „Ich gehöre leider hierher.“ Engländer könne man nicht werden, wenn man nicht

dort geboren und zur Schule gegangen sei, meinte er. Mit seinem Arbeitgeber überwarf er sich Ende Juli 1961. Die Londoner verfolgten eine nach Haffners Verständnis zu nachgiebige Haltung bezüglich des besonders in Berlin schwelenden Ost-West-Konflikts, der nur zwei Wochen später mit dem Mauerbau einen Höhepunkt erreichen sollte. Mit dem Springer-Verlag wiederum lag er wegen der „Spiegel“-Affäre im Herbst 1962 über Kreuz. Massiv setzte er sich für die seiner Meinung nach unterminierte journalistische Freiheit des Hamburger Nachrichtenmagazins ein. Die Reaktion der Polizei auf die Demonstration am 2. Juni 1967 in West-Berlin gegen den Schahbesuch, in deren Folge der Student Benno Ohnesorg von einem Polizisten erschossen wurde, bezeichnete Haffner als „einen systematischen, kaltblütigen Pogrom, begangen von der Berliner Polizei an Berliner Studenten“.

Politisch eindeutig zuzuordnen war Haffner wohl immer nur mit der jeweiligen Aussage zur jeweiligen Situation. In ein Links-Rechts-Schema passte er nie.

In seinem 1969 erschienenen Buch „Die verrätene Revolution – Deutschland 1918/19“ stieß er unter anderem Friedrich Ebert vom

Sockel. Haffner vermochte nur bei wenigen Akteuren dieser Monate, etwa bei Kurt Eisner, wirklich revolutionären Willen zu entdecken. Die Chance zum Umschwung sei vertan worden. In kürzeren Abhandlungen und Rundfunksendungen wusste Haffner darzulegen, warum die Deutschen Schlachten hätten gewinnen können, aber die beiden Weltkriege verloren, und warum sie Stabilität weit mehr schätzen als Demokratie. Zudem vertat er die bemerkenswerte Ansicht, dass „aller Wahrscheinlichkeit nach“ der Zweite Weltkrieg verhindert worden wäre, hätten die Deutschen den Versailler Vertrag nicht unterschrieben.

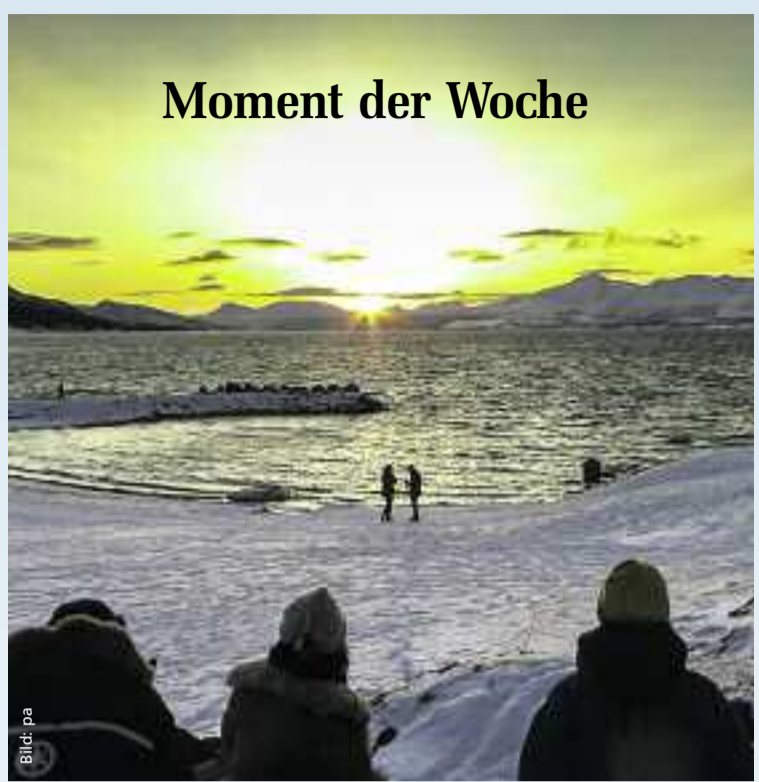
Große Aufmerksamkeit findet bis heute Haffners 1978 erschienener Essay „Anmerkungen zu Hitler“. Der Autor vertritt – zwar nicht als einziger, aber prononciert wie kaum ein anderer – die Meinung, Hitler habe das Kompetenzchaos im Dritten Reich, etwa die vielfältigen Überschneidungen bei Zuständigkeiten der Staats- und Parteienstellen, bewusst herbeigeführt, um sich letztendliche Entscheidungen selbst vorbehalten zu können.

In dem opulent illustrierten Band „Preußen ohne Legende“ schreibt er, dieser Staat sei auf-

und untergegangen „wie ein Meteor“. Einen großen historischen Bogen schlug er noch einmal 1987. In seiner ein reichliches Jahrhundert umfassenden Darstellung deutscher Geschichte „Von Bismarck zu Hitler. Ein Rückblick“ bezog er abermals streitbare Positionen. „Im Gegensatz zu manchen unschön auftrumpfenden Äußerungen“ sei Wilhelm II. „im Grunde genommen eine sensible, nervöse, friedliebende Natur“ gewesen. Wirtschaftliche und politische Entwicklung hängen Haffners Meinung nach nicht so eng zusammen, wie es so mancher Interpret gern hätte und „Nischen“ für Unangepasstes habe es im Dritten Reich sehr wohl bewusst gegeben.

Im Oktober 1949 hatte Haffner bezüglich der deutschen Teilung in einem Zeitungsartikel noch geschrieben, nichts sei beschlossen, das sei ein „gefährlicher Irrtum“. 1987 schrieb er, eine Wiedervereinigung komme „für die beiden deutschen Staaten ... heute nicht mehr wirklich in Frage ... aus handfesten politischen Gründen“. Wie man sieht: Auch große Geister – und Sebastian Haffner gehört zweifelsfrei dazu – können irren. Am 2. Januar 1999 ist er gestorben. Erik Lommatzsch

Moment der Woche



Endlich werden die Tage wieder länger, wenn bislang auch nur ein paar Minuten. In Nordskandinavien, wo es im Winter wochenlang völlig dunkel bleibt, begrüßen die Menschen den ersten Sonnenaufgang nach der Polarnacht traditionell mit einem Fest (siehe Bild). Eine solche Polarnacht müssen die Deutschen zwar nicht durchmachen. Dennoch leiden hierzulande viele Menschen an Winterdepression. Wenn Symptome wie ständige Müdigkeit, Antriebslosigkeit, Gereiztheit und grundlos

negative Stimmung länger als zwei Wochen anhalten, rät das Fachblatt „Apotheken-Umschau“ dazu, zum Arzt zu gehen. Licht- oder Gesprächstherapien könnten helfen.

Aber auch jeder für sich könne etwas tun, um einer Depression vorzubeugen. Tägliche Winterspaziergänge an der frischen Luft auch bei schlechtem Wetter, Bewegung und Sport sowie gemütliche „Verwöhmomente“ zu Hause oder Zeit mit Freunden seien Stützen für die wintergeplagte Seele. *H.H.*

Endlich geht es wieder aufwärts

Reden unter Meinungsterror

Wie man durch »Codes« erfährt, ob man mit seinem Gegenüber frei diskutieren kann

Bei „Hamlet heißt es, „etwas“ sei „faul im Staate Dänemark“. Im Staate Deutschland der Gegenwart ist nicht nur „etwas“ faul, sondern sehr vieles. Beispielsweise sieht man sich mit einem Phänomen konfrontiert, das eigentlich nur aus Diktaturen bekannt ist. So lässt derjenige, der die Linie der derzeitigen Regierung und der sie hofierenden Medien kritisch sieht, Unbekanntes gegenüber Vorsicht walten, sobald das Gespräch politisch wird. Sofern man nicht ganz ausweicht,

Bevor es losgeht, tastet man sich erst gegenseitig ab

„tastet“ man sich ab. Ist das Gegenüber ein Gleichgesinnter oder zumindest jemand, der willens ist, sich mit anderen Meinungen auseinanderzusetzen?

Für dieses „Abtasten“ kommt eine Reihe von „Codes“ zum Einsatz. So etwa kann das Gegenüber, von dem man weiß, dass es im Bereich der Geschichtswissenschaft bewandert ist, gefragt werden: „Was halten Sie von Rolf Peter Sieferle?“ Zur Erinnerung: Es handelt sich um den im September 2016 freiwillig aus dem Leben geschiedenen Historiker, dessen posthum

veröffentlichtes Büchlein „Finis Germania“ für so skandalös gehalten wurde, dass es der „Spiegel“ trotz entsprechend erhobener Zahlen von seiner Bestsellerliste gestrichen hat.

Ist die Antwort etwa: „Ein Mann mit interessanten Thesen“, so kann die Reaktion des Fragenden lauten: „Schön, dann können wir frei reden!“ Erst nach derartiger Prozedur ist ein wirklich offenes Gespräch möglich. Und dabei muss sich nicht zwangsläufig herausstellen, dass die beiden Beteiligten Inhaber eines AfD-Mitgliedsausweises sind. Meist handelt es sich einfach um schon länger hier Lebende, um ein in seiner Arroganz nur schwer überbietbares Diktum der Kanzlerin aufzugreifen, die die täglichen Entscheidungen zum Schaden des Landes, die Aushöhlung der Rechtsordnung und Propagandaberichte der sich gern als „unabhängig“ feiernden Medien über haben, andererseits offene Provokation und unangenehme Konfrontation scheuen.

„Sieferle“ ist nur einer der „Codes“. Man nähert sich vielleicht über andere bekannte, „harmlose“ Autoren an, etwa Matthias Matussek. Vorsichtig. Auch das Urteil über Zeitungen, Zeitschriften und Internet-Blogs, mitunter allein das Bekunden, diese überhaupt zu kennen, gehört in den Bereich dieser „Abtast-Codes“. Kommen

dann die wegweisenden Antworten – „Die Achse des Guten klicke ich fast täglich an“, „Tichys Einblick ist ganz schön teuer, aber ab und an kaufe ich den“, „Die Junge Freiheit gibt es jetzt auch bei meinem Zeitungshändler“, „Die Preussische Allgemeine ist alles andere als eine Zeitung für Ewiggestrige, die lese ich oft“, „Tumult bietet anspruchsvolle Perspektiven“ –, so ist der Weg frei. Zu dem, was in einem Land mit verfassungsmäßig garantierter Meinungsfreiheit eigentlich völlig normal sein sollte: Dem offenen Gespräch oder gar dem Streit um Positionen, auf gleicher Augenhöhe, ohne Moralhoheit.

Man erkennt sich an diesen „Codes“. Dann ist es auch möglich, über Götz Kubitschek und seinen Antaios-Verlag zu reden, ohne von vorn herein den Stempel „rechts“ aufgedrückt zu bekommen und damit, das ist das eigentliche Problem, im wahrsten Sinne des Wortes als „indiskutabel“ zu gelten. „Rechts“ muss dabei ja nicht einmal falsch sein, es ist das Gegenstück zu „links“.

Betont sei, dass man bei Weitem nicht alle Positionen der hier – exemplarisch – genannten Personen oder Medien teilen muss. Dass Dinge nicht sofort verdammt werden, wäre unter anderen Umständen eine bare Selbstverständlichkeit. Heutzutage ist es ein „Co-

de“, um zu signalisieren: „Wir können vernünftig und undogmatisch sprechen.“

Auch die Beteiligung an Petitionen an den Bundestag, die man sowohl anonym als auch für jedermann öffentlich einsehbar unterzeichnen kann, gehört hierzu. Der eigentliche Zweck – also die Einflussnahme auf politische Entscheidungen – steht dabei gar nicht im Vordergrund. Direkte Auswirkungen haben wohl weder die Unterzeichner der „Erklärung 2018“ noch die der Petition gegen

Einst war normal, was heute größte Vorsicht gebietet

den UN-Migrationspakt erwartet. Neben einem Meinungsbild handelt es sich in erster Linie um ein Bekenntnis. Der Verweis auf die eigene Unterschrift lässt sich in so manches Gespräch einflechten. Damit sendet man, sofern der Andere im Bilde ist, ein klares Signal.

Früher hatte man schon genug damit zu tun, sich alle Passwörter oder PIN-Zahlen zu merken. Nun sind noch diese „Codes“ hinzugekommen, die man aufmerksam einsetzen oder registrieren sollte. Leider unabdingbar, aber es lohnt sich. *Erik Lommatzsch*

Das französische Drama

Emmanuel Macron hat Frankreich an den Rand der Revolution manövriert – Eine Zwischenbilanz der »Gelbe Westen«-Proteste

Der Jahresausklang ließ die Demonstrationen der „gelben Westen“ etwas abflauen. Doch die Probleme, welche die Bewegung hervorriefen, sind nicht einmal im Ansatz gelöst. Frankreich bleibt von Unruhe erschüttert. Ein Stimmungsbild aus Deutschlands wichtigstem Nachbarland.

Fehlurteile, hochmütige, herabsetzende Aussprüche, der öffentliche Ausbruch gegenüber dem Chef der Armee, General Pierre de Villiers, die verpatzte Affäre Benalla – all dies sind tölpelhafte Fehltritte eines arroganten, hochtrabenden Technokraten, aber es ging wesentlich weiter.

Pensionen, Wohnhilfen für Studenten, Zuwendungen für Regionen und Gemeinden wurden gekürzt, Krankenhäuser geschlossen, die Reformen von Arbeit und Eisenbahn verpfuscht – und zudem großenteils ohne Diskussion und Debatten entschieden, mit wenig Ankündigungen außerhalb des Parlaments.

Der Umweltminister Nicolas Hulot tritt zurück, gefolgt vom Innenminister Gérard Collomb. Zwei sehr massive Ohrfeigen.

Dann folgte der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte: Anfang November kündigte die Regierung erhöhte Kraftstoffpreise ab Januar 2019 an, Diesel solle an Benzin angeglichen werden, um „die ökologische Umwandlung zu finanzieren“. Ganz Frankreich weiß, dass diese neuen Steuern nicht in Umweltprogramme fließen, sondern in die Staatskassen.

Abermals fühlte sich das Volk für dumm verkauft, das Maß war voll. Eine Hausfrau meinte, man solle in gelben Westen auf den Straßen gegen Steuerlast und Missachtung des Volks protestieren. Die „Gelben Westen“ waren geboren.

Rondelle, Kreuzungen, Einkaufszentren, Kraftstoffdepots und Mautstellen, die von Menschen besetzt, die zumeist noch nie demonstriert hatten: Ar-

beiter, Angestellte (auch leitende), Hausfrauen, Pensionierte – Bürger mit einer Idee:

Genug der Steuerlast, genug der leeren Konten am 15. oder 20. des Monats – und darüber hinaus genug von Parteien, Politikern und Präsidenten, die nicht einmal merken, dass wir existieren.

Um das in Deutschland zu verstehen, sollte man vorab wissen, dass der Grundstein des zentralistischen französischen Staates vor 380 Jahren von Kardinal Richelieu – jenem der „Drei Musketiere“ – gelegt wurde. Revolution und Kaiserreich verstärkten diesen Zentralismus noch. „Ein Volk, ein Reich, ein König, Kaiser, Präsident“ ist seit Langem tägliches Bewusstsein, Kinder hören „die eine, unteilbare Republik“ in der Schule mit der Marseillaise – und in jeder zweiten politischen Rede.

Heute leben knapp 20 Millionen Franzosen in sogenannten Metropolen, also 21 Großstadtverbänden mit insgesamt 987 Gemeinden. Die restlichen 45 Millionen leben in 30 000 Gemeinden verstreut in der Provinz.

Das sind die Gelben Westen, Menschen, die täglich 30, 60 Kilometer oder mehr ohne öffentliche Verkehrsmittel zur Arbeit und 100 Kilometer ins nächste Krankenhaus fahren, die um drei Uhr morgens als Bäcker oder Metzger antreten, in Kleinstädten und Dörfern behinderte und alte Menschen betreuen, als Landärzte – sofern noch vorhanden – 150 bis 200 Kilometer pro Tag fahren.

Darunter Millionen von Franzosen, die nicht die Mittel haben, im Sinne der „ökologischen Umschaltung“ die seit langem eingebaute Ölheizung zu ersetzen und anstatt ihres oft mehr als zehn Jahre alten Dieselaautos ein elektrisches zu kaufen – nachdem die Regierungen seit 30 Jahren Dieselmotoren in den Himmel gelobt und gefördert haben, weil sie, so hieß es, die Umwelt weniger verschmutzen. Und als sie dann Dieselaautos hatten, wurden unrenta-

bel gewordene Lokalbahnen stillgelegt, aber Summen in super-schnelle TGV-Züge investiert, die vielleicht nicht unbedingt notwendig sind, die aber mehr hermachen – und ein Zuschussgeschäft bleiben.

Die Gelben Westen demonstrieren, weil Unternehmer die höchsten Abgaben in Europa abführen

das Ende der Welt herbei beschwören, wo Gelbe Westen nur mit Bangen daran denken können, wie sie finanziell bis zum Ende des Monats durchkommen. Diese Menschen bringen ihre Freizeit auf, um zu demonstrieren und am Sonnabend auf die Plätze einiger großer Städte zu ziehen, wo sie sonst kaum je erscheinen

weiß, dass die „Casseurs“ (Schläger) entweder linksextreme Schlägertrupps sind, die nicht aus Nouans-les-Fontaines oder Saint-Pierre-des-Tripiers kommen, oder die Einwohner, oft Jungendliche, aus den „Zonen“ und „benachteiligten Vierteln“ an den Rändern der Großstädte, die plündern und sich mit Polizisten schlagen wollen. Von diesen möchten auch die Gelben Westen nichts wissen und geben das lautstark kund, obwohl es sicherlich auch unter ihnen Streithähne gibt – in Frankreich braust man leicht auf.

Marine Le Pen wurde vom Innenminister bezichtigt, die gelbe Westen, oder „braune Pest“, aufzuwiegeln, bis sogar er zugeben musste, dass sie parteipolitisch gar nicht zuzuordnen sind.

Sie misstrauen lediglich Macron und seinen Ministern und allgemein Politikern, Pariser Eliten, Parlament, Gewerkschaften, „Nichtregierungsorganisationen“ (NGO) und den in Paris geballten Medien mit ihren abschätzenden, arroganten Intellektuellen, die allesamt seit Jahren die 40 Millionen auf dem Land ignorieren.

Sie wollen niedrigere Steuern als die 65 Prozent auf die Kraftstoffpreise; sie wollen bessere Renten und Gehälter mit niedrigeren Abgaben; aber sie wollen nicht ein paar Prämien als „Almosen“, die Macron ihnen zubilligt, sondern sie wollen im Grunde, dass die 60 Jahre alte Fünfte Republik politisch und finanziell erneuert, ergänzt und modernisiert wird – dass das Parlament als unnütze abgeschafft oder wieder in seine vollen Funktionen eingesetzt wird.

Und sie wollen den aufgeblähten Staat verkleinert, billiger, kosteneffektiver sehen. Man nehme nur als Beispiel das Arbeitsamt: 854 Agenturen, 55 000 Beamte, wo ein moderner Staat mit EDV, kaum 5000 Personen und 20 bis 25 Agenturen einfacher, besser und billiger arbeiten könnte,

wenn Präsidenten seit Mitterrand 1981 nicht rastlos und sinnlos mehr Beamte eingestellt hätten, um die Arbeitslosigkeit (vergeblich) zu mindern und Wähler zu werben.

Und sie wollen die Volksabstimmung auf Bürgerinitiative, die seit 2008 in der Verfassung steht, allerdings zu unsinnigen Bedingungen – und die nach dem „Nein“ von 2009 unter den Tisch gekehrt und wiederholt wurde, um ein „Ja“ zu erzwingen – auch das ist Politik in Frankreich.

Unter den Gelben Westen gibt es kluge und klar denkende Frauen und Männer, die den Elan beibehalten wollen. Weihnachten

Die Technokraten sollten sich nicht zu früh freuen

kam, man lockerte die Zügel, aber Macron und seine Technokraten sollten nicht vorschnell frohlocken.

Macrons zusammengewürfelte Partei hebt die Schwächen des Systems heraus, das de Gaulle 1958 eingeführt hat – und das sich auf die Wahl von Präsident und Parlament beschränkt, was damals einzig wichtig erschien. Die größte Schwäche ist, dass nun Technokraten ohne Erfahrung und lokale und regionale Strukturen einem emotional aufgeheizten Volk von Bürgern gegenüberstehen, das angesprochen und gehört werden will.

Erstaunlicherweise war es plötzlich möglich, in drei Tagen Entscheidungen zu treffen, die bislang acht bis zwölf Monate erforderten und die mehr als zehn Milliarden Euro und ein Defizit über der Drei-Prozent-Grenze des Euro-Stabilitätspakts kosten.

Die EU-Wahlen kommen im Mai. Entscheidend ist die Stimmenthaltung, die 2014 mehr als 51 Prozent betrug. *Ludwig von Bomhard*



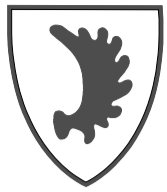
Tölpelhafte Fehltritte en masse: Emmanuel Macron Bild: Mauritius

müssen; weil der Staat gut 34 Prozent des Bruttosozialprodukts für ein Sozialsystem ausgibt, aber trotzdem weiterhin eine Arbeitslosenrate von 9,3 Prozent und ein horrendes Staatsdefizit aufweist.

Diese 45 Millionen auf dem Land wissen heute, dass ihre Bürgermeister, ihre Gemeinde-, Kantons- und Bezirksräte wie sie selbst einem nur im „Großen“ denkenden Technokraten und seiner vor 18 Monaten ins Parlament gewählten absoluten Mehrheit gegenüber stehen, die „Klimaschutz“ fordern und andernfalls

würden und nicht zu Hause sind. In diesem katastrophalen Durcheinander ist die Polizei mit 26 Millionen unbezahlten Überstunden und lächerlichen Nacht- und Sonderzulagen nahe dem Zusammenbruch; es drohen geschlossene Kommissariate und minimaler Einsatz in Notfällen. Die Gendarmen sind Armee und dürfen nicht streiken – sind aber ebenso betroffen und erbost.

Seit Wochen schimpfen Macron und seine Umwelt auf die „populistische Lepra“ und die „braune Pest“, obwohl man sehr wohl



Regierung soll ins »Haus der Räte« umziehen

Statt Wiederaufbau des Königsberger Schlosses: Gouverneur Anton Alichanow will die sowjetische Bauruine fertigstellen lassen

Das lange währende Thema „Haus der Räte“ oder „Königsberger Schloss“ ist wieder aktuell. Dieses Mal ist vom Wiederaufbau des Schlosses und anderer historischer Bauten keine Rede mehr. Stattdessen soll die Regierung des Königsberger Gebiets in das noch halbfertige Hochhaus umziehen.

Gouverneur Anton Alichanow scheint mehr und mehr von der Idee einer Nutzung des in der Sowjetzeit begonnenen und nie fertiggestellten Hauses der Räte besessen zu sein, das an der Stelle gebaut wurde, wo sich einst das Königsberger Schloss befand.

Vor Kurzem hat Alichanow angekündigt, dass die Regierung das Haus der Räte im kommenden Jahr kaufen wolle und die Beamten der Regierung dorthin umziehen würden. Vor zwei Jahren schon hatte der Gouverneur gesagt, dass „das Haus der Räte genutzt werden sollte. Es ist ein Denkmal der sowjetischen Architektur.“ Die Behörden des Königsberger Gebiets erwägen nun, einem Investor die Gebäude der Regionalregierung und der Verwaltung der Stadt zur Nutzung zu überlassen im Austausch für die Fertigstellung des Hauses der Räte. Die Höhe der Kosten für den Umzug der Regierung wurde noch nicht genannt. Zunächst müssen eine umfassende Untersuchung des aktuellen Zustands des sowje-

tischen Architekturdenkmals durchgeführt und die Kosten für die Installation der Haustechnik unter Berücksichtigung moderner Anforderungen geschätzt werden. Bekannt ist nur, dass das Hochhaus zumindest nicht auffällig ist und von daher zu Ende gebaut werden kann. Laut Alichanow kann man das Gebäude für den Umzug der Gebietsregierung innerhalb der nächsten zwei bis drei Jahre fertigstellen. Was das Schicksal der Gebäude der Stadtverwaltung am

Projekt »Herz der Stadt« nicht in Sicht

Hansaplatz und der Gebietsregierung in der Alten Pillauer Landstraße angeht, so könnten diese künftig als Büros oder Hotels genutzt werden. Beide Häuser stehen unter Denkmalschutz, sodass die Möglichkeit zu äußeren Veränderungen äußerst begrenzt ist.

Die Gebietsregierung plant, 85 Prozent des Hauses der Räte, das sich zurzeit in privater Hand befindet, für umgerechnet knapp vier Millionen Euro zu erwerben. Darüber hinaus will man aus dem laufenden Haushalt 522 000 Euro für das Haus der Räte lockermachen. Es wird erwartet, dass die Königsberger Gesellschaft für die Entwicklung des Gebiets, die von der Regionalregierung gegründet wurde, als Erwerber des Hauses auftreten wird.

Bereits im vergangenen Jahr hatte die Regierung des Königsberger Gebiets das Grundstück,



Haus der Räte: Das Relikt aus der Sowjetzeit soll nun mit Leben gefüllt werden

Bild: J.T.

auf dem sich das Haus der Räte befindet, übernommen. Darüber hinaus hat die Stadt Königsberg der Gebietsregierung ihren Eigenanteil am Haus der Räte übergeben. Damals sagte der ehemalige Bürgermeister Alexander Jaroschuk: „Es sollte nur einen Verwalter geben. Wenn es nur einen Verwalter gibt, werden diese oder jene Handlungen, die mit der Entwicklung des Geländes verbunden sind, effektiver durchgeführt. Ich

meine damit den Bau des ‚Herzens der Stadt‘. Schon jetzt ist klar, dass keine Bebauung im Sinne des Projekts ‚Herz der Stadt‘ sichtbar ist. Stattdessen wird es immer realistischer, dass der ursprüngliche Plan des Hauses der Räte als Ort für die Regierungsorgane und der Stadtverwaltung verwirklicht wird.“

Es sei an die Entstehungsgeschichte dieses „herausragenden“ Gebäudes erinnert. Nach dem Plan

der Architekten sollte das Haus der Räte 28 Etagen hoch sein, bestehend aus zwei hohen gleichschenkeligen Türmen, die durch geschlossene Übergänge miteinander verbunden sind. In dem Gebäude sollten das „Kaliningrader Gebietskomitee der Kommunistischen Partei der UdSSR“ und das regionale Gebietskomitee untergebracht werden, also Partei- und Regierungszentrale des Königsberger Gebiets.

Entworfen hatte das Rätehaus der russische Architekt Julian Schwarzbreim. Als Prototyp diente ihm das Gebäude des Nationalkongresses in der brasilianischen Hauptstadt. Die Werke von dessen Architekt Oscar Niemeyer zählten damals zu den fortschrittlichsten und architektonisch kühnsten weltweit.

Der Bau des Königsberger Symbols der Sowjetmacht begann im Jahr 1970. Da der Boden in diesem Teil der Stadt nicht fest genug für solch ein hohes Gebäude war, mussten besondere Maßnahmen für die Stabilisierung des Fundaments unternommen werden. Das Hochhaus steht auf 1148 Stelzen und zusätzlichen Sockeln von bis zu eineinhalb Metern Dicke. Es ist fast 72 Meter hoch. In den 1980er Jahren gab es Probleme mit der Finanzierung. Deshalb wurde entschieden, die Höhe auf 21 statt 28 Stockwerke zu begrenzen.

Anfang der 1990er Jahre, als das Gebäude zu 95 Prozent fertiggestellt war, wurden die Bauarbeiten eingestellt. Im Südturm, in den die Gebietsregierung einziehen sollte, war schon Parkett verlegt und die Wände tapeziert worden.

So ist es gut möglich, dass es Gouverneur Alichanow schließlich doch noch gelingt, die in sowjetischer Zeit erdachten Pläne zu verwirklichen und mit der Gebietsregierung in das Haus der Räte einzuziehen.

Jurij Tschernyschew

Herrliche Natur in Fotos

Aufnahmen aus Süd-Ostpreußen in Allenstein und Ellingen

Das ostpreußische Naturschönheit ist, ist ein offenes Geheimnis. Dass sie aber nicht nur tagsüber und im Sommer stimmungsvoll und interessant ist, beweisen zwei Fotoausstellungen im Naturkundemuseum in Allenstein und im Kulturzentrum Ostpreußen im Deutschordensschloss in Ellingen.

Bis zum 10. März stellt der Fotograf Andrzej Waszczuk im Naturkundemuseum in Allenstein (ul. Metalowa 8, 10-603 Olsztyn) einen großen Teil seines Zyklus '„Das nächtliche Leben der Reiher“ vor.

Reiher über Nacht in Schwärmen von bis zu einigen

Tausend Exemplaren; einer ihrer Rastplätze ist das Feuchtgebiet des südlichen Zaunsees bei Queetz in der Nähe von Guttstadt, wo Waszczuk sie fotografiert hat.

Die im Museum gezeigten Bilder sehen auf den ersten Blick aus, als seien sie bei Nebel und bei Dämmerung aufgenommen worden. Das sei, so Waszczuk bei der

Vernissage, ein Effekt, der durch die lange Belichtungszeit von zehn bis 15 Minuten zustande komme, wodurch der Widerschein der Lichter der umliegenden Orte erfasst werde. Auch weitere technische und organisatorische Schwierigkeiten bei der Aufnahme dieser Nachtbilder erläuterte



Alenstein: Besucher betrachten die Naturaufnahmen

Bild: U.H.

Aufnahmen beider Fotografen sind seit dem 9. Dezember und noch bis zum 22. April dieses Jahres im Rahmen der Sonderausstellung „Ermland und Masuren im Winter“ des Kulturzentrums Ostpreußen in seinem Sitz im Deutschordensschloss in Ellingen zu besichtigen. Gäste können hier Ostpreußen an Motiven erleben, die Touristen in der Regel unbekannt sind, da die Fotos außerhalb der üblichen Reisezeiten entstanden sind. Außerdem haben sie erstmals Gelegenheit, die Werke der beiden Künstler der Kamera gemeinsam in einer Ausstellung zu genießen.

Während sich der Fotokünstler seit Jahren vorrangig den Tieren widmet, hat sich Mieczyslaw Wieliczko der Landschaftsfotografie verschrieben. Seine Bilder er-

scheinen nicht nur als eigenständige Bildbände, sondern werden sehr häufig auch als Illustrationen für Bücher zu regionalen Themen verwendet. Es gibt keinen Fotografen, der die Weite der Landschaft und ihre Stimmung während der verschiedenen Jahreszeiten besser erfasst als Wieliczko. Winterliche

Aufnahmen beider Fotografen sind seit dem 9. Dezember und noch bis zum 22. April dieses Jahres im Rahmen der Sonderausstellung „Ermland und Masuren im Winter“ des Kulturzentrums Ostpreußen in seinem Sitz im Deutschordensschloss in Ellingen zu besichtigen. Gäste können hier Ostpreußen an Motiven erleben, die Touristen in der Regel unbekannt sind, da die Fotos außerhalb der üblichen Reisezeiten entstanden sind. Außerdem haben sie erstmals Gelegenheit, die Werke der beiden Künstler der Kamera gemeinsam in einer Ausstellung zu genießen. Uwe Hahnkamp

DSD-Prüfung in Allenstein

Zwei Gymnasien bieten deutsches Sprachdiplom an

Seit über zehn Jahren wird in zwei Allensteiner Gymnasien eine Prüfung zum Erwerb des Deutschen Sprachdiploms (DSD) abgelegt. Das DSD ist eine staatliche Prüfung der deutschen Kultusministerkonferenz, die in enger Zusammenarbeit mit der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen erarbeitet, und zum Nachweis deutscher Sprachkenntnisse auf den Kompetenzstufen B2 und C1 laut der gemeinsamen europäischen Referenzrahmen durchgeführt wird. Die Prüfungskandidaten müssen ein breites Spektrum längerer geschriebener Texte sowie Audioaufnahmen verstehen können. Außerdem sollen ihre Sprachfertigkeiten so gut sein, dass die Prüflinge sich fließend über verschiedene komplexe Themen äußern und eine längere Erörterung schreiben können.

Das DSD-Examen wird im Ausland an öffentlichen Bildungsstätten abgenommen, die von der deutschen Seite eine Anerkennung als DSD-Schule erhielten. Diese Zulassung bekommen Schulen zuerkannt, die mehrstündigen Deutschunterricht auf fortgeschrittenem Sprachniveau nachweisen können. Eine individuelle Vorbereitung in Form des Privatunterrichts berechtigt nicht zum Ablegen der Prüfung.

Jedes Jahr legen Schüler des 2. Galczynski-Lyzeums und des 3.



Voll konzentriert: Schüler während der DSD-Prüfung

Bild: D.K.

Kopernikus-Lyzeums in Allenstein die Prüfung mit positiven Ergebnissen ab.

Ende November mussten über 40 Prüflinge das Thema der digitalen Selbstvermessung erörtern, also erörtern, ob es sinnvoll ist, in seinem Alltag Fitnessarmbänder und Gesundheits-Apps für das Smartphone oder verschiedene Körpersensoren zu nutzen. Außerdem bekamen sie komplexe Aufgaben zum Lese- und Hörverstehen. Die genannten Gymnasien sind zwei von zirka 40 polnischen Oberschulen und die einzigen im südlichen Ostpreußen, an denen die Vorbereitung auf das Deutsche Sprachdiplom in den Deutschunterricht einbezogen ist.

Weltweit wird das Examen jährlich von etwa 65 000 Kandidaten in beinahe 65 Ländern abgelegt. Das ist nicht nur der Arbeit der Deutschlehrer zu verdanken, die

ihre Schüler zum Lernen anstacheln, sondern immer öfter nehmen die Jugendlichen selbst die Chancen wahr, die ihnen das Sprachzertifikat in Aussicht stellt. Einer der großen Vorteile ist die Möglichkeit zur Aufnahme eines Studiums in Deutschland, ohne zusätzliche interne Sprachprüfungen ablegen zu müssen. Von der bestandenen DSD-Prüfung können auch die Schüler Gebrauch machen, die während ihres Studiums ein Auslandssemester an einer deutschen Universität einplanen. Die polnischen Schulabsolventen, die sich nach ihrem Abitur dafür entscheiden, in ihrem Heimatland zu bleiben, haben auch ein starkes Argument zur Hand, das heute besonders auf dem Arbeitsmarkt nützt, da immer mehr polnische Firmen mit deutschen Unternehmen zusammenarbeiten.

Dawid Kazanski

Wir gratulieren ...

ZUM 103. GEBURTSTAG

Warda, Erna, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 9. Januar

ZUM 100. GEBURTSTAG

Granholm, Adolf, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 47, am 10. Januar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Bauer, Gertrud, geb. **Kupiczewski**, aus Lyck, von-Mackensen-Straße 2, am 7. Januar
Schenkewitz, Lotte, geb. **Kowalewski**, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am 10. Januar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Borowy, Gertrud, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 6. Januar
Dröse, Emma, geb. **Eichert**, aus Täuern, Kreis Ebenrode, am 7. Januar
Eckstein, Hildegard, geb. **Jopp**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 9. Januar
Gonska, Horst, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 10. Januar
Plath, Anni, geb. **König**, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 5. Januar
Rogowski, Erna, geb. **Joswig**, aus Ehrenwalde, Kreis Lyck, am 7. Januar
Wiegmann, Hildegard, geb. **Szesny**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 4. Januar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Dürr, Christel, geb. **Heinrich**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 1. Januar
Hedrich, Margarete, geb. **Lutz**, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 4. Januar
Höppner, Ilse, geb. **Tobleck**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 6. Januar

Kugge, Gertrud, geb. **Scharnowski**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 7. Januar
Salecker, Kurt, aus Ebenrode, am 7. Januar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Breitbarth, Eva, geb. **Jung**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 3. Januar
Gerhardi, Traute, geb. **Bröker**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 10. Januar
Schneider, Johanna, geb. **Ullrich**, aus Wehlau, am 6. Januar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Gründler, Edith, geb. **Scherello**, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 5. Januar
Malunat, Hannelore, aus Groß Engellau, Kreis Wehlau, am 8. Januar
Schimanski, Herbert, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 5. Januar
Schmidt, Heinz, aus Schönhöfen, Kreis Treuburg, am 6. Januar
Tulowitzki, Waltraut, geb. **Radeck**, aus Grimmendorf, Kreis Neidenburg, am 9. Januar
Weber, Otto, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 9. Januar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Czarnetzki, Ewald, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, am 4. Januar
Dolassek, Helga, geb. **Hendriog**, aus Lötzen, am 3. Januar
Hinz, Dora, geb. **Hebmüller**, aus Sandau, Kreis Ebenrode, am 4. Januar
Klimach, Ulrich, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 7. Januar
Klotz, Elisabeth, geb. **Schimanowski**, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 6. Januar

Rosenberger, Helene, geb. **Dietz**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 10. Januar
Suttka, Hildegard, geb. **Klask**, aus Waplitz, Kreis Ortelsburg, am 10. Januar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bednarski, Irmgard, aus Neidenburg, am 6. Januar
Cordes, Martha, geb. **Klecz**, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 7. Januar
Dubberstein, Hildegard, geb. **Schetzko**, aus Deumenrode, Kreis Lyck, am 4. Januar
Hermenau, Alfred, aus Königsberg, Sedanstraße, am 10. Januar
Leferink, Herta, geb. **Mann**, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 5. Januar
Orlowski, Helmut, aus Langsee, Kreis Lyck, am 8. Januar
Rottmann, Liesbeth, geb. **Wolff**, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 5. Januar
Rudat, Gertrud, geb. **Schumann**, aus Andersgrund, Kreis Ebenrode, am 9. Januar
Schrack, Elisabeth, geb. **Bahlo**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 9. Januar
Weitkunat, Hedwig, geb. **Berger**, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 5. Januar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Friedrich, Ingrid, geb. **Rippke**, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am 9. Januar
Gothan, Eva-Charlotte, geb. **Matheuszik**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 5. Januar
Gresch, Wilhelm, aus Neidenburg, am 10. Januar
Kaden, Erika, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 8. Januar
Kiel, Otto, aus Lyck, am 7. Januar
Krüger, Helmut, aus Gollen, Kreis Lyck, am 5. Januar

Neumann, Walter, aus Funken, Kreis Lötzen, am 5. Januar
Rundt, Hanne-Lore, geb. **Radzio**, aus Lyck, Danziger Straße 31, am 8. Januar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bartholdt, Ruth, geb. **Wonitzki**, aus Ortelsburg, am 9. Januar
Christiansen, Kunigunde, geb. **Galda**, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 10. Januar
Czycholl, Friedrich, aus Friedrichsdorf, Kreis Ortelsburg, am 5. Januar
Fleischer, Ingeborg, geb. **Marr**, aus Neuendorf, Kreis Wehlau, am 8. Januar
Gedig, Elisabeth, geb. **Druglat**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 5. Januar
Godzieba, Erna, geb. **Bendel**, aus Klaussen, Kreis Lyck, am 4. Januar
Gruher, Hildegard, geb. **Balze-reit**, aus Gauleuden, Kreis Wehlau, am 6. Januar
Hüttmann, Christel, geb. **Malso**, aus Frauenfließ, Kreis Lyck, am 9. Januar
Kossak, Paul, aus Giersfelde, Kreis Lyck, am 7. Januar
Kukielka, Friedrich, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 10. Januar
Malkus, Siegfried Gerhard, aus Lehmanen, Kreis Ortelsburg, am 4. Januar
Merzenich, Gretel, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 9. Januar
Petersen, Irmgard, geb. **Joswig**, aus Lyck, am 7. Januar
Piasta, Eva, aus Keipern, Kreis Lyck, am 6. Januar
Pock, Ruth, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, am 8. Januar
Wascheszio, Werner, aus Prostken, Kreis Lyck, am 4. Januar
Witt, Helmut, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 7. Januar

Wüstholtz, Christel, geb. **Balze-reit**, aus Gauleuden, Kreis Wehlau, am 6. Januar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Adaszewski, Elfriede, geb. **Wierczoch**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 10. Januar
Burchard, Theodor, aus Disselberg, Kreis Ebenrode, am 6. Januar
Faessel, Ruth, geb. **Dombrowski**, aus Gingen, Kreis Lyck, am 5. Januar
Fellbrich, Rozalia, geb. **Nagy**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 5. Januar
Fleischer, Johannes, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 10. Januar
Gnass, Heinz, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 2. Januar
Hildebrandt, Carolina, geb. **Schneider**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 10. Januar
Kaden, Ilse, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 7. Januar
Kostropitsch, Waltraut, geb. **Czapla**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 10. Januar
Meyhak, Hedwig, geb. **Leitzbach**, aus Leegen, Kreis Ebenrode, am 5. Januar

Anzeige

Sonderzugreisen nach
 Masuren - Königsberg - Danzig
 Tel.: 07154/131830 www.dnv-tours.de

Ostrowski, Edith, geb. **Dorka**, aus Neuwiesen, Kreis Ortelsburg, am 8. Januar
Piotrowski, Alice, geb. **Kayka**, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 4. Januar
Quassowsky, Georg, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, am 8. Januar
Rosinski-Wellige, Irmgard, geb. **Blaudzun**, aus Matten, Kreis Ebenrode, am 1. Januar
Rothe, Dr. Wolfgang, Kreis Ebenrode, am 7. Januar
Strübing, Günther, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, am 8. Januar
Szurbries, Wilfried, aus Lyck, am 8. Januar
Thiede, Hans-Günther, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 9. Januar
Warnat, Christel, aus Lyck, am 8. Januar
Weisenberg, Edith, geb. **Guzewski**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 7. Januar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Andreas, Edeltraud, aus Moschen, Kreis Treuburg, am 4. Januar
Fraund, Christel, geb. **Schönfeld**, aus Kallenau, Kreis Ortelsburg, am 6. Januar
Freitag, Erika-Eva, geb. **Kehler**, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 10. Januar
Gintaut, Ingrid, geb. **Schwillo**, aus Groß Grablick, Kreis Lötzen, am 5. Januar
Hensel, Helene, geb. **Engelhardt**, aus Parnehen, Kreis Wehlau, am 7. Januar
Kuhnert, Prof. Dr. Reinhard, aus Wehlau, am 6. Januar
Liebscher, Gerdy, geb. **Schenke-witz**, aus Maschen, Kreis Lyck, am 8. Januar
Masanek, Renate, geb. **Kapteina**, aus Ortelsburg, am 5. Januar
Matten, Elfriede, geb. **Meutsch**, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 5. Januar
Neukamm, Dieter, aus Hohen-salzburg, Kreis Tilsit-Ragnit, am 8. Januar
Pasztva, Brigitta, geb. **Plikat**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 9. Januar
Rehagel, Dietmar, aus Pregels-walde, Kreis Wehlau, am 5. Januar
Reuter, Eva, geb. **Arndt**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 4. Januar
Schiener, Irmgard, geb. **von Einsiedel**, aus Wehlau, am 9. Januar
Symanzik, Erwin, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 9. Januar
Tollkühn, Irmgard, geb. **Moddelkau**, aus Neidenburg, am 9. Januar
Unrau, Wilfried, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 6. Januar
Walz, Christel, geb. **Poppek**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 4. Januar
Willumat, Alfred, aus Keppen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 7. Januar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Dudda, Ulrich, aus Wehlau, am 10. Januar
Kleint, Karin, geb. **Kallweit**, aus Ebenrode, am 2. Januar
Maurischat, Günter, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 5. Januar
Vieten, Elsbeth, geb. **Pietrzenuk**, aus Dullen, Kreis Treuburg, am 6. Januar

Zusendungen für Ausgabe 3

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der PAZ-Ausgabe 3/2019 (Erstverkaufstag: 18. Januar) bis spätestens Mittwoch, 9. Januar an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimarbeit« abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen!

TERMINE DER LO

2019

- 16. bis 17. März: Arbeitstagung (AT) der Kreisvertreter in Helmstedt
- 13. bis 14. April: AT Deutsche Vereine in Sensburg
- 12. bis 14. April: Kulturseminar in Helmstedt
- 11. Mai: Jahrestreffen der LO in Wolfsburg
- 15. Juni: Sommerfest des VdGEM in Heilsberg
- 21. bis 23. Juni: 7. Sommerolympiade in Osterode (Ostpreußen)
- 20. bis 22. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
- 7. bis 13. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
- 19. bis 20. Oktober: 12. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
- 1. November: AT der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
- 2. bis 3. November: Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal (geschlossener Teilnehmerkreis)
- 9. bis 12. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Sonnabend, 11. Mai 2019
 10 - 17 Uhr CongressPark Wolfsburg
 www.ostpreussen.de

Jahrestreffen



der Landsmannschaft Ostpreußen

Festveranstaltung mit Ansprache des Sprechers,
 Fahneneinmarsch, Kulturprogramm u.v.m.

CongressPark Wolfsburg
 Heinrich-Heine-Straße, 38440 Wolfsburg
 (Zufahrt über die Straße Klieverhagen)

Bitte beachten: Die Eintrittskarten zum Preis von 10€ (bei Versand 1€ zusätzlich) sind im Vorverkauf und an der Tageskasse erhältlich. Sichern Sie sich jetzt Ihre Karte im Vorverkauf. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: 040-41 40080, selke@ostpreussen.de. Eintritt nur mit gültiger Karte.

Dittchenbühne

Elmshorn - Die Dittchenbühne hat ein buntes Programm für das neue Jahr zusammengestellt. Hier nun eine Programmübersicht bis Februar.
 Der Singkreis Dittchen-Lerchen trifft sich jeweils Mittwoch um 16 Uhr. - Sonnabend, 5. Januar: Russische Weihnacht. - Sonnabend, 12. Januar: Gänseverspielen. - Donnerstag, 17. Januar, 19 Uhr: Finnischer Abend. - Wochenende, 23. und 24. Januar, sowie Wochenende 20. und 21. Februar: Frühjahrschule. - Sonnabend, 2. Februar, 13.30 Uhr und 16 Uhr, Sonntag, 3. Februar, 14 Uhr: „Alice im

Wunderland“. - Donnerstag, 7. Februar, 15 Uhr: Ostpreußische Mundart. Mittwoch, 13. Februar, 19 Uhr: Traditionen und Bräuche der Nordfriesen. Sonntag, 17. Februar, 10 Uhr: Wendepunkt e.V. Blues Frühschoppen. - Sonnabend, 23. Februar, 19 Uhr: Premierenvorstellung, Sonntag, 16 Uhr: „Was Ihr wollt“. - Mittwoch, 27. Februar, 9 bis 15 Uhr: Frau und Beruf. - Donnerstag, 28. Februar, 15 Uhr: Filmclub.

Forum Baltikum - Dittchenbühne, Hermann-Sudermann-Allee 50 - 25335 Elmshorn

Frischer Wind: Das Ensemble an der Windenburger Ecke

Bild: privat



AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Heimatpolitische Tagung

Wir erleben gerade eine spannende politische Zeit und wollen zu unserer zur Tradition gewordenen heimatpolitischen Tagung einladen. Der große Erfolg unserer Tagungen in den vergangenen Jahren und das rege Interesse der Teilnehmer haben dafür die Maßstäbe gesetzt. Der Landkreis Rotenburg (Wümme) als Patenschaftsträger und die Kreisgemeinschaft Angerburg laden alle an der Geschichte und Kultur Ostpreußens Interessierte zu dieser Tagung sehr herzlich ein. Die Tagung findet am Wochenende 16. und 17. Februar in 27356 Rotenburg (Wümme), Gerberstraße 16 (Theodor-Heuss-Schule) statt. Es konnten wieder kompetente Referenten gewonnen werden.

Für Besucher der Tagung ist die Mensa der Theodor-Heuss-Schule bereits ab 14 Uhr geöffnet und es wird Kaffee, Tee und Kuchen angeboten. Nach der Begrüßung der Tagungsteilnehmer um 15 Uhr wird Christopher Spatz, Bremen, die Tagung mit seinem Vortrag „Wolfskinder“ einleiten. Nach einer kurzen Pause wird Direktor Wolfgang Freyberg, Ellingen, das Thema „Neue Nachbarn – Deutsche und Polen in Ermland und Masurien nach 1945“ behandeln. Im Anschluss an die Vorträge besteht jeweils Gelegenheit für Fragen an die Referenten und für eigene Einschätzungen. Mit einem gemeinsamen Abendessen (Elchbraten) gegen 19 Uhr und anregenden Gesprächen mit interessanten Gästen lassen wir den Tag ausklingen. Am folgenden Tag, Sonntag, 17. Februar,

10 Uhr, wird die Tagung in der Theodor-Heuss-Schule fortgesetzt. Wolfgang Brandes, Fallingb., wird uns die wahre Geschichte des Hauptmanns von Köpenick schildern. Gegen 12 Uhr wird die Tagung mit dem Gesang des Ostpreußenliedes „Land der dunklen Wälder“ beendet sein.

Aus organisatorischen Gründen bitten wir um verbindliche Anmeldung, auch für das Elchbratenessen zum Preis von 27 Euro pro Person einschließlich Dessert und Mitteilung von Übernachtungswünschen bis zum 9. Februar (Posteingang) an Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22355 Hamburg. Ein Tagungsbeitrag wird nicht erhoben. Eine schriftliche Anmeldebestätigung wird nicht erteilt.

Kurt-Werner Sadowski



EBERRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Zuwendungen

Seit einigen Jahren besucht unser Vorstandsmitglied Elsbeth König gelegentlich ihrer Hilfslieferungen ins nördliche Ostpreußen den Verein von Wolfskindern „Edelweiß“ in Tauroggen. Da diese Fahrten von der Kreisgemeinschaft getragen werden, kommen alle Spenden, auch die, die über die Bruderhilfe der LO und von der Berliner Gruppe um Frau Niedrig gesammelt werden, ohne Abzüge den betroffenen Personen zugute. Das haben sie nach der diesjährigen Aktion auch in einem Dankschreiben dokumentiert, das wir hier aus gegebenem Anlass veröffentlichen. Wir danken allen Spendern und werden auch in Zukunft diesem vom Schicksal so hart getroffenen Personenkreis unser Mitgefühl und unsere Zuwendung erhalten.

Gerhard Kuebart



Eingescannt: Dankschreiben der Gruppe Edelweiß

Bild: privat



HEILIGENBEIL

Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 84224, E-Mail: schmidt.ploessen@gmx.de, Erster Stellvertretender Kreisvertreter: Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon: (05132) 57052, E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Zweite Stellvertretende Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, E-Mail: reyvio@web.de. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

75 Jahre Bernd Schmidt

Bernd Schmidt, Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil e. V., durfte am 19. Dezember seinen 75. Geburtstag begehen.

Als jüngstes Kind von Erich Schmidt und seiner Ehefrau Frieda, geb. Pick, wurde Bernd Schmidt im Jahr 1943 in Königsberg geboren. Die Familie lebte in Plössen, das zum Kirchspiel Zinten-Land gehört. Er war ein kleiner Junge von etwas mehr als

nem Jahr, als die Familie Anfang Februar 1945 vor der anrückenden Roten Armee Richtung Westen flüchtete.

Und obwohl er noch sehr klein war und deshalb keine persönlichen Erinnerungen an Ostpreußen hat, fühlte er sich seiner Heimat immer sehr verbunden. Die vielen Erzählungen seines Vaters führten ihm die verlorene Heimat immer wieder vor Augen.

Es war ihm sehr wichtig, die Verbindung zu Ostpreußen aufrecht zu erhalten. Aus diesem Grunde fährt er seit Beginn der 90er Jahre, seit dieses Gebiet im russischen Teil Ostpreußens wieder zugänglich ist, gemeinsam mit seiner Frau immer wieder dorthin.

Kreisvertreter ist Bernd Schmidt seit April 2018. Darüber hinaus ist er nach wie vor als Gemeindevertreter für Plössen (seit



Bernd Schmidt Bild: Rautenberg-Verlag

2005) und Klausitten (seit 2007) tätig.

2007 wurde er zum ersten Mal in den Kreistag gewählt als stellvertretender Kirchspielvertreter von Zinten-Land, von 2009 bis 2017 bekleidete er außerdem das Amt des zweiten stellvertretenden Kreisvertreters.

Für seine Verdienste für die Kreisgemeinschaft Heiligenbeil wurde er im Jahr 2017 mit der Silbernen Ehrennadel der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil geehrt.

Wir danken Bernd Schmidt für die von ihm geleistete Arbeit für die Kreisgemeinschaft.

Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil gratuliert ganz herzlich zum Geburtstag und wünscht für die Zukunft alles Gute, weiterhin viel Schaffenskraft, auch zum Wohle unserer Kreisgemeinschaft, vor allem aber viel Gesundheit, ohne die das alles nicht möglich ist.

Im Namen des Vorstandes: Brunhilde Schulz



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de. Stellvertreter: Frank Jork, Oberbörry 18, 31860 Emmerthal - Börry, Telefon (0171) 7086334.

Worte zum neuen Jahr

Nun ist das Jahr 2018 Geschichte. Für die Kreisgemeinschaft Neidenburg, hat es einige Veränderungen gebracht. Der Kreisvertreter, der Stellvertreter, der Schriftleiter und die Mitgliederdatenverwalterin sind alle neu. Alle haben ihre erste Feuertaufe überstanden. Sollte es hier und da mal ein wenig gehakt haben, üben Sie Nachsicht. Wir werden bemüht sein, uns stetig zu verbessern.

In Neidenburg hat der Verein der Deutschen Minderheit zwei Weihnachtsfeiern durchgeführt. Am 15. Dezember trafen sich 60 Personen zur Seniorenfeier, an der auch der Bürgermeister Jacek Kosmala, der Landrat Macin Palinski und Pfarrer Roland Zagora teilgenommen haben. Am 16. Dezember war dann die Weihnachtsfeier für den Nachwuchs. Hieran

nahmen 40 Kinder aus dem Kreis Neidenburg teil. Mit Basteln und Singen von deutschen Liedern verbrachten sie einen schönen Nachmittag. Höhepunkt war natürlich der Weihnachtsmann, der von David Reiss hervorragend dargestellt wurde. Alle Kinder bekamen eine Weihnachtstüte mit Geschenken.

Das neue Jahr 2019 werden wir mit viel Elan in Angriff nehmen. Das Heimattreffen wird am 1. September in Bochum stattfinden. Diesen Termin sollten Sie sich schon jetzt in den neuen Kalender eintragen.

Die Reise nach Ostpreußen zum 25-jährigen Jubiläum vom 24. Juni bis 1. Juli ist leider ausgebucht. Die Feier ist am 29. Juni und kann natürlich auch von weiteren Personen besucht werden. Beim Besorgen von Hotelzimmern können wir oder Sabine Wylengowski gerne behilflich sein.

Ich wünsche allen Mitgliedern und Freunden der Kreisgemeinschaft Neidenburg ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2019.

Ulrich Pokraka



TILSIT-STADT

Stadtvertreter: Erwin Feige, Am Karbel 52, 09116 Chemnitz, Telefon (0371) 3363748. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de

Rücktritt

Der ehemalige 2. Vorsitzende der Stadtgemeinschaft Siegfried Dannath-Grabs hat seinen Austritt aus dem Vorstand und die Niederlage seiner Ämter erklärt. Der Vorstand hat sein Ersuchen angenommen und sein Ausscheiden bestätigt. Für seine langjährige Arbeit wird ihm der Dank ausgesprochen.

Glückwunsch zur Diamantenen Hochzeit

Der 1. Vorsitzende Erwin Feige und seine Gattin Christine beginnen am 24. Dezember das Fest der Diamantenen Hochzeit. Der Vorstand entbot dem Jubelpaar die herzlichen Glückwünsche der Stadtvertretung.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Landesgruppe – Der neue „Preußen-Kurier“ ist da, unter Internet: www.low-bayern.de, über Mediathek und Publikationen. Auf 40 Seiten informieren die bayerischen Heimatnachrichten über Ruth Geede, neue Projekte des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen und die Landeskulturtagung im Deutschordensschloss, über Aktivitäten der Gruppe in Hof und vieles mehr.

Hof – Sonnabend, 12. Januar, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube, Marienstraße 88: Jahreshauptversammlung.

Landshut – Freitag, 4. Januar, Vilsersweg, Altfräuhofen: Neujahressen.



Titelseite der Weihnachtsausgabe
Bild: LG Bayern



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-blm.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

KREISGRUPPEN



Bartenstein – Anfragen für gemeinsame Treffen an Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Frauengruppe – Mittwoch, 9. Januar, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116-117, 10963 Berlin: Gedichte zum Jahreswechsel. Anfragen an Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Rastenburg – Sonntag, 13. Januar, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin. Anfragen an Martina Sonntag, Telefon (033232) 188826.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlweg 3, 64367 Mühlthal, Telefon (06151) 148788

Darmstadt/Dieburg – Zur vorweihnachtlichen Feier am Sonntag, dem 2. Dezember, trafen wir uns um ein paar besinnliche Stunden miteinander zu verbringen. An wunderschön, weihnachtlich geschmückten Tischen, dafür hat Gisela Keller mit ihrer besonderen Gabe, immer das passende zur richtigen Zeit einzusetzen, beigetragen, dass eine sehr schöne weihnachtliche Atmosphäre entstand.

Waltraud Barth leistete mit Tannenzweigen und Nüssen aus eigener Ernte ihren Beitrag. Auch war auf den Tischen für jeden ein kleines Weihnachtsgeschenk platziert.

Bei Kaffee und Kuchen, der aus der Backstube von Gisela Keller kam, konnten alle bis zur offiziellen Eröffnung noch ausgiebig plachtern.

Nach der Begrüßung durch Gerhard Schröder und Christian Keller konnte Herr Turowski sein geistliches Wort an die Anwesenden richten.

Im weiteren Verlauf wurden Weihnachtsgeschichten und Gedichte vorgetragen und Weihnachtslieder gesungen.

Der Gesang hörte sich auch ohne Instrumentalbegleitung gut an und vermittelte eine schöne vorweihnachtliche Stimmung.

Zum Abschluss der harmonischen Stunden wünschten sich alle noch eine schöne Adventszeit, frohe Weihnachten und einen guten Start in das Jahr 2019.

Unsere nächste Zusammenkunft findet am Sonnabend, 12. Januar, ab 14.30 Uhr wie gewohnt im Luise-Büchner-Haus in Darmstadt-Kranichstein statt. Das Thema dieses Tages steht noch nicht fest, aber wird noch mit der Einladung für das I. Quartal 2019 bekannt gegeben.

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 16

Anzeige

Heimatliche Qualitätswaren ab sofort wieder lieferbar
Geräucherte Gänsebrust mit Knochen
1000 g 19.99 €
KINSKY Fleischwaren GmbH
Rosenburger Weg 2 · 25821 Bredstedt
Tel. 0 46 71 - 91 38-0 · Fax 0 46 71 / 91 38-38

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung von Seite 15

19370 Parchim, Telefon (03871) 213545.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037.

Düsseldorf - Jeden Mittwoch, 18.30 bis 20 Uhr, GHH, Eichen-dorff-Saal: Chorproben mit Radostina Hristova.

Köln - Mittwoch, 10. Januar, 14 Uhr, im Café zum Königsforst: Treffen. Das Lokal findet man gegenüber der Endhaltestelle der KVB-Linie 9 Königsforst.

Münster - Die offene Frauen-gruppe der Ost- und Westpreußen Münster (Westf.) trifft sich jeden zweiten Dienstag im Monat um 15 Uhr unter der gemeinsamen Leitung von Sabine Steinkat und Irmgard Bludau im historischen Lambertzszimmer des Restaurants Stuhlmacher, Prinzpalmarkt 67, Münster.

Neuss - Jeden zweiten Mitt-woch im Monat, von 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Frauengruppe.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Ed-mund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Bad Schwartau - Donnerstag, 10. Januar, 17 Uhr, Elisabeth-Sel-berth-Schule: Fleckessen. Anmel-dung unter Telefon (04504) 3435.

Mit dem Fahrrad in Ostpreußen

Kurische Nehrung/westliches Samland - Von Mitte bis Ende Mai ging es mit dem Rad von Memel über die Kurische Nehrung und durch das westliche Samland.

Ein Reisebüro aus Würzburg hatte vorgebucht, die Visa, die Fähre von Kiel nach Memel und zurück.

Die Route verlief über Memel - Nidden - Cranz - Rauschen - Palmnicken - Pillau - Königsberg und über Cranz zurück nach Memel und betrug rund 400 Kilometer, verteilt auf zwölf Tage plus zwei Tage für die Fähre.

Es war eine erlebnisreiche Tour, die Litauer und Russen sind sehr freundlich. Deutsche Sprach-kenntnisse sind bei der Bevölke-rung im nördlichen Ostpreußen

ein wenig vorhanden, Englische Sprachkenntnisse nehmen zu, da-her ist Russisch (bei der Reise-gruppe rudimentär vorhanden) sehr nützlich.

Zu essen gab es viel Fisch, den Radlner hat alles gut geschmeckt. Der Tourismus befindet sich im Wachstum, das ist eine Erkenntnis aus den Reisen zuvor.

Unterwegs sieht man kein Graffiti, keine grölenden Gruppen, keine Asylanten, keine Bettler. Und die Bus- und Autofahrer nehmen trotz starken Verkehrs auf Exoten wie Radfahrer Rücksicht.

OL: Murer - Anatomie eines Prozesses

Lüneburg - Dienstag, 8. Januar, 19 Uhr, Programmkinos SCALA, Apothekenstraße 17, 21335 Lüneburg: Film von Christian Frosch (Luxemburg, Österreich 2018) in der Reihe „Nordöstliche Spuren im Kino“.

Franz Murer, angesehener Großbauer und Lokalpolitiker, war von 1941 bis 1943 in der Stadt Wilna [Vilnius] „für jüdische Angelegenheiten“ zustän-dig.

Murer war einer der Haupt-verantwortlichen für die brutale Ermordung der im Ghetto Wilna internierten Juden.

als „Schlächter von Wilna“ be-kannt gewordene Murer im Jahr 1962 vor Gericht. Überlebende des Holocaust reisten von weit her nach Graz, um gegen ihn auszusagen.

Vor dem Film wird Joachim Tauber, Direktor des Nordost-Instituts in Lüneburg, ein ausge-wiesener Kenner der Geschich-te des Holocaust in Litauen, kurz in die Thematik und den historischen Kontext einführen.

Veranstalter sind SCALA Pro-grammkinos, Nordost-Institut (IKGN) und das Kulturreferat am Ostpreußischen Landesmu-seum. Weitere Informationen unter Telefon (04131) 759950.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Parchim - An jedem dritten Donnerstag, 14.30 Uhr, Café Würfel, Scharnhorststraße 2: Treffen der Kreisgruppe.

Rinteln - Donnerstag, 10. Janu-ar, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln (Na-vi: Bäckerstraße 1 oder Kreuzstra-ße): Jahreshauptversammlung der Gruppe mit Vorstandsneuwahlen.

Anzeige

Reisen nach Ebenrode, Schloßberg, Gumbinnen, Königsberg, Heilsberg, Allenstein, Lyck, Sensburg Angebote unter www.scheer-reisen.de od. Gratisprospekt



Wiesbaden: Rund 90 Gäste kamen zur vorweihnachtlichen Feier

Word search grid with various clues in German. Includes a small 4x4 grid and a 10x10 grid. Clues include: griech.-römischer Gott, Süßigkeit, dt. Schriftsteller (Heinrich), Oberbekleidungsstück, unmitelbar, dt. Landschaft östlich der Elbe, Strafstoß beim Fußball (ugs.), Überbringer von Zahlungsmitteln, Schule mit Wohnheim, großes Gewässer, leimen, kleistern, Mediziner eines Fürsten, nicht durch zwei teilbar, frei von Unebenheiten; rutschig, Zufluchtsort (lat.), überall verbreitet, generell, Laubbaum mit weißer Rinde, Sammlung von Schriftstücken, bestimmter Artikel, Straßennutzungsgebühr, sich schämen (sich ...), Kurzwort für Jugendliche(r), nach Abzug der Kosten, Kfz-Zeichen Fulda, eine der Gezeiten, Trend; Neigung, Luft einziehen und ausstoßen, Geist, Witz (französisch), sandig oder humusartig, zum Gebrauch Berechtigter, Schweizer Hauptstadtbewohner, Weltorganisation (Abk.), Stimmzettelbehälter, elektronischer Speicherort, Qualität, Beschaffenheit, unbekleidet, Getreideart, Fischfanggerät, Wagenkolonne; Flüchtlingsszug, Unterarmknochen, Knapp, spärlich, Kfz-Zeichen Celle, Burg in der Eifel.

Sudoku puzzle with a 9x9 grid and a list of clues: Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel puzzle with a 6x6 grid and a list of clues: Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Blasinstrumente. 1 Stöpsel, Zapfen 2 Insel im Zürichsee 3 Stempel 4 Ichmensch 5 Vergeltung für Unrecht 6 Wandpapier

Kreiskette puzzle with a circular diagram and a list of clues: Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte den wirkungsvollsten Teil einer Darbietung. 1 Kanton der Schweiz, 2 Tornister, 3 Hautfalte, 4 Lärm, Menschengewühl, 5 Weinglas

Der Kulturwart der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Hof, Bernd Hüttner stellt regelmäßig berühmte Ostpreußen und deren Lebensgeschichte vor. Im November war dies Georg Steenke.

Steenke wurde am 30. Juni 1801 in Königsberg geboren. Er war Wasserbauingenieur und preußischer Baubeamter. Vor allem als Konstrukteur des Oberländischen Kanals ist er in Erinnerung geblieben.

Steenke entstammte einer Seemannsfamilie. Sein Großvater war Hafentotse in Königsberg. Sein Vater, der im Seehandel tätig war, ertrank im November 1818 bei der Rettungsaktion für ein englisches Segelschiff. Zunächst hatte Steenke auf Wunsch seiner Mutter begonnen, Rechtswissenschaften zu studieren. Nach dem Tod des Vaters musste er das Studium abbrechen, da die Kosten für das Studium zu hoch waren. Darum

absolvierte er stattdessen eine Zimmermannslehre in deren Anschluss er die Berliner Bauakademie besuchte, an der Steenke im Jahre 1822 die Prüfung zum Baukondukteur und weitere fünf Jahre später das Baumeister-Examen bestand. Einer seiner Lehrer war Karl Friedrich Schinkel, preußischer Baumeister, Architekt, Stadtplaner, Maler, Grafiker, Medailleur und Bühnenbildner.

Steenke leitete 1833 den Bau des Seckenburger Kanals in der Memelniederung. Hier konnte er sein Wissen und seine Erfahrung als Zimmermann bei den Holzkonstruktionen der Kammer-schleusen einbringen. 1836 wurde er in Elbing zum „Inspekteur der Deiche und Dämme“ ernannt.

Georg Jakob Steenke

Hofer Reihe »Berühmte Ostpreußen« über den Konstrukteur des Oberländischen Kanals



Die geneigte Ebene bei Canthen

Bild: Archiv

In dieser Funktion befasste er sich mit den Planungen zum Oberländischen Kanal, der zwischen 1844 und 1858 im Oberland unter seiner Leitung erbaut und am 31. August 1860 offiziell eingeweiht wurde. Diese direkte Verbindung von Osterode bis zum Frischen Haff und somit zur Ostsee verkürzte die Transportzeit für Holz aus den ostpreußischen Wäldern, das besonders im Schiffbau gefragt war, um mehrere Monate. Steenkes Konstruktion der geneigten Ebenen galt in Preußen als Pioniertat. Die Rollberge sind bis heute funktionsfähig und überbrücken einen Höhenunterschied von 99 Metern auf einer Strecke von 9,5 Kilometern.

Während der Bauarbeiten am Oberländischen Kanal baute Steenke für sich und seine Familie eine Villa in Zölz (Gemeinde Seegertswalde). In diesem Gutshaus, in dem er bis kurz vor seinem Tod lebte, bewahrte er mit Zustimmung der preußischen Behörden sämtliche Dokumente zum Bau des Oberländischen Kanals auf. Er starb am 22. April 1884 in Elbing.

Steenke wurde vielfach geehrt. Nachdem die UNESCO den Oberländischen Kanal als technisches Denkmal in das Weltkulturerbe aufgenommen hatte, stellte man bei Buchwalde einen Obelisk wieder auf, den dankbare Landwirte ihm gewidmet hatten. Die Inschrift lautet: „Dem Erbauer des Oberländischen Kanals und der geneigten Ebenen, dem königlichen Baurath Steenke, zum fünfzigjährigen Dienstjubiläum, dem 15. Juli 1872, in dauernder Anerkennung. Die dankbaren Landwirthe“.

Bernd Hüttner



Ein Passagierschiff rollt den Berg hoch: geneigte oder auch schiefe Ebene

Bild: Archiv



Spart viel Zeit beim Holztransport: Oberländischer Kanal bei Elbing

Bild: Archiv

Hermann Sudermann

Neue Broschüre zum 90. Todestag des Schriftstellers

Werner Schuka, dem Herausgeber der Broschüre „Hermann Sudermann – Erinnerung an einen ostpreußischen Dichter“, war es offensichtlich eine Herzensangelegenheit, zum 90. Todestag Sudermanns etwas Besonderes vorzulegen. So stellte er eine handliche, sehr gehaltvolle Schrift zusammen, in der drei Autoren das Leben und das Werk dieses zu seinen Lebzeiten sehr berühmten Ostpreußen beleuchten. Dabei entstand ein differenziertes Bild von der Persönlichkeit des Dichters, von den sozialen und politischen Hintergründen seiner Zeit und von einem Werk, das bei jeder Generation ein neues und anderes Interesse erweckt. Der Leser dieses Heftes kann somit die Entwicklung der Sudermann-Rezeption verfolgen.

Der erste Beitrag „Hermann Sudermann als Erzähler“ von 1918 von Theodor Kappstein wirkt heute euphorisch und teilweise unkritisch. Durchgehend fallen Lobesworte, die dem Sudermann-Freund wohl tun, den Forscher und Analytiker aber eher auf Distanz halten. Sudermann, „der tatenfrohe junge Mensch“, bewahre als berühmter Dichter „die lebendige Fühlung mit seinem Volk, dessen großen Angelegenheiten er dient“. Sudermann sei ein „bei aller Weltgewandtheit schlichter Mann“, „ein ritterlicher Mensch“, „ein Volksfreund“.

Während Sudermann selbst von seinem „krisenreichen Leben“ schreibt, spricht Kappstein von einem „fruchtbaren Leben“, „von Leiden nicht unangetastet“. Das Werk des Dichters charakterisiert er mit Formulierungen wie: „Stets bleibt er bedacht auf die schlagende, zugespitzte Sprache des

Epigrammatikers, die Sudermanns Bühnenwerke auch in Buchform zeitlos im Wert erhält als geistreiche Lektüre“, oder: „Sudermanns Wucht des Stils ist ein leidenschaftliches, gebändigtes Feuer“. Zu den „Litauischen Geschichten“ sagt er: „Der Erdgeruch dieser Meisternovellen ist würzig.“ Geschickt hat der Herausgeber dieses „Urteil aus dem Jahre 1918“, so der Untertitel von Kappsteins Beitrag, an den Anfang gesetzt. Der Leser wird positiv auf Sudermann eingestellt und wird die folgenden, sachlichen und kritischen Ausführungen interessiert aufnehmen.

Walter T. Rix lässt in seiner Überschrift „Hermann Sudermann – ein ostpreußischer Dichter zwischen Heimat und Welt“ bereits anklingen, dass er die Rolle Sudermanns in der Öffentlichkeit, in der „Welt“ bearbeiten will.

Rix spricht Sudermanns Kindheit und Jugend nur kurz an, um dann sein literarisches Schaffen und seine große Karriere besonders als Dramatiker mit den politischen Gegebenheiten in Verbindung zu bringen. So bekommt

der Leser zusätzlichen Geschichtsunterricht, und es ergeben sich neue Aspekte der Sudermann-Forschung und der Interpretation. Ein Kapitel heißt sogar „Der politische Sudermann“. Rix weist in den bekannten Dramen „Die Ehre“ und „Heimat“ und in den Romanen „Katzensteg“ und „Frau Sorge“ konkrete politische Botschaften nach. Auch an der Kampagne gegen Sudermann, angeführt von Alfred Kerr, zeigt er

politische Hintergründe auf. Die ostpreußische Heimat, das Memelland, wird für Sudermann nicht nur zum Schauplatz seiner meisterhaften „Litauischen Geschichten“. Nach einem schweren Zusammenbruch

1916 „suchte er ganz bewusst in der Heimat Zuflucht“, wie Rix schreibt.

Bärbel Beutner interessiert sich mehr für die Persönlichkeit des Dichters, für seine Kindheit und Jugend und für seinen Werdegang aus einem bescheidenen Elternhaus zum gefeierten Dichter. Beutner hielt am 21. November 2018, am 90. Todestag Sudermanns, einen Vortrag im Gerhart-

Hauptmann-Haus in Düsseldorf mit dem Titel: „Ein einst berühmter Dichter aus Ostpreußen“. Der Vortrag sollte aktuell die Broschüre abrunden.

„Ruhm“ wird zur Leitfrage. Wie berühmt war Sudermann? Wie bekannt ist er heute noch? Die Sudermann-Rezeption ist seltsam zwiespältig. Dem gefühlten Eindruck, Sudermann kenne heute keiner mehr, stellen Beutner und Rix das internationale Interesse der Literaturwissenschaft an Sudermann entgegen.

Walter T. Rix belegt die Neuaufgaben seiner Werke mit Auflagenhöhe und Verkaufserfolg, und Bärbel Beutner sieht Sudermann als Brücke zwischen den früheren und heutigen Bewohnern seiner Heimat.

Der Herausgeber Schuka fügt der Broschüre einen detaillierten Lebensabriss Sudermanns bei, in fünf Abschnitte eingeteilt. Was für eine große Hilfe, wenn man schnell mal Daten braucht! Die Weihnachtsgeschichte „Fröhliche Leut“ macht die Broschüre zu einer passenden Gabe zu jedem Fest, und ein „Bonbon“ ist das Leeseichen von der Firma Olleschau mit einem Porträt Sudermanns auf der Vorderseite und einem kurzen Lebensabriss auf der Rückseite.

Brigitte Jacobi



Die Broschüre hat einen Umfang von 60 Seiten und ist ab sofort in zwei Versionen erhältlich: ohne Multimedia-DVD 5 Euro, mit Multimedia-DVD 10 Euro. Bestelladresse: Werner Schuka, Alte Poststraße 37, 32429 Minden, E-Mail: Buch@Werner-Schuka.de. Informationen auch im Netz unter www.ODFinfo.de/Hermann-Sudermann/



Hermann Sudermann
Erinnerung an einen ostpreußischen Dichter
mit Beiträgen von
Bärbel Beutner und Walter T. Rix



Herausgegeben im Selbstverlag von Werner Schuka
aus Anlass des 90. Todestages von Hermann Sudermann

Erhard Sommerey

aus Duneiken/Treuburg
geb. 31. 10. 1928 gest. 7. 1. 2009

Es war eine wunderschöne Zeit mit Dir.

**Danke.
Deine Ingrid**

Habichtstraße 6d · 13505 Berlin · Telefon 030 / 431 69 01

Und die Meere rauschen
den Choral der Zeit.
Elche stehen und lauschen
in die Ewigkeit.

Gerhard Behr

* 7. 7. 1931 † 17. 12. 2018



In Liebe
**Deine Regina
Deine Angehörigen
und alle, die Dich gern haben**

25899 Niebüll, Schützenring 58

Wir haben am Freitag, dem 28. Dezember 2018, um 14.00 Uhr in der Apostelkirche zu Deezbüll Abschied genommen.

Wer seiner gedenken möchte, den bitten wir, statt freundlich zugedachter Kränze und Blumen, um eine Spende zugunsten des „Wilhelminen Hospiz“ in Niebüll auf das Konto bei der VR Bank Nord eG, IBAN: DE88 2176 3542 0007 6088 88. Trauerfall Gerhard Behr.

Ein Spiel mit den Schreckgespenstern

Der ostpreußische Schimmelreiterzug sollte das Böse bannen

Ostpreußen kennen viele Bräuche. Einer ist der Schimmelreiter mit seinem ver mummt Gefolge, der zwischen Weihnachten und dem Drei-Königs-Tag in die Häuser kommt und damit für viel hochwünschte Aufregung sorgt. Beschrieben ist der Brauch in dem von der Landsmannschaft Ostpreußen herausgegebenen Heft „Zeit der Hoffnung – Zeit der Freude. Ein Weihnachtsheft“. Erhard Riemann ist der Autor des Textes „Der Schimmelreiter und sein ver mummt Gefolge“, der hier in Auszügen abgedruckt steht:

In unserer ostpreußischen Heimat war noch bis in die jüngste Vergangenheit viel uraltes Brauchtum lebendig, das in den anderen deutschen Landschaften unbekannt oder längst ausgestorben war. Besonders in den Zwölferten in der Zeit zwischen Weihnachten und Heiligen Drei Könige hatten sich Volksglauben und Brauchtum reich entfaltet. In diesen Nächten, so glaubten unsere Vorfahren in alter Zeit, zieht die „Wilde Jagd“ mit Peitschenknall und Hundegebell durch die Lüfte. Auch sonst war es unheimlich in diesen Nächten, in denen sich der Mensch von bösen Geistern bedroht sah und sich auf alle mögliche Art vor ihnen zu schützen suchte. „In de Twelfte rammele de Wilw“ (= Wölfe), sagte man und dachte dabei wohl an böse Urweltkräfte, die den Menschen und seinen Besitz um diese Zeit mehr als sonst umdrohen.

In einem Umzug ver mummt Gestalten waren alle diese dunklen Vorstellungen Gestalt geworden, und sie waren zugleich gebannt, indem man sie darstellte: in dem Schimmelreiterzug, diesem für Ostpreußen besonders charakteristischen Brauch. In der Weihnachtszeit erwartete man immer schon mit großer Spannung das Erscheinen der „Hell Kriste“, wie man diesen Umzug in weiten Gebieten Ostpreußens nannte. Wenn es am Silvester- oder Neujahrsabend dunkel geworden und das Vieh in den Ställen abgefüttert war, hörte man plötzlich von draußen her laute Stimmen und Männertritte, Peitschenknallen und das Klingeln von Schlittenglocken. Die Haustür wurde aufgerissen,

und der Anführer mit Peitsche und Klinger in der Hand, mit einer rohen, selbstgemachten Larve vor dem Gesicht und einer beliebigen Verkleidung erschien und bat um Einlass für sein Gefolge: „Ist es erlaubt, mit dem Schimmel

zernen Gaffel hergestellt war. Der Schimmelreiter, der also mit seiner oberen Körperhälfte aus dem Schimmel herausragte, trug einen breitrandigen Filzhut oder eine spitze Papiermütze, ein weißes Hemd oder auch eine alte Solda-

rollte. Auch der Storch war gefürchtet. Ein Mann hatte sich ein weißes Laken umgehängt und ließ vorne einen auf einer Stange befestigten Storchkopf herausstrecken, in dessen Schnabelspitze manchmal eine Stopfnadel ge-

ten des Umzugs gab es noch eine Fülle weiterer Nebenfiguren, die in den einzelnen Gegenden wechselten. Da war zum Beispiel der Schornsteinfeger, der Ruß und Asche aus Herd und Ofen holte und in die Stube streute, das Pra-

ein Dromedar, Affen, ein Wolf, Blechmänner, Clowns und sogar der Tod mit der Sense auf. Im Ermland kam in jüngerer Zeit oft auch ein Weihnachtsmann mit, was früher nicht üblich war.

Wenn die lärmende Schar mit Esswaren, Schnaps und Geld belohnt war, zog sie weiter, um die Nachbarn im nächsten Haus zu erschrecken. Aber einen Ort gab es doch, vor dem auch die rauen Männer des Schimmelreiterzugs sich fürchteten: das war die Gemarkungsgrenze. Man glaubte nämlich fest daran, dass der Schimmel nicht verschickt (das heißt in Verkleidung) über die Grenze gehen dürfe, sonst geschehe ihm etwas Böses. Im evangelischen Gebiet sagte man: „An der Grenze begegnet er dem anderen Schimmel, dem anderen Schimmel ohne Kopf, dem richtigen Schimmel. Im katholischen Ermland glaubte man, dass an der Grenze der Teufel komme und ihn mitnehme oder ihm das Genick umdrehe. In der Heilsberger Gegend hieß es: „sonst hebt der Teufel den Schimmelreiter in die Lüfte.“ Der Bär sollte sich zu Tode kullern, wenn er über die Grenze ginge, oder ihm sollte das Bärenfell anwachsen.

Diese volkstümlichen Vorstellungen hatten ihren Niederschlag in vielen Sagen gefunden. Einmal vor vielen Jahren – so erzählte man – begegnete der Schimmelreiter an der Grenze zwischen Wangnick und Mockelheim (Kreis Rastenburg) einem Reiter auf einem Schimmel. Die Männer blieben wie angewurzelt stehen und konnten sich vor Furcht nicht rühren. In dem hellen Mondschein sahen sie, wie der fremde Reiter auf ihren Schimmel zuritt und wie sie beide miteinander kämpften. Zuletzt war der fremde Reiter plötzlich verschwunden, und sie konnten sich wieder rühren. Ihr Kamerad aber lag tot auf der Erde, ihm hatte der richtige Schimmelreiter das Genick gebrochen.

Dieses und weitere Arbeitshefte stellt die Landsmannschaft Ostpreußen in ihrer Mediathek zur kostenlosen Lektüre zur Verfügung unter Internet: www.ostpreussen.dee/lo/mediathek



Schimmelreiter, Bär und Storch: buntes Treiben in einer Zeichnung von Erich Behrendt

Bild: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

einzutreten?“ Wenn das gewährt war – und wer hätte eine solche Bitte abschlagen können – dann ergoss sich eine wilde Schar lärmender, bunt verkleideter Gestalten in die Stube und führte einen wahren Hexentanz auf.

Die wichtigste Gestalt war der Schimmelreiter. Ein Mann hatte sich vorne und hinten je ein großes Sieb vorgebunden und beide mit einem weißen Laken behängt. Am vorderen Sieb war ein selbstgemachter Schimmelkopf befestigt, der aus einem bewickelten Kratzenhalter oder aus einer höl-

tenuniform. Der Schimmel, der häufig noch von einem besonderen Schimmelführer an einem Strick oder Sielen geführt wurde, musste in der Stube alle möglichen Kunststücke vorführen und über Tisch und Bänke springen.

Neben dem Schimmel war die wichtigste Gestalt des Zuges der Bär. Er war meistens ganz in Erbsenstroh gewickelt und wurde von einem Bärenführer an der Kette geführt. Besonders die Mädchen hatten Angst vor ihm, weil er sie zu packen versuchte und sich dann mit ihnen auf der Erde

steckt war. Der Storch stöberte mit seinem Schnabel alles durch, schnappte und hackte mit seinem Schnabel oder biss die Mädchen ins Bein.

Der Ziegenbock war die einzige Gestalt, die sich vom Schimmelreiterumzug lösen und in der Silvesternacht einzeln als Neujahrsbock von Haus zu Haus gehen konnte. Auch hier trug ein Mann, der mit Laken behängt war, auf einer Stange einen selbstgemachten Ziegenkopf aus einer hölzernen Gaffel oder sogar mit echten Hörnern. Neben diesen Hauptgestal-

cherweib, das in einem Korb die Gaben einsammelte, eine Frau, die ein Kind auf dem Rücken trug und mit einer Federpose im Mund sein Weinen nachahmte, der Jud und die Judsche, die Waren, zum Beispiel Hobelspäne oder Papierstreifen als Fittelband verkauften, die Zigeunersche (oder Zigoansche) und im mittleren Ermland das Wurschtweib, der Paarchemann und der Flickertomsk. Vereinzelt traten auch der Zigeuner, der Prachermann (oder Wengtiner), der Kickert (oder Kieker), der Steife Mann,

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Batu und Ivan sind die großen Stars

Im geteilten Görlitz vermischt sich Sternengesang und Drei-Königs-Tradition

Während in Deutschland Sternsinger durch die Lande ziehen und Geld für einen guten Zweck sammeln, werden am 6. Januar polenweit Dreikönigsumzüge organisiert. In der Europastadt Görlitz verbinden sich beide Traditionen. So zieht der Dreikönigsumzug über die Altstadtbrücke in den deutschen Teil, wo auf dem Untermarkt die Sternsinger den Segen

ins Rathaus bringen. Ein Krippenspiel und das Singen deutscher und polnischer Weihnachtslieder runden das Fest ab.

Die Vorbereitungen auf das gemeinsame Feiern des Dreikönigfestes beginnen jedoch schon viel früher. Im Görlitzer Tierpark werden die Trampeltiere Batu und Ivan auf den Tag der Heiligen Drei Könige eingestimmt. Die Zweihöckerkamele laufen nämlich im

Dreikönigsumzug mit. Während Ivan mit dem Prozedere bereits vertraut ist, wird der Umzug 2019 für Batu eine Premiere. Es muss geübt werden, denn die Trampeltiere müssen schnellen Schritts durch die Menschenmassen mit einer Wollecke mit dem Tierpark-Logo schreiten. Batu darf vor Weihnachten jedoch noch ohne Decke losziehen, denn diese will er partout nicht auf seinem Rücken tragen. Mit von der Partie sind auch einige Alpakas. Eines aus dieser viel kleineren Kamelart ist ganz vernarrt in Batu und läuft ihm auch auf dem noch leeren Bürgersteig treu ergeben hinterher.

Bis zum 6. Januar muss dann alles klappen, auch das Tragen der Decke. Kinder aus beiden Teilen der Neißestadt ziehen mit Papierkronen auf den Köpfen und mit Dreikönigsfähnchen ausgestattet über die Görlitzer Altstadtbrücke bis zur gründerzeitlichen Oberlausitzer Ruhmeshalle (Dom Kultury). Inmitten des Umzuges: die drei Könige sowie Batu, Ivan und die Alpakas. Die Schirmherr-

schaft über das gemeinsame Unterfangen hat von deutscher Seite der Bischof von Görlitz, Wolfgang Ipolit. „Ich glaube wir sind die einzige Stadt in Deutschland mit einem Dreikönigsumzug. Das ist ein Zeichen für unser gemeinsames Europa, das wir bauen. Polen und Deutsche zusammen“, freut sich Ipolit, der den Versammelten und den Sternsängern den Segen austeilt.

Nach dem Segen des Bischofs ziehen die Kinder in das Görlitzer Rathaus, wo sie auf der Tür das Kreidezeichen C+M+B und die Jahreszahl 2019 hinterlassen. Sie bringen den Segen „Christus segne dieses Haus“ in die Stadtverwaltung und sammeln Spenden für notleidende Kinder in aller Welt.

Die polnische St.-Bonifatius-Gemeinde ist von polnischer Seite Organisator. Die Gemeindeglieder sowie Frauen vom dortigen Landfrauenverband sorgen für das leibliche Wohl. Anna Krakowiak vom Landfrauenverband in Grun [Gronow] ist Spezialistin für Piroggen. „Die anderen Frauen ha-

ben Kuchen gebacken und wir bieten Kindern heißen Tee an. Für die Erwachsenen haben wir unseren besonders gelungenen Holunderlikör im Angebot“, so die Grunauerin. Damit es keine Missverständnisse gibt, steht Deutschlehrerin Justyna Czajkowska als Übersetzerin in den Startlöchern. Sie unterrichtet im Gebrüder-Sniadecki-Lyzeum im polnischen Teil der Europastadt Deutsch und er-

klärt: „Ich bin hier halb privat. Ich wurde jedoch von meinem Pfarrer aus der St.-Bonifatius-Gemeinde beordert, um sprachliche Hilfe zu leisten, falls Deutsche etwas zu Essen, Getränke oder Souvenirs kaufen möchten wie Fähnchen oder T-Shirts“. Das Geld aus dem Verkauf kommt den polnischen Gemeinden St. Bonifatius und St. Johannes zugute.

Till Scholtz-Knobloch



Beim Drei-Königs-Umzug 2018 in der Görlitzer Brüderstraße bereits mit dabei: Trampeltier Ivan

Bilder (2): Till Scholtz-Knobloch



Übung macht den Meister: Kamel Batu noch ohne Decke

*** Auch 2019 lesen Sie wöchentlich die Pommernseite ***

Hiddensees morsche Zähne werden gezogen

Mit 90-jährigem Oldtimer „Aken“ auf dem Holzweg zum „Söten Länneken“

Tiefhängende graue Dezemberwolken jagen von Nordost über den Stralsunder Hafen. Schiffsführer Manfred Volz und Bootsmann Thomas Berger, beide aus Wolgast, ficht das nicht an. „Aber da draußen“, meint Volz und zeigt auf den Sund hinaus, „werden wir noch ganz hübsch einen auf die Mütze kriegen“.

GMS „Aken“ fährt seit 2012 die Route nach Hiddensee, um Massengut auf die autofreie Insel zu bringen sowie Schrott, Schutt und Müll von dort abzuholen.

Eine Drei-Stunden- oder 18 Seemeilen-Reise. „Bei 20 Fuhren pro Jahr rechnet sich das“, meint Nils Gottschalk von der Firma Hiddenseer Logistik GmbH. Gemeinsam mit Torsten Müller, dem Inhaber der Stralsunder Schiffsmaklerei TM-Shipping, betreibt er die betagte, aber bestens gepflegte Schiffsdame.

Für die Strandsaison rüsten

Seit 9. September hat der einzige am Sund registrierte Binnenfrachter noch einen ganz speziellen Job im Auftrag des Küstenschutzes: rund 10.500 neue Buhnen zur Insel hinüberzuschaffen und die alten vom Ende der sechziger Jahre abzufahren. „Schuld an allem ist *Teredo navalis*“, erklärt Gottschalk, „ein Schiffsbohrwurm, der eigentlich eine Muschel ist“. Der habe den über Wasser ragenden Kopf der Pfähle zerfressen. Für die Baumaßnahme habe das Rostocker Staatliche Amt für Landwirtschaft und Umwelt (StALU) 4,4 Millionen Euro veranschlagt. Zwei mittelständische Spezialfirmen aus Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein, zu einer „Arbeitsgemeinschaft Buhnenbau Hiddensee“ vereint, bekamen den Zu-

schlag. Mit zehn Mann, vier Baggern und zwei Radladern wollen sie den Auftrag bis März vor der Strandsaison erledigt haben, wenn das Wetter mitspielt. „Noch läuft alles bestens“, freut sich Nils Gottschalk, „wenn nicht, haben wir noch Zeit bis September“.

Nicht nur den Äquator überquert

Während der bewegten Überfahrt zum Hafen Vitte – kein anderes Schiff kommt entgegen – kann Manfred Volz entspannt aus dem Nähkästchen plaudern. 7654 Buhnen aus Eukalyptus-Holz kamen per Containerfrachter aus Durban in Südafrika und haben dabei sowohl den Äquator als auch den Nullmeridian überquert. 2840 stammen aus einheimischen Wäldern. Ihr Einzelgewicht bei 30 Zentimetern Durchmesser: zwischen 100 und 400 Kilo. Ein Gesamtgewicht also von 2802 Tonnen. 850 Buhnen oder 240 Tonnen kann die „Aken“ pro Reise – drei pro Woche – wegschleppen und nimmt rund 150 Tonnen Altmaterial, das zum freien Verkauf steht, für die Rückfahrt mit. „Wir haben auch“, sagt Völz, vor ein paar Jahren Rasengittersteine gefahren, die gegen die Wildschweinwühlerei in den Deich vor Neuendorf eingebaut wurden“.

In Vitte steht ein von der Insellogistik gecharterter LKW mit Ladekran schon bereit. Das Anlegemanöver im kleinen Fischereihafen zieht Zuschauer an, als sich der Sound des bullenden Sechszylinder an der Kaimauer bricht und reflektiert wird. Selbst auf youtube ist sie schon ein Star. Immer wenn Kapitän Manfred Volz den 300 PS-Diesel, ein Schwergewicht von 8,4 Tonnen, startet oder umsteuert, gibt es Fans, die den saten Buller-Sound per Handy aufneh-

men. „Mega...!“ können sie dann nur noch stöhnen und die Augen verdrehen wie andere bei Dampflok-, Motorrad- oder Flugzeug-Geräuschen. Seit 1961 versieht die gepflegte SKL-Maschine aus Magdeburg weitgehend störungsfrei ihren Dienst und verbraucht gerade mal 35 Liter Diesel pro Stunde. „Etwa so viel wie ein Laster“, rechnet er vor, „wir sind zwar langsamer, aber können neunzehn mal so viel transportieren“.



MS AKEN im Hafen von Vitte auf Hiddensee

(Foto: Schmidt-Walther)

Bewegt-bewegende Geschichte

Thomas Berger schiebt indes die Luke auf und bald packt der Greifer zu, bis der Laderaum leer und die Ladefläche voll ist. Am Weststrand werden fast pausenlos die morschen Zähne gezogen, Gräben senkrecht bis zum Deich ausgehoben – dabei kam sogar ein Bernsteinklumpen von 180 Gramm Gewicht zum Vorschein – und die neuen Buhnen per Vibrationsramme in den Sand gehämmert.

Manfred Völz hat derweil Zeit für die bewegte maritime „Aken“-

Geschichte, die staunen lässt. 1928 wurde sie im niederländischen Amsterdam als „Josephina Speer“ gebaut, und zwar als solider Schleppkahn aus acht Millimeter dickem Stahlblech. Im Zweiten Weltkrieg wurde er beschlagnahmt und umgebaut. Das Vorschiff erhielt eine Klappe. Fünf Panzer sollten in dem Landungsprahm über den Ärmelkanal nach England gebracht werden. „Unter-

dung per Seeschiff in die Sowjetunion ging.

Schiff mit „West-Stempel“

1947 übernahm Robert Loch aus Aken an der Elbe den Kahn als Schiffsführer. Unter seiner Regie wurde „GD 413“ in ein ziviles Frachtschiff zurückgebaut ohne Betonboden, Klappe und mit neuem Bug und Namen: „DSU 528“, dem Kürzel des neuen Eigentümers Deutsche Schiffsbetriebs- und Umschlaggesellschaft. „DSU 413“ erhielt fortan die höchste Klasse für Bodden, Haff und Flüsse. Heute darf GMS „Aken“ sogar die Zone 2 befahren, also bis zu einem Küstenabstand von zwei Seemeilen.

1960 wurde sie in Aken zum Motorschiff umgebaut, in die Flotte des VEB Deutsche Binnenreederei Berlin/DDR eingereiht und nach Fertigstellung 1961 in „Aken“ umbenannt mit Heimathafen Stralsund. Den Namen trug bis dahin der Seitenrad-Schleppdampfer „Aken“, der verschrottet wurde.

1981 richtete man auf der Elbe eine Stückgutlinie ein, die Sohn Rudolf Loch befuhr und dabei auch Lehrlinge ausbildete, was der „Aken“ den Titel „Lehrschiff“ einbrachte. Als schließlich Großkessel von Dresden nach Hennigsdorf befördert werden sollten, brauchte die Besatzung „West-Stempel“ für die Fahrt durch West-Berlin. Dann wurde allerdings die Stammbesatzung durch „linientreue“ Kollegen ersetzt.

Ablegen nach Hause

Mit dem Fall der Mauer standen auch der „Aken“ die europäischen Wasserstraßen offen. Doch 1991 war die Binnenreederei am Ende. „Aken“

wurde wie viele andere Schiffe im Baggerloch von Rogätz bei Magdeburg aufgelegt. Bis sie der Wolgaster Schiffer Horst Dudeck 1992 entdeckte und kaufte. Sein Schwiegersohn Manfred Volz übernahm dann die Schiffsführung über den nächsten Besitzerwechsel 2012 hinaus. Er wird unterstützt von Thomas Berger, der als Steuermann ohne Patent und Bootsmann angemustert hat. Der gelernte Maler und Lackierer ist stolz auf den guten Pflegezustand „seines“ Schiffes, das erst wieder 2021 zur Revision, dem Schiffs-TÜV, muss. Manfred Volz sorgte vorher schon für ein neues Steuerhaus und moderne technische Ausrüstung samt Inneneinrichtung der Kabinen im Vor- und Achterschiff. „Nach Feierabend macht jeder seins“, erklärt Volz, „dann Thomas hat doch ganz andere Interessen als ich“.

Dann kann abgelegt werden zur Heimreise nach Stralsund, wo neue Holz-Ladung bereits wartet. „Stralsund traffic“ wünscht über Funk „gute Fahrt“, Manfred Volz im Gegenzug „gute Wache!“.

Infos: GMS (Gütermotorschiff) AKEN; Bauwerft: Amsterdam, Niederlande als Schleppkahn; Kriegseinsatz als umgebauter Landprahm für „Unternehmen Seelöwe“/Invasion Englands; Kriegsende im Westhafen Berlin; 1947 Rückbau zum Frachtkahn; 1960: Umbau zum Motorschiff; Länge: 50,55 m; Breite: 6,61 m; Tiefgang (max.): 2,15 m; Ladung: 466 t; Hauptmaschine: SKL 6 NVD 360; PS: 300; Geschwindigkeit (max.): 8 kn; Heimathafen: Stralsund, Registerhafen: Vitte; Eigentümer: Torsten Müller/TM-Shipping, Nils Gottschalk Hiddenseer Logistik GmbH; Flagge: Deutschland.

Peer Schmidt-Walther

Es geht weiter bei den Pommern in Braunschweig

Zur Adventsfeier des Braunschweiger Kulturkreises Vineta in der Pommerschen Landsmannschaft am 4. Dezember 2018 erschienen nur noch 12 Mitglieder. Edmund Habenstein, Leiter des Kreises, hatte Fritz Folger, den letzten Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen (BdV), Kreisgruppe Braunschweig, mit seiner Vertreterin Rosemarie Konst eingeladen. Fritz Folger ist ebenfalls Leiter der Ostpreußischen Landsmannschaft in Braunschweig. In seinen Grußworten erwähnte er, dass sich der Kreisverband Braunschweig im BdV aufgelöst hätte, wie auch die Landesgruppe der Pommerschen Landsmannschaft in Niedersachsen 2019 nicht mehr existieren würde. Der Grund dafür wäre, dass die Erlebnisgeneration hinweg stürbe

bzw. aus Krankheitsgründen nicht mehr in der Lage wäre, die Heimatverbände zu begleiten. In Braunschweig würden aber der Kulturkreis Vineta und die Ostpreußische Landsmannschaft weiterhin bestehen bleiben.

Edmund Habenstein hatte sogar schon einen Übersichtsplan für die Treffen an jedem 1. Dienstag im Monat für 2019 zusammengestellt. Er wurde freudig von den Pommern in Empfang genommen. Die Gaststätte Giesmaroder Thurm in Braunschweig bleibt der Versammlungsort.

Die Adventsfeier stand unter dem Motto: „So ging es in Pommern auf Weihnachten zu.“ Den Kaffeetisch hatte Charlotte Frey liebevoll mit selbstgefertigten Fröbelsternen und Tannengrün geschmückt. Die

Tischdekoration durfte am Ende mitgenommen werden. Die ausgewählten Lieder wie: Bald nun ist Weihnachtszeit, Macht hoch die Tür, Sind die Lichter angezündet, Glocken der Heimat und zum Schluss das Pommernlied wurden von Klaus Hillebrand am Klavier begleitet.

Brigitte Kleszczewski führte die Pommernfreunde auf Weihnachten zu. Jeder konnte nach einem Beitrag, wenn er wollte, etwas hinzufügen. So hatte der Adventskalender vor mehr als 75 Jahren keine Schokolade hinter dem Türchen. Die kam erst 1958 hinein. „Das stimmt“, stellten die Pommern fest, „Oft haben wir den Kalender selbstgemalt.“ Es wurden die ersten Pfefferkuchen auf dem Blech und Plätzchen gebacken. „Viel Spritzgebäck kam auch dazu“, meinte

einer aus dem Kreis. „Wir naschten damals gern den Kuchenteig. Meine Kinder haben nicht mehr die Backschüssel ausgekratzt, weil sie wohl genug Süßigkeiten hatten.“ fügte eine weitere Heimatfreundin hinzu. Mancherorts wurden auch die Adventsrosen (siehe PAZ Nr. 48) gebastelt. Charlotte Frey will sie sich für 2019 als Tischschmuck vornehmen.

Zum 6. Dezember, dem Nikolaustag, wurden die Schuhe ans Fenster gestellt, damit der Nikolaus sie mit Süßigkeiten füllte. „Aber geputzt mussten sie sein“, kam der Hinweis aus der Kaffeegesellschaft. Es polterte auch Knecht Ruprecht in manches Haus und zählte die Schandtaten der Kinder auf. „Wehe, wer da nicht ein kleines Gedicht aufsagen konnte“,

bemerkte die Älteste in der Runde.

Zu Weihnachten verschmolzen dann Knecht Ruprecht und der Nikolaus zum Weihnachtsmann. „Übrigens“, so Edmund Habenstein, „hatte der Knecht Ruprecht viel Ähnlichkeit mit dem Erbsbären.“

An die blaue VDA-Kerze, die Brigitte Kleszczewski erwähnte, konnte sich keiner mehr erinnern. Sie wurde zum Gedenken an die Deutschen im Ausland ans Fenster gestellt.

Das Gedicht „Weihnachten“ von dem Oberschlesier Joseph von Eichendorff konnte noch so mancher auswendig hersagen. „Denkt euch, ich habe das Christkind gesehen“, war ein beliebtes Gedicht, das kleine Mädchen im Weihnachtsgottesdienst vortrugen. Auch im Krippenspiel hatte so mancher der

Anwesenden mitgewirkt. Die Mädchen wollten am liebsten als Engel auftreten. Die kleinen Jungen dagegen wehrten sich oft, als Schafe auf der Bühne zu stehen.

Der Herrnhuter Stern wurde nicht vergessen, der auch heute noch die Kirchen schmückt und früher in Pommern zur Weihnachtszeit in vielen Fluren hing. So soll es nun 2019 weitergehen. Darüber waren alle am Ende der Adventsfeier froh.

Am 15. Januar 2019 um 12 Uhr trifft sich der Kulturkreis Vineta zum Mittagessen. Um 14 Uhr beginnt dann der Pommernnachmittag in der Gaststätte Giesmaroder Thurm in der Berliner Straße 105, 38104 Braunschweig.

Brigitte Kleszczewski

BDV-Adventsfeier 2018 in Anklam

Anklam – „Weihnachten ist nicht dort, wo es laut und bunt zugeht, sondern wo man sich besinnt auf die Botschaft der Liebe und des Friedens.“ Und so wurde es im Volkshaus, wie in den Jahre zuvor, eine besinnliche Adventsfeier 2018 für Ostpreußen, Pommern, Westpreußen und andere Heimatvertriebene, die alle in die Jahre gekommen sind. Die etwa 350 Besucher erwartete ein weihnachtlich geschmückter Saal und die 35 Heimattische waren mit Tannengrün und Kerzen dekoriert. Als Ehrengäste wurden begrüßt die Schriftstellerin Ulla Lachauer und der Landtagsabgeordnete Dr. Matthias Manthei (BMV). Ältester Teilnehmer der Ad-

ventsfeier war der 97-jährige ehemalige Eisenbahner aus Osterode, Hubert Brosda, der jetzt in Berlin wohnt und unbedingt dabei sein wollte.

An die große Treue und Verbundenheit zur vielfältigen BdV-Arbeit erinnerte im Jahresrückblick der Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen M-V, Manfred Schukat. Im Lauf des Jahres hat es viele Ehrengäste aus der Politik und Delegationen der deutschen Minderheit aus der Heimat nach Anklam gezogen. Auf der Habenseite stehen sechs überregionale Veranstaltungen mit 2300 Besuchern. 2018 wurden sogar 200 Ostpreußen, 110 Pommern und 20 Schlesier neu begrüßt. Von Mai bis September läuft die grenzüberschrei-



Ulla Lachauer liest aus ihrem Buch „Von Bienen und Menschen“

(Foto: Schülke)

tende Zusammenarbeit, die trotz altersbedingter Beschwerden und Einschränkungen durchgeführt wurde. Dazu gehören Heimatnachmittage in Stettin, Stolp, Lötzen, Besuche im deutsch-litauischen Hermann-Sudermann-Gymnasium Memel und der Diakonion-Station Gumbinnen und in Osterode zum 27. Ostpreußischen Sommerfest und auch Pflege von mehreren Friedhöfen. Um dies alles fortführen zu können, benötigen wir Hilfe und Spenden; aus Schwerin bekommen wir keinen Cent, so Schukat. Dies kann und muss kritisiert werden, gerade in unserer heutigen aufgewühlten Welt.

Die Namen von über 50 Verstorbenen 2018 wurden im feierlichen

Jahresgedenken verlesen. Viele von ihnen hatten stets an BdV-Veranstaltungen teilgenommen.

Nach der Mittagspause wurden alle weihnachtlich eingestimmt, denn was nun folgte war für Herz und Seele: Zunächst spielte das Blasorchester Greifswald Weihnachtslieder zum Mitsingen. Dazwischen trug Friedhelm Schülke Weihnachtsgeschichten vor. Das Adventskonzert des Shanty-Chors Insel Usedom e.V. war eindeutig der musikalische Höhepunkt. Es ertönten emotionale Lieder, u.a. „Wiehnacht an de Woderkant“, „Weihnacht auf hoher See“ und als Finale das „Ave Maria der Meere“. Günter Manthei

Zu jedem Wortbruch bereit

Zu: **Erstmals mit Seehofer** (Nr. 50)

Auch wenn Innenminister Horst Seehofer in dem Beitrag gut davonkommt – mit seiner 180-Grad-Drehung zum Thema, ob der Islam zu unserem Land gehört, ist er für mich ein unglaublicher Wendehals geworden.

Ich habe große Angst davor, dass die Salamischeibentaktik der aggressiven Islamisten aufgeht. Ein bisschen Kopftuch hier, ein bisschen Forderung kein Schwei-

nefleisch da, über 2000 Moscheen im Land, ein „Führungshauptquartier“ in Köln, eine Arroganz gegenüber anderen Konfessionen und eine Arroganz gegenüber der noch größten Masse unseres deutschen Volkes, das von seinen eigenen Gutmenschen unterlaufen wird.

In meinem Bekanntschaftskreis gibt es etliche Muslime. Entweder sind sie neutral und möchten ihre Ruhe haben oder sie schämen sich für ihre radikalen Landsleute.

Ich bekomme Rückantworten aus dem Kanzleramt, von Kardinal Reinhard Marx, sogar von meinem politischen Gegner Hans-Christian Ströbele. Aber von unseren arroganten Verbänden der Islamisten darf man nichts erwarten. Das permanente Hofieren seitens unserer Regierung, der Medien und Gutmenschen lassen diese Vereinigungen zu einer schmerzhaften Herablassung gegenüber ihrem Wahlland Deutschland auflaufen.

Was für eine Peinlichkeit, wenn eine Frau Ates in unserem Land vor Extremisten ihres eigenen Glaubens geschützt werden muss. Es wäre ja nicht der erste Angriff auf ihre Familie.

Meine große Sorge ist, dass der Staat die Bekämpfung des Terrors in unserem Land schleifen lässt. Was ist, wenn der Geduldssaden des Volkes reißt? Was, wenn alle Weichspülerberichte der Medien nicht mehr fruchten? Noch kann man mit positiven Integrations-

meldungen beruhigen, noch tritt der etwa 100-Milliarden-Aufwand für „Wir schaffen das“ noch nicht so sehr ans Tageslicht, noch läuft die Wirtschaft. Aber was geschieht im Moment der Offenbarungen? Bürgerkrieg?

Auch wenn Seehofer auf der Islamkonferenz seine positiven Gedanken versucht hat, an den Mann zu bringen – für seinen Machterhalt ist er zu jedem Wortbruch bereit.

**Peter Karstens,
Eckernförde**

Einfach dumm

Zu: **„Über die Hintertür“** (Nr. 46)

Die Bürger sollten schon deutlicher darüber informiert werden, wer den UN-Migrationspakt alles nicht unterzeichnet: USA, Australien, China, Japan, Südkorea, Israel, Ungarn, Österreich, Belgien, Polen, Bulgarien, Slowenien, Tschechien, Dänemark, Italien, Kroatien, Holland, Schweden.

Warum machen die das nicht? Erstens: Weil man nicht noch mehr Unruhe und Auseinandersetzungen mit wem auch immer haben will, und zweitens: weil man sich nicht von einem Gremium abhängig machen will beziehungsweise weil man seine Souveränität nicht noch weiter aufgeweicht sehen will, wie das bereits bei den EU-Ländern der Fall ist. Deutschland unter Merkel muss natürlich unterzeichnen. Das ist einfach dumm. Als wenn wir nicht schon genug Probleme hätten.

**Alex Schnell,
Steinau**

Historisch versagt

Zu: **Leserbrief: Gerechtigkeit ist besser als eine neue Satzung** (Nr. 49)

Weder Herr Fabritius noch sonst wer wird sich für eine Entschädigung (deutscher Vertriebenen, d. Red.) einsetzen. Kommen doch deutsche Flüchtlinge und Vertriebene in der Öffentlichkeit nicht mehr vor. Und wenn doch einmal, dann suggeriert man ihnen, die Vertreibung sei ja ihre eigene Schuld. Und der Bund der Vertriebenen? Ist letztlich an sich selbst gescheitert – er war seiner historischen Aufgabe nicht gewachsen.

**Rudi Helwing,
Leipzig**

Flut aus dem All

Zu: **Die verkannte Gefahr** (Nr. 49)

Vielen Dank für den aufschlussreichen Artikel über Kontakt zu Außerirdischen. Tatsächlich kann der Traum vom Kontakt zu den „Aliens“ recht schnell zum Albtraum werden. In der Science-Fiction-Szene wurde ein solcher eventueller Albtraum schon mit den verschiedensten Inhalten simuliert. Aber die naiven Seelen dieser Welt scheinen auch in dieser Hinsicht mit einem „Willkommenskult“ zu dominieren.

Dabei wird ein Problem scheinbar selbst von soliden Wissenschaftlern völlig unterschätzt: Sollte es tatsächlich intelligente Welten geben, die für uns in einer unüberbrückbaren Ferne existieren (und davon gehe ich eigentlich aus), so könnte es sein, dass diese Wesen Technologien entwickelt haben, um sehr rasch diese Entfernungen zu überwinden.

Wie wir uns der Flut aus anderen Erdteilen nicht mehr erwehren können beziehungsweise wollen, so würde dann eine weitere peinliche Überraschung entstehen.

**Manfred Kristen,
Freital**



„Time to say Goodbye“: Zwei Frauen verabschieden sich und ihre Länder voneinander. Sowohl Großbritanniens Regierungschefin Theresa May als auch Bundeskanzlerin Angela Merkel versuchen, mit Halbwahrheiten aus dem Brexit Nutzen zu ziehen Bild: action press

Kann man politische Ziele nicht mehr offen beim Namen nennen, wird die Wahrheit unterdrückt

Zu: **Belogen** (Nr. 47) und zum **Leserbrief: Ohne Merkel wäre es nicht zum Brexit gekommen** (Nr. 47)

Zu den Methoden dieser Art von Presse gehört nun einmal hauptsächlich neben der Unterdrückung von Nachrichten, ihrem Verschweigen auch die Diffamierung von Personen, die solches aufdecken.

So soll der Ex-Vorsitzende der United Kingdom Party (UKIP) Nigel Farage gesagt haben: „Wenn

Griechenland den Euro verlässt, würden alle Länder das machen und das wäre das Ende unseres europäischen Traumes. Es ist uns vollkommen egal, ob die Jugendarbeitslosigkeit 60 Prozent erreicht. Es ist uns vollkommen egal, ob 25 Prozent der privaten Unternehmen in den nächsten fünf Jahren zusammenbrechen. Frei heraus, es ist uns auch völlig egal, ob ganz Griechenland zusammenbricht, solange wir das europäische Projekt halten können.“ Der Unterschied zwischen

einem Brexit und dem damals diskutierten Grexit bestand nun einmal darin, dass die Briten den Euro nicht eingeführt haben.

Das war vor fünf Jahren, man fasse einmal die Zahlen der Entwicklung der Jugend- und der sonstigen Arbeitslosigkeit sowie der Unternehmenszusammenbrüche, nicht nur dort, sondern auch in anderen südeuropäischen Ländern ins Auge. Glaubt irgendjemand in Deutschland oder Europa, dass sich für eine solche Politik eine parlamentarische Mehr-

heit finden lässt und, mit Blick auf Deutschland, dass Merkels „Flüchtlings- oder Migrationspolitik“, die ja zu einem großen Teil Wirtschaftspolitik ist, notwendig zur Sanierung oder Stabilisierung öffentlicher Kassen, der langfristigen „nachhaltigen Sicherung“ der Einnahmen von Arbeits- und Rentenversicherung dient? Glaubt irgendjemand, der Erhalt des deutschen Staates oder der deutschen Wirtschaft habe in den Plänen von Merkel und jenen, mit denen sie den „europäischen

Traum“ träumt, eine umgekehrte Priorität?

Was aber bleibt einer Kanzlerin, einer Regierung, die ihre wahren, nicht mehrheitsfähigen Prioritäten und Zielsetzungen nicht offen beim Namen nennen kann, ande-

res übrig als Unterdrückung, Lüge und Verleumdung solcher Nachrichten oder ihrer Verbreiter? Manche Fragen erledigen sich, wenn man sie zu stellen wagt.

**Wolfhardt Krause,
Bielefeld**

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Anzeige

»Meine Vorgesetzten zwingen mich, das Parlament zu belügen.«

Deutscher Terrorermittler im Fall Anis Amri

■ Die neuen Recherchen des investigativen Bestsellerautors Stefan Schubert enthüllen Unglaubliches: Der Fall Amri war in Wirklichkeit eine »internationale Geheimdienstoperation«, die dazu dienen sollte, Kommandostrukturen des IS und Bombenziele gegen libysche Terrorcamps zu identifizieren!

Der renommierte Sicherheitsexperte stützt seine exklusiven Rechercheergebnisse auf geheime Akten und Dokumente von Behörden, Polizei und Geheimdiensten sowie auf Aussagen von beteiligten Terrorermittlern.

Einer der größten Politik- und Geheimdienstskandale der zurückliegenden 70 Jahre!

Die eingesehenen Dokumente legen schonungslos offen: Der Terroranschlag geschah wesentlich unter den Augen von fünfzig deutschen Behörden, und die tunesischen, marokkanischen und US-Geheimdienste waren daran beteiligt.

Die zwölf Toten und siebzig Verletzten des Breitscheidplatzes waren offenbar von den Amerikanern als Kollateralschäden im »War on Terror« mit einkalkuliert und von der Bundesregierung hingenommen worden.

Terrorermittler brechen ihr Schweigen

Die dem Autor vorgelegten geheimen Ermittlungsakten enthüllen, dass

- die Bundesregierung die von Angela Merkel versprochene schonungslose Aufklärung in Wirklichkeit konsequent sabotiert;
- am Breitscheidplatz bis zu drei weitere IS-Kämpfer vor Ort waren und den Terroranschlag live mitverfolgten;
- Amri vorsätzlich nicht angeklagt und festgenommen wurde, damit die Geheimdienstoperation der CIA weiterlaufen konnte;
- der damalige US-Präsident Barack Obama sogar in den Fall involviert war;
- die Bundesregierung die Vollstreckung eines Haftbefehls gegen Amri verhinderte;
- Terrorermittler bis heute mit Maulkörben belegt werden;
- auch große Medienhäuser an der Vertuschungsaktion des Amri-Skandals beteiligt sind.

»Ich möchte Frau Merkel sagen, dass sie das Blut meines Sohnes an ihren Händen hat!«

Mutter des ermordeten Lkw-Fahrers Lukasz Urban



Stefan Schubert: Anis Amri und die Bundesregierung gebunden • 240 Seiten • Best.-Nr. 974 700 • 19.99 €

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

»Heißzeit« im Hunsrück

Nachts steigen die Temperaturen in Rheinland-Pfalz. Aber nur in der Sauna. Tagsüber geht man zum Skifahren ins Mittelgebirge

Wandern auf Traumschleifen. Skifahren am Erbeskopf oder Schlittschuhlaufen in der Eifel – Rheinland-Pfalz hat viele schöne Ausflugsziele, die auch an den kalten Tagen nach dem Jahreswechsel für sportliche Erlebnisse sorgen.

Eine Schneegarantie kann man für den Hunsrück bereits seit einigen Jahren nicht mehr geben. Aber wenn es kräftig geschneit

Snowboardfahrer sowie Gastronomie sind ebenfalls vor Ort.

Einige der Premium-Rundwanderwege im Hunsrück, die sogenannten Traumschleifen, können auch gut in der kalten Jahreszeit begangen werden. Diese Touren verfügen über ein leichteres Profil und kürzere Distanzen, die eine Wanderung auch im Winter – außer bei tiefstem Schnee und Glätte – ermöglichen.

Morbach kann in zwei bis drei Stunden begangen werden. Die Burgruine Baldenau, einzige Wasserburg im Hunsrück, sowie die Kombination aus Natur, Skulpturen und Infotafeln, aus Ruheinnseln und kleinen Bächen machen diese Tour einzigartig.

Die Traumschleife Burgstadt-Pfad ist mit sieben Kilometern eine Runde zum Entspannen südlich von Kastellaun. Über schmale

ten, von Fackelwanderungen über Schlittschuhlaufen, Sternenwanderungen und Touren mit Lamas bis zu einer Winterfahrt mit der Brohltalbahn.

Im Nationalpark-Zentrum in Vogelsang gibt es Sonderführungen: Gleich am 6. Januar um 14 Uhr geht es um das Thema „Tiere im Nationalpark-Zentrum“. Dem Thema „Wasser im Nationalpark-Zentrum“ widmet sich die Führung am 3. Februar um 14 Uhr. Anschließend können die Besucher den geschichtsträchtigen Ort selbst erkunden. Wanderungen mit Lamas oder Alpakas finden in Simmerath-Paustenbach auch im Winter statt. So werden beispielsweise jeden Sonnabend und Sonntag von 13 bis 16 Uhr Gruppenwanderungen mit den friedlichen Tieren angeboten. Zur Stärkung gibt es für die Zweibeiner Glühwein und Kinderpunsch.

Der Wassersportsee in Zülpich lädt bis zum 6. Januar zum Schlittschuhlaufen ein. Direkt am Ufer des Sees wurde eine 400 Quadratmeter große Eisbahn aufgebaut. Zudem besteht die Möglichkeit zum Eisstockschießen, was besonders für Gruppen interessant ist. Schlittschuhe können vor Ort ausgeliehen werden.

Wer gerne sportlich unterwegs ist, kann sich noch für den härtesten Hindernislauf der Region anmelden: Am 26. Januar findet der Lauf „Winter Hell“ auf dem Nürburgring statt. Zwölf Kilometer, gespickt mit zahlreichen Hindernissen, müssen durchquert, erklettert oder übersprungen werden. Wem das zu anstrengend ist, der kann als Zuschauer die Sportler anfeuern oder sich im beheizten Innenbereich aufwärmen.

Ein besonderes Erlebnis sind die Sternenwanderungen in der Astronomie-Werkstatt in Vogelsang. Dort können die Besucher

mit Ferngläsern und Teleskopen der Sternwarte einen faszinierenden Blick in den Nachthimmel wagen, denn dieser bietet über dem Nationalpark Eifel ein einmaliges Naturerlebnis. Wenn das Wetter mitspielt, kann am 21. Januar sogar eine totale Mondfinsternis beobachtet werden. Weitere Sternenwanderungen gibt es auch am 11., 12., 13., 25., 26. und 27. Januar.

sich die 75 Kilometer in Tagesetappen einteilen.

Direkt am Lahnwanderweg liegt das Sauna-Paradies Wetztenberg. Gäste haben die Wahl zwischen Lehmsauna, Stub'n Sauna, alpenländischem Brechelbad, Tiroler Sauna, Tecaldarium oder Griechisch-Römischem Dampfbad. Neu ist die Saunalandschaft „Monna Lisa“, die ausschließlich von Frauen genutzt wird.



Ein Wintertraum: Blick auf die Marksburg. Rechts: Skifahrer am Erbeskopf

Bilder (2): Dominik Ketz

hat und kalt bleibt, dann ist Wintersport in der Region zwischen Mosel, Nahe, Saar und Rhein möglich. Dann kann man auch am höchsten Berg von Rheinland-Pfalz, dem 816 Meter hohe Erbeskopf, auf bis zu drei Pisten alpin Skifahren. Eine Beschneiungsanlage sorgt bei kalten Temperaturen für gute Schneebedingungen. Schule und Verleih für Ski- und

Durch die abwechslungsreiche Natur des Schwarzwälder Hochwaldes bei Reinsfeld führt die sieben Kilometer lange Traumschleife „Frau Holle“. Nach germanischem Volksglauben sind in den Spalten des mächtigen Felshangs bei Reinsfeld die Augen der Frau Holle zu sehen.

Die acht Kilometer lange Traumschleife „LandZeitTour“ bei

Pfade und alte Postwege führt sie durch urwüchsige Wälder bis zu einem Seerosenteich und dem Kyrill-Sturmwurferlebnispfad.

Auch im Winter hat ein Ausflug in die Eifel einen besonderen Reiz: Raureif schmückt an frostigen Tagen die Bäume, und Schnee bedeckt die Landschaft. Zahlreiche Veranstaltungen werden auch in der kalten Jahreszeit angebo-



Der Rheinterrassenweg ist für Winterwanderungen besonders gut geeignet. Zum einen verläuft er größtenteils auf befestigten Wegen. Zum anderen bietet er bei klarem Wetter eine überwältigende Aussicht auf den Rhein, beispielsweise von der bekannten Weinlage „Roter Hang“ oberhalb Niersteins. Dank seiner Routenführung durch Deutschlands größtes Weinbaugebiet Rheinhessen wird der Rheinterrassenweg auch als „Genusswanderweg“ bezeichnet. Zudem verbindet er die beiden Kaiserdome in Mainz und Worms mit der gotischen Katharinenkirche in Oppenheim und vielen kleinen kulturellen Schätzen in den Weindörfern entlang der Strecke. Durch die Bahnverbindungen im Rheintal lassen

Vom weitläufigen Garten blickt man auf das Wahrzeichen der Region, die Burg Gleiberg. Jede Sauna ist aus ökologischen Baustoffen erbaut, was ein angenehmes Klima garantiert, und ist ein architektonisches Unikat. Zwischen den Saunagängen entspannt man im japanischen Garten oder im Teehaus. Das Wellness-Studio bietet Wohlfühl-Massagen und kosmetische Behandlungen an. Bei den regelmäßigen „Langen Saunanächten“ ist das Sauna-Paradies Wetztenberg bis zwei Uhr nachts geöffnet. Dann herrscht „Heißzeit“ in Rheinland-Pfalz.

Andreas Guballa

Infos: Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH, info@gastlandschaften.de, www.gastlandschaften.de

Spaß auf der Strecke

Wenn der Biathlonzirkus kommt, wird Ruhpolding zu Lautpolding

Gleich zu Beginn des Jahres ist es vorbei mit der Ruh' in Ruhpolding. Der bayerische Ort in den Chiemgauer Alpen ist dann für ein paar Tage der Nabel der nordischen Skisportwelt. Erst ziehen die weltbesten Biathleten hier ihre Runden, dann die Langläufer bei der Chiemgau Team Trophy. Letztere ist für jedermann die Gelegenheit, zumindest ein Viertel der 155 Langlaufkilometer rund um Ruhpolding kennenzulernen. Dabei ist alles – und Abkürzen zieht auch keine Disqualifizierung mit sich. Hauptsache, der Spaß bleibt nicht auf der Strecke.

Bei den nordischen Weltcupstars zählen die 155 Langlaufkilometer um Ruhpolding zu den weltbesten Loipen. Dabei muss man kein Spitzenathlet sein, um sie kennenzulernen. Bei der Chiemgau Team Trophy, die am 27. Januar stattfinden wird, haben auch Hobby-Skifahrer die Gelegenheit zu einem persönlichen Härtetest. Für diesen „Erlebnislanglauf“ steigen Langläufer bereits zum fünften Mal in die Bin-

dung. Rund 43 Kilometer misst die Strecke von Inzell über Ruhpolding nach Reit im Winkl. Dazwischen kann man aber auch je nach Kondition auf den Shuttlebus umsteigen, um ein Stück abzukürzen. Alle paar Kilometer gibt es Stationen zum Ausruhen und Stärken.

Bei der Chiemgau Team Trophy geht es nicht um Meter und Sekunden, sondern ums Dabeisein. Für die landschaftliche Schönheit der Loipen im Drei-Seeengebiet mit dem herrlichen Bergpanorama ringsum lohnt sich das gemeinsame Naturerlebnis allemal. Von Ruhpolding geht es über die Steigung vom Weitsee Richtung Sachenbacher Alm hinauf, bevor eine lange Abfahrt vom Seegatterl ins Ziel nach Reit im Winkl führt. Dort angekommen, darf sich jeder selbst gratulieren, der seine sportliche Komfortzone verlassen hat.

In Ruhpolding ist der deutsche Langlaufsport seit über 50 Jahren sozusagen zu Hause. Es gibt zwei Langlaufschulen und Loipen für jeden Anspruch – für Top-Sportler und Anfänger, für Skater und

Klassiker. Am Fuße des Zirzbergs liegt eine der modernsten Wintersportarenen der Welt: Die Chiemgau Arena, der bayerische Olympia- und DSV-Bundesstützpunkt für Biathlon und Ski Nordisch. Hier sind jedes Jahr bis zu 65 000 Zuschauer live dabei, wenn sich die weltbesten in den nordischen Bewerben messen.

Biathlon ist die beliebteste Wintersportart der Deutschen. Im Biathloncamp bringt der deutsche Ex-Nationaltrainer und Olympiasieger Fritz Fischer auch Nichtprofis auf die Spur. Kinder und Jugendliche zielen mit ungefährlichen Lasergewehren, Erwachsene mit den originalen Kleinkalibergewehren. Wer die Kombination von Langlauf und Schießen einmal versucht hat, kann ahnen, welche Leistungen die Spitzensportler vollbringen. Vom 15. bis 20. Januar kann man das bestaunen, wenn der Biathlon Weltcup wie jedes Jahr in Ruhpolding Station macht und den Ort zu „Lautpolding“ macht. Hotel- und Skikursbuchungen im Internet unter: www.ruhpolding.de. H. Tews



155 Kilometer präparierte Loipen: Langlaufparadies Ruhpolding

Bild: Ruhpolding Tourismus

Lust auf Krabben

Nostalgischer Charme – Das ostenglische Seebad Cromer

Reisende, die sich mit dem Zug in die östlichste Grafschaft Großbritanniens aufmachen, benötigen Geduld. Insbesondere die letzte Etappe von Norwich nach Cromer in der kleinen Regionalbahn entschädigt dann für die lange Anfahrt. Der Blick aus dem Fenster wird zum Blick in die Vergangenheit.

Vor 100 Jahren mag es genauso ausgesehen haben wie heute: verwunschene Dörfer, aus der uralte Kirchtürme herausragen, eingebettet in eine grüne, beschauliche Landschaft, die wie aus der Zeit gefallen scheint.

Seit der Anbindung an das Eisenbahnnetz im Jahr 1877 hat sich der Ort von einem eher verschlafenen Fischerdorf zu einem besonders bei Engländern beliebten Badeort gewandelt. Mehrere große Hotels siedelten sich an, von denen der viktorianische Koloss Hotel de Paris direkt vor der Pier den Zweiten Weltkrieg überdauert hat.

Als Seebad bekannt ist Cromer schon seit 1795, doch durch seine abgeschiedene Lage wurde es im Laufe der Zeit nie zu einem trendigen Brighton. Es ist der nostalgische Charme, der den Ort besonders macht, kein anderes Seebad in England hat zudem noch ein Theater auf der Pier, das noch in Betrieb ist. Es gibt sie noch in vielen englischen Badeorten, die klassischen Seebäder, die Traumstege ins Meer. Manche sind komplett dem Feuer zum Opfer gefallen, andere vegetieren als Ruine vor sich hin.

Nähert man sich schließlich Cromer an Norfolks Nordseeküste, wird man schon von Weitem von dem nicht zu übersehenden Kirchturm der Pfarrkirche St. Peter and Paul begrüßt. Mit seinen fast 49 Metern ist er der höchste in der ganzen Grafschaft. Cromer ist mittelalterlichen Ursprungs, gegründet aus der Not heraus, als der Ort Shipden im Meer versank.

Wasser zu bewahren. In England ist der 1876 geborene Blogg eine Legende. Mit elf Jahren verließ er die Schule, um auf dem Krabbenfänger seines Stiefvaters zu arbeiten, bis heute gelten die Cromer Crabs in England als Delikatesse. 1894 trat er der örtlichen Seenotrettungsmannschaft bei und wurde 1909 zu deren Steuermann gewählt. 38 Jahre lang wurde er



Eine der letzten ihrer Art: Die Seebücke von Cromer

Bild: Müller

Seitdem ranken sich Legenden um das vom Meer verschlungene Dorf. Ging ein Schiff vor Cromer unter, so erzählte man, war der Kirchturm von Shipden schuld, der das Leck im Schiff verursacht haben soll.

Doch in Seenot geratene Menschen konnten sich ab 1894 sicher sein, dass einer der örtlichen Seenotretter, Henry George Blogg, alles daran setzen würde, sie vor dem qualvollen Tod im

zu unberechenbaren Einsätzen gerufen. Dabei rettete er mit seiner Mannschaft über 873 Menschen und einem Hund das Leben: ein Tiroler Sennenhund, den die Besatzung zurückgelassen hatte, wurde sein treuer Begleiter.

Eine Dauerausstellung im Henry-Blogg-Museum von Cromer erinnert heute an den Hund Monte, Henry und alle anderen Helden der ostenglischen Seenotrettung. Bettina Müller

Japan vor dem Niedergang

Wieland Wagner lebt seit Jahren in Japan und gilt als Kenner der 125-Milliarden-Bevölkerung. In seinem Buch „Japan. Abstieg in Würde“ malt er ein düsteres Bild über das Land, das bisher unbesiegbar erschien. Gewiss sei es ein ökonomischer Gigant, doch seine Menschen machten einen alten und müden Eindruck, ihnen fehlten Lebensfreude und Hoffnung. Es seien letztlich die Symptome einer post-industriellen Eigenentwicklung: die sehr schnelle Vergreisung der Bevölkerung – über ein Viertel ist älter als 65 Jahre –, die Entvölkerung ländlicher Regionen und die Überlastung des Sozialsystems.

Die viel zu geringe Geburtenziffer könne den Trend nicht wenden. Um eine Familie zu gründen, verdient die Menschen oft zu wenig. In zwei Jahrzehnten dürften 40 Prozent der Japaner allein leben. Arbeitskräfte seien knapp, Japaner müssten mehr und länger arbeiten. In der bisher männlich dominierten Gesellschaft werden nun Frauen stärker zur Arbeit gedrängt. Man fürchte um seine kulturelle Eigenart und lasse nur sehr wenig ausländische Arbeitskräfte ins Land. Stattdessen setze Tokio auf Roboter. Sich aufzulehnen, hätten Japaner nie gelernt. Vorbild seien „angepasste Firmenmenschen“.

Ausführlich berichtet das Buch über den Tsunami im März 2011, der 20 000 Menschen tötete und zum Atomausfall führte. Noch heute sei der Ort Tutabe angesichts der starken radioaktiven Verstrahlung eine Geisterstadt. Schuld sei auch menschliches Versagen: Es gab keine ausreichenden Vorkehrungen.

Obwohl die Regierung sofort Tokio evakuieren wollte, wurde die Bevölkerung viel zu spät über das Ausmaß der Katastrophe informiert. Die Kosten der Bewältigung beliefen sich auf 166 Milliarden Euro, doch niemand wurde zur Verantwortung gezogen. Lehren aus allem zog Japan nicht, das Land hielt an der Atomenergie fest. Die Chance, sich durch tiefgreifende Veränderungen zu reformieren, wurde vertan.

Dies indes sei schwierig, schon bedingt durch die Geschichte Japans und sein Staatswesen, das sich seit den Tagen Bismarcks preußische Tugenden zum Vorbild nahm. Hinzu komme die nationale Selbstüberschätzung durch den Sieg über Russland und sein Vordringen in der Mandschurei und Indochina. Das US-Embargo gegen das Inselreich sei faktisch eine Kriegserklärung gewesen, über den Angriff auf Pearl Harbor habe Washington vorbereitet sein müssen. Bei Kriegsende 1945 vermied der

Kaiser das Wort „Kapitulation“, niemand übernahm die Verantwortung. Bestrebungen der USA, Japan zu demokratisieren, hätten nur bedingt Erfolg gehabt. Der Korea-Krieg brachte großen Wirtschaftsaufschwung, der zu einer Wirtschafts-Religion geführt habe. Durch seine ökonomischen Erfolge in Südostasien sah Tokio sich als Vorreiter eines asiatischen Zeitalters.

Japan hätte ein neues Wirtschaftsmodell entwickeln müssen, doch bei der großen Bankenkrise verschuldete sich der Staat immer höher, anstatt die Banken mit Steuergeldern zu sanieren und zukunfts-trächtige Arbeitsplätze zu schaffen. Das Land schottete sich zu lange von der asiatischen Billig-Konkurrenz ab, es habe neue globale Trends verpasst.

Gerade im Hinblick auf die Spannungen in Fernost ist ein Blick auf die militärische Situation von Bedeutung. Wohl hatte Japan in Artikel 9 seiner Verfassung auf eigene Streitkräfte verzichtet, längst bestehen aber

„Selbstverteidigungskräfte“, die nach 2014 auch an militärischen Auslandseinsätzen teilnahmen. Dabei sollten nicht drohende Gefahren durch Nordkorea und von China übersehen werden.

Premier Abe strebe keine Bürgergesellschaft an, sondern einen konfuzianisch geprägten Obrigkeitsstaat. Japan hätte ein Labor neuer Ideen gerade in der Arbeitswelt werden müssen. Der Tenno (Kaiser), immer noch geistiger Bezugspunkt der Japaner, regte eine Reform der Monarchie an, doch sie blieb aus. Abschließend bemerkt der Autor, Japan stehe nicht still, die Gesellschaft verwandele sich auf ihre Weise. *F.-W. Schlomann*



Wieland Wagner, „Japan. Abstieg in Würde“, DVA, München 2018, gebunden, 256 Seiten, 20 Euro

Plumpe Trump-Schelte

Um ihre Popularität zu erhöhen und zukünftig besser dotierte Buchverträge zu ergattern, gehen Professoren in den USA gerne mit provokanten Thesen an die Öffentlichkeit.

So auch der Politikwissenschaftler Corey Robin vom Brooklyn College in New York. In seinem Werk „Der reaktionäre Geist. Von den Anfängen bis Donald Trump“ behauptet er, dass es keine grundsätzlichen Unterschiede zwischen Konservatismus und Rechtspopulismus gebe und ein direkter Weg von Intellektuellen wie Edmund Burke (1729–1797) bis zum „Anti-Intellektuellen“ US-Präsidenten Trump führe.

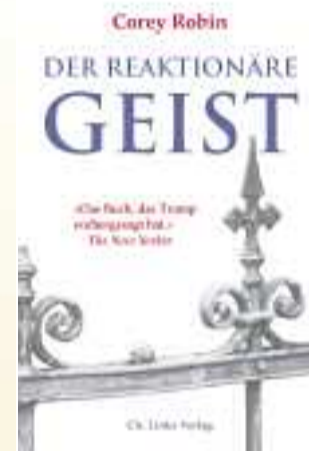
Außerdem vertritt Robin die Ansicht, der amerikanische Konservatismus sei ebenso wie der Rechtspo-

pulismus insgesamt im Niedergang begriffen – darüber könne auch Trumps Wahlsieg nicht hinwegtäuschen.

Für diese „Analyse“ erntete Robin bereits viel Beifall, obwohl beziehungsweise weil sich seine Beweisführung über weite Strecken auf plumpe Trump-Schelte beschränkt. Dabei übersehen die Bewunderer des US-Professors aus der linken Ecke freilich, dass er den „Kampf gegen Rechts“ damit indirekt für nunmehr überflüssig erklärt.

Wolfgang Kaufmann

Professoren mit provokanten Thesen

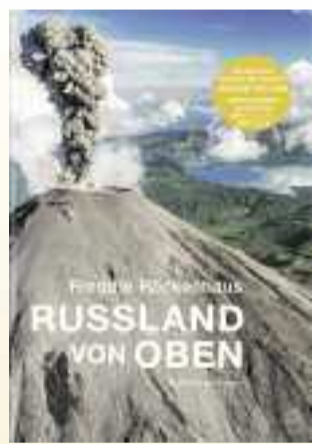


Corey Robin: „Der reaktionäre Geist. Von den Anfängen bis Donald Trump“, Ch. Links Verlag, Berlin 2018, gebunden, 344 Seiten, 25 Euro

Grenzenlose Weiten

Vom Satelliten aus betrachtet ist Russland riesig groß. Dieser Eindruck bestätigt sich auch, wenn man mit dem Flugzeug über die Weiten des Landes fliegt.

Dem vielfach ausgezeichneten Journalisten und Dokumentarfilmer Freddie Röckenhaus ist es gelungen, in einer neun Monaten dauernden Reise „Russland von oben“ aufzunehmen. Gletscher und Gebirgsgipfel im fernen Asien, im Kaukasus oder im Altai, Braunbären auf der pazifischen Vulkan-Halbinsel Kamtschatka, Adler und Steinböcke an felsigen Steilwänden, Rentiere in der Tundra, die legendäre Taiga oder auch die Metropolen Moskau und



Freddie Röckenhaus: „Russland von oben. Bildband mit Fotos von Serguei Fomine und anderen“, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 2018, gebunden, 240 Seiten, 32 Euro

St. Petersburg aus der Vogelperspektive gesehen: Es sind allesamt atemberaubende Aufnahmen. Das ZDF hat diese faszinierende Welt in einem fünfteiligen Dokumentarfilm ausgestrahlt.

Der vorliegende Bildband ist das Buch zum Film. Schade nur, dass an der Papierqualität gespart wurde, wodurch Farben und Kontraste der Bilder in Mitleidenschaft gezogen wurden. *MRK*

Zickzack-Kurs durch sämtliche Wissenschaften

Mathieu Vidard ist Journalist, Fernsehproduzent und seit 2006 Moderator beim Radiosender France Inter. Dort unterhält er sich in seiner Radiosendung „La Tête au carré“ mit den unterschiedlichsten Wissenschaftlern über interessante Erkenntnisse ihres Fachgebiets, und zwar montags bis freitags jeweils knapp eine Stunde. Aus dieser Sendung ist ein Notizbuch entstanden, aus dem Vidard das, was ihn am meisten begeistert, inspiriert oder auch amüsiert hat, sein Buch „Science to go. Merkwürdiges aus der Welt der Wissenschaft“ zusammengestellt hat. Aus dem Französischen wurde es von Jörn Pinnow übersetzt.

Dieses Sammelsurium folgt keiner Struktur, es gibt auch kein Register. Es ist kein Nachschlagewerk und trotzdem unbedingt lesenswert. Wissenschaft wird häppchenweise vermittelt. Manchmal umfasst ein Kapitel nur einen kleinen Absatz, manchmal acht Seiten dieses kleinformatischen Buches.

Gerade diese kurzen Kapitel führen den Leser dazu, das Buch nicht aus der Hand zu legen, denn „ein Kapitel kann ich ja noch“. Schwierigste Naturwissenschaften, beispielsweise „Das Standardmodell der Teilchenphysik“ bereitet den Leser zwar nicht auf eine Prüfung in diesem Bereich vor, aber vermittelt dem Laien eindrücklich, worum es dabei geht.

Häufig werden Insekten in diesem „Notizbuch“ thematisiert. Das ist kein Wunder, macht doch diese Klasse der Gliederfüßer mehr als Dreiviertel aller auf der Welt lebenden Arten aus.

Sehr unterhaltsam ist die sechsteilige Reihe „Neue Stars“. In ihr wird alphabetisch aufgelistet, welche Persönlichkeit im Namen einer Gattung oder Art geehrt wird. So erfährt der Wissenssucher, dass das Teestrauchgewächs Franklinia nach Benjamin Franklin benannt wurde, die Wespe Luthera nach Martin Luther, oder Freddie Mercury Namensgeber der Libelle Heteragrion freddiemercuri ist. Im-

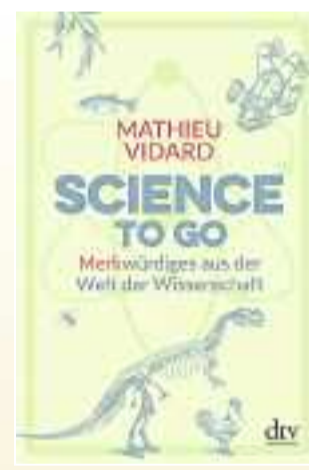
mer wieder stößt der Leser auf einen eingerahmten Textteil, hier wird in knappen Worten beschrieben, was in einem bestimmten Zeitraum geschieht. „Wenn sechs Sekunden verstrichen sind (...), ist ein Mensch an den Folgen des Tabakkonsums gestorben“, oder: „Wenn zwei Sekunden verstrichen sind (...), hat sich die Galaxis Andromeda unserer Milchstraße um 222 Kilometer genähert.“ Ein Zusammenstoß wird in rund vier Milliarden Jahren erwartet. Unsere Sonne hingegen könnte noch rund sieben Milliarden Jahre Energie abgeben.

Natürlich wird auch „Big Data“ nicht außen vor gelassen. So findet man die „No-

tiz“, dass ab 2020 neue Superrechner zur Verfügung stehen werden, die eine Trillion Rechenoperationen pro Sekunde durchführen können. So wären diese neuen Systeme 1000-mal leistungsfähiger als heutige Systeme bei einem geringeren Energieverbrauch.

Ein schönes Konglomerat an Wissenshäppchen, das Lust auf mehr macht.

Christiane Rinser-Schrot



Mathieu Vidard: „Science to go. Merkwürdiges aus der Welt der Wissenschaft“, dtv, München 2018, gebunden, 319 Seiten, 17 Euro

Dolchstoß – Legende oder nicht? – Der Historiker Gerd Krumeich kratzt am Dogma

Gerd Krumeich trat 2014 als Kontrahent des australischen Historikers Christopher Clark hervor, als dieser die Historikerzunft mit der These brüskierte, dass die kriegführenden Mächte im Ersten Weltkrieg allesamt wie „Schlafwandler“ in den Ausbruch geschlittert seien. Krumeich präsentierte sich als treuer Anhänger der Fischer-Glaubensgemeinschaft. Der Hamburger Historiker Fritz Fischer begründete mit seinem 1961 veröffentlichten Buch „Griff nach der Weltmacht“ das zwischen sakrosankte Dogma von der Hauptschuld der Deutschen am Ausbruch des Krieges.

In seinem neuen Werk „Die unbewältigte Niederlage“ stimmt Krumeich verhalten neue Töne an, wenn er mahnt: „Aber 100 Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkriegs sollten wir eigentlich politisch unbefangen und frei genug sein, hinter den traditionellen Schutzschilden hervorzutreten und ‚Versailles‘ und den ‚Dolchstoß‘

verstehend darzustellen.“ Abgesehen davon, dass der Historiker Krumeich mit einem „Schutzschild“ wissenschaftlich offenbar keine Probleme hat, kommt er selbst dieser Einladung nur in homöopathischer Dosis nach.

Was war denn nun der „Dolchstoß“? Fischer und der zeitgenössischen Geschichtswissenschaft zufolge war es ein Konstrukt, eben eine Legende, für die Erlebnissegeneration dagegen mitnichten. Angesichts von Kämpfen, die nicht auf deutschem Territorium stattfanden, sondern in Nordfrankreich und Belgien, schien dieser Krieg zunächst fernab. Die geschönten Berichte durch die Oberste Heeresleitung suggerierten eine militärische Lage, die es so nicht gab. Als im Januar 1918 angesichts der angespannten Versorgungslage Streiks im Deutschen Reich ausbrachen, die von Spartakus und Kommunisten als revolutionärer Kampf gegen Kaiser und Kapitalismus instrumentalisiert wurden, war das

dem Kampfgeist der Truppe nicht förderlich. Nach dem Kriegseintritt der USA und Wilsons 14-Punkte-Programm für einen Frieden mit Deutschland wurde es für Deutschland immer enger.

Mit dem Kapitel „Der Dolchstoß, Lüge, Legende oder doch ein wenig wahr?“ kratzt Krumeich schließlich am Dogma. Doch da verbleiben ihm nur noch 80 Seiten für die Behandlung. Was dabei im ersten Teil des Buches besonders verärgert, ist das Fehlen jeglicher Ideologiekritik gegenüber den Akteuren der als Demokratie firmierenden Staaten. Vor allem die unerträgliche Selbstgerechtigkeit, mit der US-Präsident Wilson im Verein mit England und Frank-

reich gefordert hatte, dass Kaiser Wilhelm II. vor ein Kriegsgericht gestellt werden müsse, lohnt einen genaueren Blick.

Vor einigen Jahren gelangte die amerikanische Sozialwissenschaftlerin Margaret L. Anderson mit ihrer Studie „Lehrjahre der Demokratie“ bei einem Vergleich der parlamentarischen Gebräuche in den



Gerd Krumeich: „Die unbewältigte Niederlage. Das Trauma des Ersten Weltkriegs und die Weimarer Republik“, Herder Verlag 2018, gebunden, 336 Seiten, 25 Euro

USA, England, Frankreich und dem Wilhelminischen Kaiserreich zu dem bemerkenswerten Ergebnis, dass keiner der genannten Kontrahenten im Ersten Weltkrieg tatsächlich so demokratisch agierte wie das Deutsche Kaiserreich. Kein Wort dazu bei Krumeich. Aber auch andernorts dominiert Blauäugigkeit, etwa wenn er schreibt: „Nur die französische Regierung wollte aus bislang noch nicht erforschten Gründen eine solche interimistische Aktenpublikation nicht vorlegen.“ Dabei kann ihm unmöglich verborgen geblieben sein, dass die gesamte Entente dies mit einem Teil der Akten so handhabt – bis auf den heutigen Tag.

Lediglich Russland machte seine Bestände der Öffentlichkeit zugänglich, sofern die USA die Revolutionswirren nicht benutzt hatten, um Akten einzusammeln und zu „sichern“. Auch 1989 schon wurden beim Zusammenbruch der DDR die Rosenholz-Dateien der

Stasi im Handstreich durch die CIA „sichergestellt“.

Bereits die frühe Weimarer Republik diskutierte endlos darüber, ob es einen „Dolchstoß“ gab, und wenn ja, wie, wo und von wem? Waren der Spartakus, die USPD oder die Sozialdemokratie beteiligt? Welche Rolle spielten die Streiks ab Januar 1918, welche die Kommunisten oder „Verdünnsierer“, wie die Soldaten genannt wurden, die aus dem Heimaturlaub nicht zurückkehrten oder sich von der Front davonzog? Dabei wurde der Ton schnell rauer, wobei die Nationalsozialisten drastisch nur noch von den „Novemberverrückten“ sprachen.

All das fasst Krumeich in der These zusammen, dass die Weimarer Republik gescheitert sei, weil sie nie einen Weg gefunden habe, einer tief traumatisierten Nation eine gemeinsame Erzählung des verlorenen Weltkrieges zu vermitteln. Das besitzt gewisse Überzeugungskraft, des 180 Seiten langen Vorlaufs hätte es dazu nicht bedurft. *Lars Keiser*



Deutsche Aktien - Historischer Kalender 2019
Deutsche Wirtschaftsgeschichte eindrucksvoll präsentiert: 12 echte historische Wertpapiere aus der Industrialisierungsepoche des Kaiserreichs und der Weimarer Republik mit interessanten Hintergrundinformationen zu jeder Aktie. Jede Aktie ist einzeln entnehmbar.
Großformat-Kalender 60 x 42 cm.
Nr. P A1338 Kalender 59,95 €



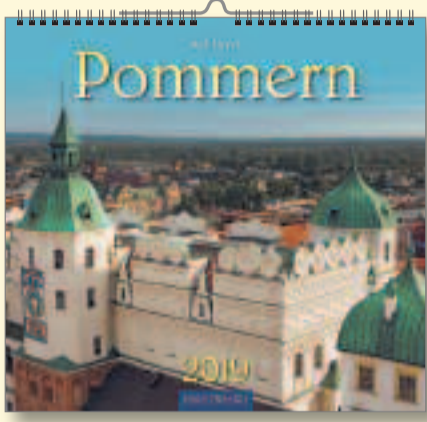
Kalender Rügen in Farbe 2019
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven der Insel Rügen. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535913 Kalender 9,95 €



Kalender Mecklenburgische Seenplatte in Farbe 2019
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven der Mecklenburgischen Seenplatte. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535910 Kalender 9,95 €



Kalender Danzig in Farbe 2019
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven dieser faszinierenden Stadt. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535989 Kalender 14,95 €



Kalender Pommern in Farbe 2019
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven aus Pommern. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535992 Kalender 14,95 €



Kalender Schesien in Farbe 2019
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven aus Schlesien. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535994 Kalender 14,95 €



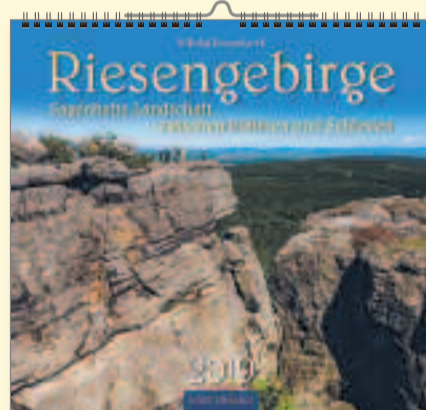
Kalender Schesien schönste Landschaften in Farbe 2019
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven von wunderschönen schlesischen Landschaften. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535995 Kalender 14,95 €



Kalender Trakehner in Farbe 2019
Mit 12 farbigen Motiven dieser für Ostpreußen so typischen Pferderasse. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535971 Kalender 9,95 €



Kalender Elche in Farbe 2019
Mit 12 farbigen Motiven des beliebten ostpreußischen Wappentiers. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535938 Kalender 9,95 €



Kalender Riesengebirge in Farbe 2019
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven dieser faszinierenden Landschaft zwischen Böhmen und Schlesien. Spiralbindung. Form. 33 x 31 cm
Nr. P 535993 Kalender 14,95 €



Oliver Lubrich
Alexander von Humboldt
Das große Lesebuch
352 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A1185 13,50 €

Der große Naturforscher und Reiseschriftsteller Alexander von Humboldt erlebt seit einigen Jahren eine erstaunliche Renaissance. Wissenschaftlich und literarisch zugleich, lassen uns seine Schriften staunen über den Reichtum der Natur, und sie wecken die Sehnsucht nach einem Verständnis fremder Kulturen. Dieses attraktive Lesebuch, herausgegeben von dem Humboldt-Kenner Oliver Lubrich, bietet eine repräsentative Auswahl aus dem Gesamtwerk, mit ausnahmslos ungekürzten Texten im originalen Wortlaut. Mit Daten zu Leben und Werk, exklusiv verfasst von der Redaktion der Zeitschrift für Literatur TEXT + KRITIK.



Klaus Hornung
Scharnhorst
Soldat – Reformier – Staatsmann
200 Seiten/Gebunden
Nr. P A1191 4,99 €

Geboren am 12. November 1755, am Vorabend des Siebenjährigen Krieges im hannoverschen Bordenau, machte Scharnhorst, aus einfachen Verhältnissen stammend, eine einmalige Karriere zunächst in der hannoverschen, dann ab 1801 in der preußischen Armee. Scharnhorst zählte zu den entscheidenden Köpfen, die nach dem Zusammenbruch des friderizianischen Preußen in der Schlacht von Jena und Auerstedt und der Demütigung Preußens durch Napoleon im Frieden von Tilsit 1807 sich daran machten, den am Boden liegenden Staat geistig und politisch wieder aufzurichten. Scharnhorst war es, der als einer der Ersten die elementare Kraft der Französischen Revolution erkannte, wesentliche Elemente daraus für ein neues Preußen formte und so die Voraussetzungen für den Befreiungskampf schuf.



Heimat deine Sterne
Mit unvergessenen Stars aus Oper und Operette
Marika Röck, Benjamina Gigli, Heinrich Schlusnus, Erna Berger, Herbert Ernst Groh, Alfons Flügel, Maria Cebotari, Heinz Goedecke, Karl-Schmitt-Walter u.v.m. (Laufzeit 68 Minuten)
Nr. P 5854 CD 12,80 €



Hanna Caspian
Gut Greifenau – Abendglanz
Roman
Downton Abbey in Hinterpommern von 1913 bis 1919 – Der erste Teil der großen Familien-Saga über eine Grafen-Familie zwischen Tradition und wahrer Liebe am Vorabend des 1. Weltkriegs. Mai 1913: Konstantin, ältester Grafensohn und Erbe von Gut Greifenau, wagt das Unerhörte: Er verliebt sich in eine Bürgerliche, schlummer noch – in die Dorflehrerin Rebecca Kurscheid, eine überzeugte Sozialdemokratin. Die beiden trennen Welten: nicht nur der Standesunterschied, sondern auch die Weltanschauung. Für Katharina dagegen, die jüngste Tochter, plant die Grafenmutter eine Traumhochzeit mit einem Neffen des deutschen Kaisers – obwohl bald klar ist, welch ein Scheusal sich hinter der aristokratischen Fassade verbirgt. Aber auch ihr Herz ist anderweitig vergeben. Beide Grafenkinder spielen ein Versteckspiel mit ihren Eltern und der Gesellschaft. So gut sie ihre heimlichen Liebschaften auch verbergen, steuern doch beide unweigerlich auf eine Katastrophe zu ... 560 Seiten
Nr. P A1329 Taschenbuch 9,99 €



Heinz Buchholz
Iwan, das Panjeferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
256 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A0091 8,95 €

Als Frauen, Kinder und Greise im Jahr 1944 vor der heranstürmenden Roten Armee fliehen, die mordend und plündernd in Ostpreußen einfällt, befindet sich in einem der Flüchtlingstrecken ein dreizehn Jahre alter Junge, Heinz Buchholz. Zusammen mit seinem Panjeferd Iwan meistert er die chaotischen Ereignisse. Dabei erweist sich der Vierbeiner nicht nur als Lebensretter in tödlichen Gefahren, sondern ist zugleich ein treuer Gefährte, dem das verstörte Kind seine Erinnerungen an eine heile Welt – eine Kindheit in Ostpreußen, als noch Frieden herrschte – anvertrauen kann. Die große Flucht aus Ostpreußen – eine geschichtliche Katastrophe.



Charlotte Roth
Wenn wir wieder leben
Roman
Eine tragische Familiengeschichte und die Geschichte einer großen Liebe, die ins Nazideutschland zurückführt. Der neue große historische Roman von der Bestseller-Autorin Charlotte Roth. Das vornehme Ostseebad Zoppot bei Danzig in den 1920er-Jahren. Hier herrschen überschäumende Lebenslust und unbeschwerte Sommerfrische. Die vier Freunde Lore, Gundi, Julius und Erik erfreuen die Kurgäste mit flotten Rhythmen und eingängigen Melodien und träumen vom Durchbruch als Musiker. Bald ist ihnen tatsächlich Erfolg beschieden, auf dem Luxussschiff Wilhelm Gustloff befahren sie die Meere – und ignorieren, dass sich die Zeiten schon lange geändert haben. Gundi verliebt sich in den Sänger Tadek, aber dann überfällt Hitler Polen, und Tadek schließt sich dem Widerstand gegen die Nazi-Besatzer an: Das Ende einer großen Liebe? 608 Seiten
Nr. P A1328 Taschenbuch 10,99 €



Aldona von Hüon de Schoye
Frühling, Sommer, Herbst und Winter
Die schönsten Gedichte für das ganze Jahr
304 Seiten/Kartiert
Nr. P A1042 10,00 €

Wir leben mit dem Lauf der Jahreszeiten: Nach verschnitten Landschaften erfreuen wir uns an blühenden Knospen, sitzen an langen Tagen im strahlenden Sonnenschein, bis uns bunte Wälder zum Spaziergang anlocken, die schon bald wieder unter einer Schneedecke liegen ... Jede Jahreszeit hat ihre ganz besondere Schönheit. Von jeher haben Dichter die wechselnden Stimmungen der Monate in Worte gefasst. Dieser Band versammelt die schönsten Gedichte zu den vier Jahreszeiten, die unseren Lebenslauf stetig begleiten.



Sebastian Haffner
Die deutsche Revolution 1918/19
253 Seiten/Gebunden
Nr. P A1240 9,95 €

Die Revolution von 1918/19 gilt bis in unsere Tage als eines der einschneidendsten, aber auch umstrittensten Ereignisse der neueren deutschen Geschichte. Akribisch und mit gewohnter sprachlicher Brillanz begibt sich der berühmte Publizist Sebastian Haffner (1907–1999) auf die Spuren jenes „düsteren Dramas“: Scharfsinnig rekonstruiert er in seinem erstmals 1969 erschienenen Buch die mitunter blutigen Geschehnisse vom November 1918 bis zum März 1920, die zum Sturz des Kaiserreichs führten und Deutschland für nur wenige Jahre zur Republik machten. Seine ebenso präzise wie streitbare Analyse schlägt bis heute in Bann.

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:
RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg
Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

MELDUNGEN

Gefährder haben sich verfünffacht

Berlin – Die Zahl radikal-islamischer Gefährder mit Bezug zu Deutschland hat sich seit 2013 verfünffacht. Dies sagte der Chef des Bundeskriminalamts Holger Münch, dem Berliner „Tagesspiegel“. Man komme derzeit auf 760 solcher Gefährder und weitere 475 sogenannte „relevante Personen“. Von den Gefährdern befänden sich 440 in Deutschland, 130 davon seien derzeit in Haft, so Münch. *H.H.*

1800 Lire für eine Mark

Frankfurt am Main – Eine Deutsche Mark müsste heute 1800 italienische Lire kosten, haben die Finanzexperten Marc Friedrich und Matthias Weik für das Netzportal „Geolitico“ errechnet. Grundlage ist die Fortschreibung der Wechselkursentwicklung seit 1970. Wegen des Euro wird indes heute praktisch immer noch zum Kurs von 1998, nämlich 1000 Lire pro Mark, gerechnet. Experten sehen darin einen wesentlichen Grund für die schwindende Wettbewerbsfähigkeit Italiens. *H.H.*

ZUR PERSON

Ausgezeichneter Märchenonkel

Das „Hamburger Abendblatt“ druckte kurz vor Weihnachten eine witzige Karikatur. Liegt ein Mann im Bett und fragt seine Frau: „Liest du mir noch ein Märchen aus dem ‚Spiegel‘ vor?“ Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“, dieses selbsternannte Bollwerk gegen „Fake News“, ist mit **Claas Relotius** nun selbst einem Märchenonkel aufgesessen.

Dieser moderne Münchhausen hat Reportagen erfunden oder im großen Stil gefälscht, ohne dass es der sonst angeblich so zuverlässigen Dokumentarabteilung des „Spiegel“ aufgefallen ist. Erst ein skeptischer Kollege musste die Redaktion auf Ungereimtheiten in den Relotius-Artikeln hinweisen.

Nicht allein für die Wahrheitssucher beim „Spiegel“ bedeutet dieser Betrugsfall der Super-GAU, sondern auch für die dem Anti-Trump-, flüchtlings- und gendergläubigen Zeitgeist verpflichtete Medienwelt, die den erst 33-jährigen journalistischen Überflieger Relotius mit Preisen verwöhnt hat.

Für seine über 100 Reportagen, die seit 2010 außer im „Spiegel“ unter anderem in der „Zeit“, der „Weltwoche“, dem „Cicero“, der „Welt“ oder der „faz“ erschienen sind, erhielt Relotius viermal den deutschen Reporterpreis, den Peter-Scholl-Latour-Preis, den Konrad-Duden-Journalistenpreis, einen österreichischen Zeitschriftenpreis und wurde von CNN als Journalist des Jahres 2014 ausgezeichnet. Die meisten dieser Preise sind dem Hamburger, der in Bremen und Valencia Politik- und Kulturwissenschaft studiert hat, inzwischen aberkannt worden.

Allein Relotius, der nach seinem Masterabschluss 2011 an der Hamburg Media School erst freiberuflich tätig war, ehe er 2017 Redakteur und Märchenzähler beim „Spiegel“ wurde, erhielt mehr Preise als die gesamte PAZ-Redaktion in fast 70 Jahren. Das ist für uns Auszeichnung genug, bedeutet es doch, dass wir keine Märchen erzählen. *H. Tews*



Lügenfresse

Warum uns der Relotius-Skandal übel in die Quere kommt, wie Ausgewogenheit geht, und wo solche Pflanzen am besten gedeihen / Der satirische Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Schlimmer hätte es kaum kommen können. Verantwortungsbewusste Journalisten und Politiker versuchen den Schaden zu begrenzen und mahnen, den Fall des „Spiegel“-Reporters Claas Relotius nicht für Schadenfreude über das Hamburger Magazin auszunutzen, man könnte auch sagen, zu „instrumentalisieren“. Diese Versuche sind bitter nötig.

Die Affäre um die „Lügenfresse“ von der Elbe (wir, also die PAZ, sitzen an der Alster, also keine falschen Vergleiche) platzt schließlich mitten hinein in den Titanenkampf gegen „Fake News“, den Regierung und „Qualitätsmedien“ seit Jahren mit Leuten führen, die schreiben, was das Regierungslager nicht lesen will. Immer wieder wurde auf die wichtige Torwächter-Funktion der „Qualitätsmedien“ verwiesen. Soll heißen: Die Abweichler, zumal die freien Schreiber im Internet, blasen jeden Mist ungeprüft in die Öffentlichkeit und „hetzen“ sogar, während die „Qualitätsmedien“ alles erst genauestens prüfen und ausgewogen berichten, weshalb man nur ihnen glauben darf.

Die knallharte Teilung des Volkes in ein helles und ein dunkles Deutschland, mit welcher schon Bundespräsident Gauck die Spaltung der Gesellschaft zu überwinden trachtete, war mit dieser Erzählung perfekt in den Markt von Informationen und Meinungen übernommen worden. Die Welt war klar und schön geordnet. Dann kam Claas Relotius und sprengte alle Gewissheit in die Luft.

Wie konnte das nur passieren, fragen die Blamierten so laut wie möglich in der Hoffnung, dass bei ihrem Lärm keiner die Antwort längst in die Ohren pfeifen: Relotius lieferte den Junkies der Politischen Korrektheit genau den grünlinken Stoff, nach dem sie süchtig sind und der sie alle Wirklichkeit vergessen, ja verachten lässt.

Deswegen ließen sie sich das Zeug direkt an die Venen anschließen, ohne einmal das Hirn einzuschalten und nachzuprüfen, ob die Geschichten überhaupt stimmen können. Sie waren zu schön, um „Fake“ zu sein.

Da beschreibt Relotius etwa, wie er sich mit einem Arbeiter aus einem Kohlekraftwerk im US-Städtchen Fergus Falls unterhalten habe. Nebenbei: Die Stadt präsentiert er als ausländerfeindliche Dumpfbackenhöhle und damit als Paradebeispiel dafür, was für Viecher die Trump-Wähler seien.

Mit dem vermeintlichen Kraftwerksarbeiter (der in Wahrheit als Paketbote tätig ist) will er im „Viking Café“ gesessen haben, durch dessen Fenster die beiden das Kohlekraftwerk hätten sehen können.

Zumal in den USA kann man bald jedes Kaff übers Internet virtuell abschreiten, so auch Fergus Falls. Das „Viking“ ist schnell gefunden, es handelt sich um einen fast fensterlosen langen Schlauch mit sehr kurzer Straßenfront. Nur vier bullaugenartige Öffnungen erlauben einen Blick auf die Lincoln Avenue.

Durch die Bullaugen kann man jedoch bloß die gegenüberliegende Häuserfront sehen, aber kein Kraftwerk. Selbst wer vor dem Café, einem US-typischen „Diner“, steht, sieht nichts von dem Werk. Die Geschichte konnte so also gar nicht stimmen. Das hätte der „Spiegel“ leicht herausfinden können, was den dringenden Verdacht nahegelegt hätte, dass der Reporter nicht ganz sauber arbeitet. Die Prüfung blieb aus.

Schade, aber zumindest können wir uns damit trösten, dass ab sofort alles besser wird. Quer durch die Bahn beschwören „Qualitätsmedien“ angesichts des Skandals ihre Selbstverpflichtung, wahrheitsgetreu und ausgewogen zu berichten. Ein leuchtendes Beispiel dafür präsentiert uns das Münchener Konkurrenzorgan des „Spiegel“ mit einem Artikel über Kandel.

Dort war am 27. Dezember 2017 die 15-jährige Mia von einem afghanischen Asylsucher getötet worden. Seitdem kommt es in der pfälzischen Kleinstadt allmonatlich zu Protestkundgebungen gegen Merkels Einwanderungspolitik unter dem Motto „Kandel ist überall“. Und zu linken sogenann-

ten Gegendemos gegen die Bürgerproteste.

Schon die Überschrift des Kandel-Beitrags im „Focus“ glänzt vor strikter Ausgewogenheit, sie lautet: „Die rechte Szene terrorisiert den ganzen Ort.“

Das ist ein Zitat von SPD-Bürgermeister Volker Poß. „Die Bewohner“, so schreibt das Magazin, sprächen von „importierter Empörung“. Aber der Widerstand gegen die „politische Instrumentalisierung“ des gewaltsamen Todesfalls sei „im Ort gewachsen“. Das Bündnis „Wir sind Kandel“ sei entstanden gegen den „Hass rechter Netzwerke“.

Zur Erinnerung: Für die erste „Wir sind Kandel“-Gegendemo mobilisierten die Landeschefs von SPD, Grünen, FDP und Linkspartei, Gewerkschaften, Kirchen etc. – also das bekannte „breite Bündnis“ – Teilnehmer in ganz Rheinland-Pfalz. Doch auf geheimnisvolle Weise waren diese Fernreisenden alle vorher schon „im Ort“ gewesen? Erstaunlich.

Ein „Focus“-Leserbriefschreiber, der nach eigenen Angaben in Kandel arbeitet, erlebt die Dinge etwas anders. Viele Kandelwürden bei den „Kandel ist überall“-Protesten gern mitlaufen. Sie täten das aber nicht, weil sie Angst davor hätten, in dem kleinen Ort „zum Gespräch zu werden“. Nicht alle Bürger von Kandel seien gegen die Demos. Gegner seien hauptsächlich Geschäftsleute, die um ihre Einnahmen bangen.

Und wie ist es mit dem „Terror“ der Rechten? Dazu schreibt der Mann: „Wenn es bei diesen Demos zu Gewalt kam, dann immer nur durch die linke Szene.“ Da versteht man, warum so viele Medien ihre Kommentarbereiche im Internet abschalten – wenn man da sowas zu lesen bekommt!

Bürgermeister Poß wie auch der „Focus“ kritisieren vor allem die „politische Instrumentalisierung“ des Todes von Mia durch die „rechte Szene“. Der Vorwurf der „Instrumentalisierung“ ist häufig zu hören in letzter Zeit. Dabei ist

er noch relativ neu. Bis vor wenigen Jahren war er in der deutschen Debatte sogar nahezu unbekannt, oder zumindest nur sehr selten in Benutzung.

Das hatte natürlich gute Gründe. Welcher Schuft wäre schon auf die Idee gekommen zu behaupten, die Öko-Bewegung „instrumentalisieren“ Umweltschäden, um gegen den Kapitalismus zu stänkern? Wer hätte der Arbeiterbewegung je vorgeworfen, sie „instrumentalisieren“ soziale Ungerechtigkeit nur, um Unternehmer schlechtzumachen? Solche Unterstellungen hätten wir mit Empörung zurückgewiesen!

Das galt bis vor Kurzem auch für das Problemfeld Einwanderung und Asyl. Als vor gut vier Jahren der 20-jährige Asylsucher Khaled B. in Dresden erstochen wurde, füllten sich die Straßen schnell mit Tausenden von Demonstranten, die den Rassismus der Deutschen und namentlich des damals noch sehr jungen Dresdener Pegida-Bündnisses in die moralische Haftung für den Tod des jungen Mannes nahmen. Die Welle von Trauer und öffentlicher Wut war ebenso uferlos wie der Wille, moralisch Schuldige an den Pranger zu stellen.

Von einer „politischen Instrumentalisierung“ durch „linke Hetzer“ redete dennoch niemand. Das war einfach noch nicht in Mode. Als dann herauskam, dass Khaled nicht von einem Deutschen, sondern von einem ebenfalls asylsuchenden Landsmann erstochen worden war, ebten Wut und Trauer schlagartig ab. Irgendwie schien die Tragödie des 20-Jährigen niemanden mehr zu rühren, nachdem aus seinem Schicksal politisch nichts mehr „gegen Rechts“ zu schnitzen war. Selbst in diese aufschlussreiche Stille hinein wagte kaum einer zu fragen, ob die laute Trauer vorher womöglich nicht ganz aufrichtig gemeint war.

Im Treibhaus einer solchen Moral gedeihen Pflanzen der Gattung Relotius ganz fabelhaft und werden von allen bewundert. Nur hier können Artikel wie der über den „Terror“ von Kandel die bunten Blüten ihrer unbestechlichen Ausgewogenheit treiben. So freuen wir uns schon heute auf viele weitere Gewächse dieser Art.

MEINUNGEN

In seinem Blog „Tapfer im Nirgendwo“ (27. Dezember) erklärt **Gerd Buurmanns**, was die Befürworter einer „Moscheesteuer“ analog zur Kirchensteuer **nicht bedacht** haben:

„Im Sudan, Jemen und Iran, sowie in Saudi-Arabien, Katar, Pakistan, Afghanistan, Somalia und in Mauretanien kann Abfall vom Islam noch heute mit dem Tode bestraft werden. Es ist somit für Menschen lebensgefährlich, eine in Deutschland ausgestellte Beglaubigung zu bekommen, die erklärt, sie seien aus dem Islam ausgetreten. Genau eine solche Beglaubigung wird aber in Zukunft jeder Muslim erhalten, der ebenso wenig die Moscheesteuer zahlen möchte wie ein Christ die Kirchensteuer ... Ich verstehe Katrin Göring-Eckardts Intention, aber der Islam ist nicht das Christentum. Diese einfache Wahrheit zu akzeptieren, ist der erste und vor allem nötige Schritt auf dem Weg hin zu einer ehrlichen Auseinandersetzung mit dem Islam.“

Stephan-Götz Richter, Chefredakteur der Zeitschrift „The Globalist“, nimmt in der „Welt“ (20. Dezember) die **falsche Toleranz der Grünen** aufs Korn:

„Das auf Seiten der Grünen anzutreffende, aktive Tolerieren von archaischen Familienstrukturen, welche Teile unserer Migrationsgesellschaft kennzeichnen, ist im Ergebnis ja weit mehr als nur konservativ. Es ist reaktionär und menschenverachtend. Mit Blick nach vorn untergräbt es den gesellschaftlichen Zusammenhalt.“

Burkhard Ewert (Chefredaktion Medien der „Neuen Osnabrücker Zeitung“) greift den **Skandal um erfundene Geschichten** aus der Feder des **„Spiegel“-Journalisten Claas Relotius** in seiner „Facebook“-Seite (19. Dezember) auf und fragt sich:

„Aber kann es sein, dass ihm auch darum geglaubt wurde, da seine Texte vielen ins Weltbild passten? Dass zum Thema also auch die Frage zählt, ob es in Mode gekommen ist, erwünschtes statt reales Geschehen abzubilden? Um Haltung zu zeigen und so?“

David Berger meint zum Fall **Relotius** und **„Spiegel“** auf „Philosophia Perennis“ (20. Dezember):

„Der Skandal kommt zu einem Zeitpunkt, an dem die Glaubwürdigkeit der deutschen Medien durch die weitgehende freiwillige Gleichschaltung mit dem System Merkel ohnehin auf einem einmaligen Tiefpunkt angekommen ist.“

Michael Wolski beschäftigt sich auf dem Blog von Vera Lengsfeld (21. Dezember) mit der **Relotius-Affäre**:

„Was 1983 für den ‚Stern‘ die gefälschten Hitler-Tagebücher waren, sind heute im ‚Spiegel‘ die Beiträge von Claas Relotius. Vielleicht wird man noch weitere Münchhausens finden, denn die Bedingungen für deren Gedeihen an der Ericus-Spitze in Hamburg scheinen optimal zu sein. Ein in sich geschlossenes Weltbild mit rechts stehenden Feinden, die das menschengemachte Klima leugnen und Gegner von Migration und Genderstudien sind – das bedient man mit Geschichten, die dieses Weltbild pflegen. Relotius hat das am subtilsten umgesetzt.“